

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1979

MONTAG, 19. NOVEMBER 1979

Nr. 47

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Minister des Innern		
Verordnung über Freistellungen von der Baugenehmigungs- und Bauanzeigebedürftigkeit 2186	Ortslage Groß-Zimmern, Landkreis Darmstadt-Dieburg 2201	Im Bereich des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten 2215
Weitergewährung von Dienstbezügen bei Sonderurlaub aus wichtigem Grund nach § 15 Abs. 2 der Urlaubsverordnung für die Beamten im Lande Hessen vom 17. 1. 1964 i. d. F. vom 6. 10. 1978 2188	Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einbeziehung von Teilstrecken im Zuge der Bundesstraße 7 in der Gemarkung Eschenstruth der Gemeinde Helsa, Landkreis Kassel, und in der Gemarkung Fürstenhagen der Stadt Hessisch Lichtenau, Werra-Meißner-Kreis 2201	Im Bereich des Hessischen Ministers für Bundesangelegenheiten 2215
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Kiedrich im Rheingau-Taunus-Kreis 2188	Bau der Umgehungsstraße Wiesbaden-Frauenstein im Zuge der Landesstraße 3441 zwischen km 7,900 und km 0,950 2201	Regierungspräsidenten
Ungültigkeitserklärung eines Polizeidienstausweises 2188	Der Hessische Sozialminister	DARMSTADT
Datenschutz im öffentlichen Bereich; hier: Veröffentlichung gemäß § 17 HDSG 2188	Pflegegeld für Kinder und Jugendliche in Familienpflege und Großpflegestellen 2202	Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Weilburg/Stadtteil Hasselbach, Landkreis Limburg-Weilburg 2216
Der Hessische Minister der Finanzen	Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten	Genehmigung einer allgemeinen Ausnahme von § 26 Abs. 3 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr Seite 2218 bis 2220
Gesetz zur abschließenden Neugliederung des Lahn-Dill-Gebietes; hier: Anpassung der Finanzamtsbezirke Gießen und Wetzlar 2198	Bestimmung der Amtstierärzte zu Mitgliedern der Körkommissionen .. 2202	KASSEL
Der Hessische Kultusminister	Tierseuchenbeiträge 1980 2203	Verordnung über die Feststellung des Überschwemmungsgebietes der Fulda in dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg 2220
Errichtung der Zentralen Vermögensverwaltung in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau als kirchliche Anstalt des öffentlichen Rechts 2198	Kartierung der Flächen, die von der Bebauung und von gewerblicher Nutzung freizuhalten sind (Schutzkarten) 2203	Befreiung der Gemeinde Willingen (Upland) von Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. 3. 1957 2224
Aufhebung der Stiftung öffentlichen Rechts „Hauptkirchenärar Hanau“ in Hanau 2199	Berichterstattung über Waldbrände 2203	Hessischer Verwaltungsschulverband
Pfarramtliche Verbindung der Evangelischen Kirchengemeinde Feldkrücken 2199	Erteilung von Jagdscheinen; hier: Prüfung der Zuverlässigkeit 2206	Einrichtung eines Sonderausbildungslehrgangs für Anwärter des gehobenen technischen Dienstes bei Kommunalverwaltungen 2224
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik	Personalnachrichten	Lehrgang zur Fortbildung der Ausbilder 2224
Unterrichtung der Grundstückseigentümer über den Schutz der Grenz- und Vermessungsmarken, die Abmarkungspflicht bei Bauvorhaben in Grenznähe, die Gebäudeeinemessungspflicht 2199	Im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei 2206	Buchbesprechungen 2225
Aufstufung von Gemeindestraßen und Abstufung einer Teilstrecke im Zuge der Landesstraße 3115 in der	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 2206	Öffentlicher Anzeiger
	Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen 2207	Konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Fritzlar 2237
	Im Bereich des Hessischen Kultusministers 2209	Änderung der Satzung für den Sparkassen-Stützungsfonds des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes 2237
	Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik 2215	Öffentliche Bekanntmachung des Umlandverbandes Frankfurt 2237
	Im Bereich des Hessischen Sozialministers 2215	Satzung des Wasserverbandes „Oberes Lahngebiet“ mit Sitz in Biedenkopf 2237
		Öffentliche Bekanntmachungen der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain 2237
		Öffentliche Ausschreibungen 2238

1281

DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

Verordnung über Freistellungen von der Baugenehmigungs- und Bauanzeigebedürftigkeit (Freistellungsverordnung – FrestellVO) vom 29. Oktober 1979 (GVBl. I S. 234)

Mit dem Inkrafttreten der Freistellungsverordnung hat sich die Gesamtregelung für anzeigebedürftige und für genehmigungs- und anzeigefreie Vorhaben geändert.

Die nachstehenden Übersichten über

- anzeigebedürftige Vorhaben (Anlage 1) und
- genehmigungs- und anzeigefreie Vorhaben (Anlage 2)

geben den neuen Rechtszustand unter Kenntlichmachung der Änderungen wieder.

Wiesbaden, 31. 10. 1979

Der Hessische Minister des Innern

V A 43 — 61 a 02/23 — 140/79

St.Anz. 47/1979 S. 2186

Anlage 1

Anzeigebedürftige Vorhaben

1. Errichtung und Änderung von Gebäuden ohne Aufenthaltsräume, Aborte oder Feuerstätten von mehr als 30 m³ im Außenbereich von mehr als 5 m³, bis jeweils 50 m³ umbauten Raum, ausgenommen Garagen sowie Verkaufs- und Ausstellungsstände, wie Kioske, Trinkhallen und Buden (§ 88 Nr. 1 HBO; § 1 Nr. 1 FrestellVO);
2. Änderung der äußeren Gestaltung genehmigungs- oder anzeigebedürftiger Anlagen wie Anstrich, Verputz oder Verkleidung (§ 88 Nr. 2 HBO); die Änderung durch Anstrich, Verputz oder Dacheindeckung oder durch Austausch von Fenstern, Fenstertüren oder Außentüren aber nur, wenn sie
 - a) in Gebieten liegen, für die eine Satzung nach § 118 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder 2, eine nach § 116 Abs. 3 Satz 2 fortgeltende Satzung oder eine Satzung nach § 39 h Abs. 1 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2257, 3617), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949), besteht oder
 - b) Kulturdenkmäler, Teile von Gesamtanlagen oder von Anlagen in deren Umgebung im Sinne des Denkmalschutzgesetzes vom 23. September 1974 (GVBl. I S. 450), geändert durch Gesetz vom 18. Mai 1977 (GVBl. I S. 198), sind (§ 1 Nr. 2 FrestellVO);
3. selbständige Aufschüttungen oder Abgrabungen von mehr als 2 m Höhe oder Tiefe und von mehr als 30 m², im Außenbereich 300 m² Grundfläche (§ 88 Nr. 3 HBO; § 1 Nr. 3 FrestellVO);
4. Errichtung und Änderung von Stützmauern von mehr als 1 m bis 2 m Höhe über unterer Geländeoberfläche (§ 88 Nr. 7 HBO; § 1 Nr. 6 FrestellVO);
5. Errichtung und Änderung von Einfriedigungen, die nicht an öffentlichen Verkehrsflächen liegen und mehr als 1,50 m hoch sind (§ 88 Nr. 8 HBO);
6. Errichtung und Änderung von Einfriedigungen im Außenbereich (§ 88 Nr. 9 HBO);
7. Errichtung und Änderung von Masten und Unterstützungen der Freileitungen für die Versorgung mit elektrischer Energie mit mehr als 110 kV Nennspannung (§ 88 Nr. 10 HBO);
8. Errichtung und Änderung von Feuerstätten bis 180 000 kJ/h (50 kW) Nennwärmeleistung (§ 88 Nr. 12 HBO) außer der Auswechslung gleichartiger Feuerstätten mit etwa gleicher Leistung (§ 89 Abs. 1 Nr. 7 HBO);

9. Errichtung und Änderung von ortsfesten Behältern für brennbare Flüssigkeiten von mehr als 0,3 m³ bis 1 m³ Behälterinhalt (§ 88 Nr. 13 HBO);
10. Errichtung und Änderung von ortsfesten Behältern für Flüssiggas (Propan, Butan und ihre Gemische) von mehr als 0,3 m³ bis 5 m³ Behälterinhalt (§ 88 Nr. 14 HBO);
11. Errichtung und Änderung von ortsfesten Gärfutterbehältern mit mehr als 50 m³ Behälterinhalt, sofern sie 3 m Höhe oder Tiefe nicht überschreiten (§ 88 Nr. 15 HBO; § 1 Nr. 20 FrestellVO);
12. Errichtung und Änderung von Transformatoren- und Gasreglerstationen von mehr als 50 m³ bis 100 m³ umbauten Raum (§ 88 Nr. 17 HBO);
13. Nutzungsänderung von baulichen oder sonstigen Anlagen und Einrichtungen, deren Errichtung, Herstellung, Anbringung oder Aufstellung bei geänderter Nutzung nach obigen Nr. 1 bis 12 anzeigebedürftig wäre (§ 88 Nr. 18 HBO).

Anlage 2

Genehmigungs- und anzeigefreie Vorhaben

1. Errichtung und Änderung von Gebäuden ohne Aufenthaltsräume, Aborte oder Feuerstätten bis 30 m³ umbauten Raum, im Außenbereich bis 5 m³ umbauten Raum, ausgenommen Garagen sowie Verkaufs- und Ausstellungsstände, wie Kioske, Trinkhallen und Buden (§ 89 Abs. 1 Nr. 1 HBO; § 1 Nr. 1 FrestellVO);
2. Änderung der äußeren Gestaltung genehmigungs- oder anzeigebedürftiger baulicher Anlagen durch Anstrich, Verputz oder Dacheindeckung oder durch Austausch von Fenstern, Fenstertüren oder Außentüren, sofern sie nicht
 - a) in Gebieten liegen, für die eine Satzung nach § 118 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder 2, eine nach § 116 Abs. 3 Satz 2 fortgeltende Satzung oder eine Satzung nach § 39 h Abs. 1 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2257, 3617), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949), besteht oder
 - b) Kulturdenkmäler, Teile von Gesamtanlagen oder von Anlagen in deren Umgebung im Sinne des Denkmalschutzgesetzes vom 23. September 1974 (GVBl. I S. 450), geändert durch Gesetz vom 18. Mai 1977 (GVBl. I S. 198), sind (§ 1 Nr. 2 FrestellVO);
3. selbständige Aufschüttungen oder Abgrabungen bis 2 m Höhe oder Tiefe und bis 30 m², im Außenbereich 300 m² Grundfläche sowie zur Lagerung oder Ablagerung fester Abfallstoffe (§ 89 Abs. 1 Nr. 2 HBO; § 1 Nr. 3 FrestellVO);
4. Herstellung und Änderung von künstlichen Hohlräumen unter der Erdoberfläche bis 100 m³ Rauminhalt (§ 1 Nr. 4 FrestellVO);
5. Errichtung, Anbringung und Änderung von Gerüsten, die einer in einer technischen Baubestimmung oder in einer allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung angegebenen Regelausführung entsprechen sowie von eingeschossigen Schalungsgerüsten bis zu einer Gerüsthöhe von 5 m (§ 89 Abs. 1 Nr. 4 HBO; § 1 Nr. 5 FrestellVO);
6. Errichtung und Änderung von Stützmauern bis 1 m Höhe über unterer Geländeoberfläche (§ 1 Nr. 6 FrestellVO);
7. Errichtung und Änderung von Einfriedigungen, die nicht an öffentlichen Verkehrsflächen liegen und bis 1,50 m hoch sind, außer im Außenbereich (§ 89 Abs. 1 Nr. 5 HBO);
8. Errichtung und Änderung von offenen Einfriedigungen im Außenbereich, die Zwecken der Land-, Forst- oder Fischereiwirtschaft, des Erwerbsgartenbaues oder des Ergrabaues dienen (§ 89 Abs. 1 Nr. 6 HBO);

9. Errichtung und Änderung von Masten und Unterstützungen der Freileitungen für die Versorgung mit elektrischer Energie bis zu 110 kV Nennspannung, für Fernsprechleitungen und für elektrische Betriebsleitungen der Verkehrsmittel sowie von Flaggenmasten (§ 89 Abs. 1 Nr. 7 HBO);
10. **Errichtung und Änderung von Flutlichtmasten bis 12 m Höhe auf Sportanlagen** (§ 1 Nr. 7 FreistellVO);
11. Auswechslung gleichartiger Feuerstätten mit etwa gleicher Leistung (§ 89 Abs. 1 Nr. 8 HBO);
12. Errichtung und Änderung nichttragender oder nichtaussteifender Bauteile **außerhalb von Rettungswegen** (§ 1 Nr. 10 FreistellVO);
außerdem Errichtung und Änderung nichttragender oder nichtaussteifender Bauteile **an oder in Rettungswegen**, wenn für sie eine wärmedämmende oder schalldämmende Ausführung oder eine mindestens feuerhemmende Bauart nicht verlangt wird (§ 89 Abs. 1 Nr. 9 HBO);
13. **Errichtung und Änderung von Anlagen zur Verteilung von Wärme bei Warmwasser- und Niederdruckdampfheizungen** (§ 1 Nr. 8 FreistellVO);
14. **Errichtung und Änderung von Lüftungsleitungen und von Leitungen von Warmluftheizungen in Wohngebäuden, sofern sie nicht Geschosse in Gebäuden mit mehr als zwei Vollgeschossen oder Brandabschnitte verbinden** (§ 1 Nr. 9 FreistellVO);
15. Herstellung von Leitungen der Wasserversorgungsanlagen in Gebäuden und auf Baugrundstücken (§ 89 Abs. 1 Nr. 10 HBO);
16. **Errichtung und Änderung von Leitungen der Warmwasserversorgung** (§ 1 Nr. 11 FreistellVO);
17. Herstellung von Energieleitungen in baulichen Anlagen und auf Baugrundstücken (§ 89 Abs. 1 Nr. 11 HBO);
18. **Errichtung und Änderung von Einrichtungsgegenständen, Armaturen und Geräten der Abwasserbeseitigungsanlagen einschließlich der Anschlüsse wie Aborte, Spülkästen, Geruchverschlüsse, Waschbecken, Bodenabläufe, Badewannen und Duschen** (§ 1 Nr. 12 FreistellVO);
19. **Auswechseln von Teilen haustechnischer Anlagen wie Wasserversorgungs-, Abwasserbeseitigungs- und Lüftungsanlagen** (§ 1 Nr. 13 FreistellVO);
20. Herstellung und Änderung von Durchlässen und Brücken bis 5 m lichter Weite (§ 1 Nr. 14 FreistellVO);
21. Befestigung nichtöffentlicher Wege (§ 89 Abs. 1 Nr. 13 HBO);
22. Errichtung und Änderung von landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Gebäuden ohne Feuerstätten bis 4 m Firsthöhe, wenn sie keine feste Gründung haben und nur zum vorübergehenden Schutz von Pflanzen oder Tieren bestimmt sind (§ 89 Abs. 1 Nr. 14 HBO);
23. Errichtung und Änderung von dem Erwerbsgartenbau dienenden Gewächshäusern und ähnlichen für gärtnerische Kulturen bestimmten baulichen Anlagen ohne Feuerstätten, sofern ihr fester Unterbau nicht mehr als 1,20 m die Geländeoberfläche überragt und ihre Grundfläche 600 m² nicht überschreitet (§ 89 Abs. 1 Nr. 15 HBO);
24. Errichtung und Änderung von Hilfsfundamenten für fahrbare, jedoch ortsfest betriebene landwirtschaftliche Maschinen, wie Trockner, Dämpfanlagen und Krane, sowie von landwirtschaftlichen Arbeitsgerüsten, wie Heutrocknungs- und Pflückgerüsten (§ 89 Abs. 1 Nr. 16 HBO);
25. Herstellung, Änderung und Beseitigung von ausschließlich der Jagd oder der Forstwirtschaft dienenden Vorratschuppen für Wildfutter, Wildfuttersilos und Hochsitzen in Holzbauart mit einer Sitzraumgrundfläche bis 3 m² sowie von Waldarbeiterschutzhütten und Geräteschuppen der Forstverwaltung (auch für Körperschafts- und Großprivatwald) innerhalb des Waldes (§ 89 Abs. 1 Nr. 17 HBO);
26. Errichtung und Änderung von Krananlagen mit einer Tragkraft bis 50 kN (5 t); **dies gilt für Brückenkranen mit einer Tragkraft über 1 kN (1 t) nur bei einer Spannweite bis 8 m** (§ 89 Abs. 1 Nr. 18 HBO; § 1 Nr. 15 FreistellVO);
27. Errichtung und Änderung von Baustelleneinrichtungen einschließlich der Tagesunterkünfte, der Baubuden **und der Lager- und Schutzhallen** (§ 89 Abs. 1 Nr. 19 HBO; § 1 Nr. 16 FreistellVO);
28. Errichtung und Änderung von Landestegen (§ 89 Abs. 1 Nr. 20 HBO);
29. Errichtung und Änderung von Plastiken, Denkmälern und ähnlichen Anlagen bis 3 m Höhe sowie von Grabkreuzen und Grabsteinen auf Friedhöfen (§ 89 Abs. 1 Nr. 21 HBO; § 1 Nr. 17 FreistellVO);
30. Errichtung und Änderung von Wasserbecken **bis 100 m³, im Außenbereich bis zu 50 m³ Beckeninhalte** (§ 89 Abs. 1 Nr. 22 HBO; § 1 Nr. 18 FreistellVO);
31. Errichtung und Änderung von Sprungschanzen und Sprungtürmen bis 5 m Höhe (§ 89 Abs. 1 Nr. 23 HBO);
32. Errichtung und Änderung von Signalhochbauten der Landesvermessung (§ 89 Abs. 1 Nr. 24 HBO);
33. Errichtung und Änderung von ortsveränderlichen Antennenträgern der Deutschen Bundespost sowie von sonstigen Antennenanlagen bis 10 m Höhe (§ 89 Abs. 1 Nr. 25 HBO; § 1 Nr. 19 FreistellVO);
34. Errichtung und Änderung von ortsfesten Behältern für brennbare Flüssigkeiten bis 0,3 m³ Behälterinhalt (§ 89 Abs. 1 Nr. 26 HBO);
35. Errichtung und Änderung von ortsfesten Behältern für nichtverflüssigte Gase bis zu 5 m³ Behälterinhalt, soweit der höchstzulässige Betriebsdruck nicht mehr als 0,5 bar oder das Produkt aus dem höchstzulässigen Betriebsdruck (bar) und dem Behälterinhalt (m³) nicht mehr als 2,5 beträgt (§ 89 Abs. 1 Nr. 27 HBO);
36. Errichtung und Änderung von ortsfesten Behältern für Flüssiggas (Propan, Butan und ihre Gemische) bis 0,3 m³ Behälterinhalt (§ 89 Abs. 1 Nr. 28 HBO);
37. Errichtung und Änderung von ortsfesten Gärfutterbehältern bis 5 m³ Behälterinhalt, **von ortsfesten Gärfutterbehältern von mehr als 5 m³ bis 50 m³, sofern sie 3 m Höhe oder Tiefe nicht überschreiten**, sowie von nicht ortsfesten Gärfutterbehältern (§ 89 Abs. 1 Nr. 29 HBO; § 1 Nr. 20 FreistellVO);
38. **Errichtung und Änderung von ortsfesten Jauchebehältern bis 50 m³ Behälterinhalt, sofern sie 3 m Höhe oder Tiefe nicht überschreiten** (§ 1 Nr. 21 FreistellVO);
39. **Errichtung oder Änderung von Blitzschutzanlagen** (§ 1 Nr. 22 FreistellVO);
40. Auswechslung von Zapfsäulen an Tankstellen gegen Zapfsäulen gleicher Art (§ 89 Abs. 1 Nr. 30 HBO);
41. **Errichtung und Änderung von Unterstützungen der Seilbahnen, die der Lastenbeförderung dienen und nicht über öffentliche Verkehrsflächen führen** (§ 1 Nr. 23 FreistellVO);
42. **Errichtung und Änderung von Lager-, Abstell- und Ausstellungsplätzen bis 300 m² Fläche in festgesetzten Gewerbe- und Industriegebieten** (§ 1 Nr. 24 FreistellVO);
43. Errichtung und Änderung von baulichen Anlagen, die wohnungswirtschaftlichen Zwecken, der Gartengestaltung oder der zweckentsprechenden Einrichtung von Spiel- und Sportplätzen dienen, wie Wäschepfählen, Teppichklopfstangen, Pergolen, Trockenmauern, Klettergerüsten und Toren für Ballspiele (§ 89 Abs. 1 Nr. 31 HBO);
44. Errichtung, Aufstellung, Anbringung und Änderung von Werbeanlagen

- a) bis zu einer Größe von 0,6 m²,
- b) für zeitlich begrenzte Veranstaltungen an der Stätte der Leistung, insbesondere für Aus- und Schlußverkäufe, jedoch nur für die Dauer der Veranstaltung,
- c) an der Stätte der Leistung, die vorübergehend angebracht oder aufgestellt sind, soweit sie nicht mit dem Boden oder einer baulichen Anlage verbunden sind und nicht über die Baulinie oder Baugrenze hinausragen,
- (§ 89 Abs. 1 Nr. 32 HBO);
45. Errichtung, Anbringung, Aufstellung und Änderung von Warenautomaten, die in räumlicher Verbindung mit einer offenen Verkaufsstelle stehen und deren Anbringungs- oder Aufstellungsort innerhalb der Grundfläche des Gebäudes liegt (§ 89 Abs. 1 Nr. 33 HBO);
46. Errichtung und Änderung von Transformatoren- und Gasreglerstationen bis 50 m³ umbauten Raum und die Beseitigung von Transformatoren- und Gasreglerstationen (§ 89 Abs. 1 Nr. 34 HBO);
47. Errichtung und Änderung von Wärmepumpen mit einer Antriebsleistung bis 10 kW (§ 1 Nr. 25 FreistellVO);
48. Nutzungsänderung von Räumen bei der Modernisierung von Wohnungen (§ 1 Nr. 26 FreistellVO);
49. Nutzungsänderung von baulichen und sonstigen Anlagen und Einrichtungen, deren Errichtung, Herstellung, Anbringung oder Aufstellung bei geänderter Nutzung nach obigen Nr. 1 bis 48 genehmigungs- und anzeigefrei wäre (§ 89 Abs. 1 Nr. 35 HBO; § 1 Nr. 27 FreistellVO), und
50. Beseitigung von ortsfesten Behältern bis zu 150 m³ Behälterinhalt, von Feuerstätten und Gerüsten sowie von baulichen und sonstigen Anlagen und Einrichtungen, deren Errichtung, Herstellung, Anbringung, Aufstellung und Änderung nach § 88 HBO (im verbleibenden Umfang) anzeigebedürftig oder nach obigen Nr. 1 bis 47 genehmigungs- und anzeigefrei sind, mit Ausnahme von Baudenkmalen (§ 89 Abs. 1 Nr. 36 HBO; § 1 Nr. 28 FreistellVO).

§ 89 Abs. 2 HBO bleibt unberührt.

1282

Weitergewährung von Dienstbezügen bei Sonderurlaub aus wichtigem Grund nach § 15 Abs. 2 der Urlaubsverordnung für die Beamten im Lande Hessen vom 17. Januar 1964 (GVBl. I S. 5) i. d. F. vom 6. Oktober 1978 (GVBl. I S. 538)

Nach § 15 Abs. 1 der Urlaubsverordnung für die Beamten im Lande Hessen kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes (z. B. zur Fortbildung, zu Studienzwecken oder für eine Tätigkeit bei internationalen Organisationen) auf Antrag Sonderurlaub ohne Dienstbezüge gewährt werden. Nach § 15 Abs. 2 aaO kann gleichzeitig mit der Gewährung des Sonderurlaubs die Weiterzahlung der Dienstbezüge ganz oder teilweise bewilligt werden, wenn die Gewährung des Sonderurlaubs auch im dienstlichen Interesse liegt. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde.

Im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes Hessen bitte ich, zur Gewährleistung einer einheitlichen Handhabung der Bestimmungen des § 15 Abs. 2 der Urlaubsverordnung in der Regel wie folgt zu verfahren:

Bei Urlaub zu Studienreisen in das Ausland, bei dem die Kosten für die Reise und die persönlichen Aufwendungen des Beamten während der Dauer des Auslandsaufenthalts von dem Aufenthaltsland getragen werden, können die Dienstbezüge bis zu 6 Wochen in voller Höhe gezahlt werden; für die darüber hinausgehende Zeit bis zur Dauer eines Jahres sollen die Dienstbezüge im allgemeinen jedoch nur in halber Höhe belassen werden. Beim Vorliegen eines dringenden Bedürfnisses, insbesondere beim Vorliegen einer erheblichen Unterhaltspflicht, kann die Zahlung der Dienstbezüge im letzteren Fall bis zur Höhe von 75 vom Hundert bewilligt werden. Der Anspruch auf Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz richtet sich — unbeschadet der sonstigen Anspruchsvoraussetzungen — nach § 1 des genannten Gesetzes.

Dieses Rundschreiben ersetzt mit Wirkung vom 1. Januar 1980 an das Rundschreiben des Hessischen Ministers der Finanzen vom 13. November 1969 (StAnz. S. 2010), das im Rahmen der Erlaßvereinbarung mit Ablauf des 31. Dezember 1970 außer Kraft tritt.

Wiesbaden, 23. 10. 1979

Der Hessische Minister des Innern

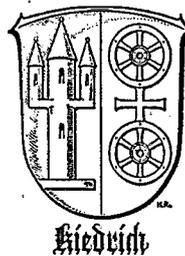
I B 21 — P 1510 A — 2

StAnz. 47/1979 S. 2188

1283

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Kiedrich im Rheingau-Taunus-Kreis

Die Gemeinde Kiedrich im Rheingau-Taunus-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) berechtigt, das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen zu führen:



„Im gespaltenen Schild vorn in Silber ein roter Turm, hinten in Rot ein kreuzverbundenes silbernes Doppelrad aufrecht.“

Wiesbaden, 29. 10. 1979

Der Hessische Minister des Innern

IV A 23 — 3 k 06 — 46/79

StAnz. 47/1979 S. 2188

1284

Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises

Der für Polizeioberwachtmeister Jürgen Stark am 6. Oktober 1977 von der Direktion der Hessischen Bereitschaftspolizei ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 10-3435 ist in Verlust geraten. Der Dienstausweis wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 29. 10. 1979

Direktion

der Hessischen Bereitschaftspolizei

W 3 — 7 d 14

StAnz. 47/1979 S. 2188

1285

Datenschutz im öffentlichen Bereich;

hier: Veröffentlichung gem. § 17 HDSG

Bezug: Erlasse vom 15. Januar 1979 (StAnz. S. 259), vom 29. Januar 1979 (StAnz. S. 324)

Die am 29. Januar 1979 gem. § 17 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Datenschutzgesetzes erfolgte Veröffentlichung der von den Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen des Landes geführten Dateien, die personenbezogene Daten enthalten, wird wie folgt geändert und anschließend fortgesetzt:

Änderung:

Aus der „Teilnehmer- und Besitzstandsdatei — Alter Bestand“ (StAnz. S. 347) sind die Teilnehmer der Flurbereinigung in den Gemeinden Allmuthshausen-Rückersfeld, Bechtheim, Ebersberg-Süd, Ebsdorfergrund, Gräfenhausen, Mernes, Ober-Seemen, Oberstedten, Schöffengrund-Mitte, Viernheim und Wisper ausgeschieden.

In der „Teilnehmer- und Besitzstandsdatei — Neuer Bestand“ (StAnz. S. 348) ist die Spalte 6 (Stellen, an die personenbezogene Daten regelmäßig übermittelt werden) um die Ziff. 4 Gemeindeämter und die Ziff. 5 Finanzämter zu ergänzen.

Fortsetzung:

Speichernde Stelle a) Bezeichnung Anschritt b) Stand	Bezeichnung der Datei	Betroffener Personenkreis	Arten der gespeicherten personenbezogenen Daten	Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist	Stellen, an die personenbezogene Daten regelmäßig übermittelt werden	Arten der regelmäßig zu übermittelnden Daten
1	2	3	4	5	6	7
a) Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH (HLT), Abraham-Lincoln-Straße Nr. 38-42 6200 Wiesbaden b) 1. 11. 1979	Abwicklung	Schuldner aus öffentlichen Finanzierungshilfen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Name 2. Ort 3. Kreditart 4. Kreditnummer 5. Ausfallerstattung in DM 6. Rückflüsse in DM 7. Rückflußabsender 	<p>Verwaltung der Abwicklungsfälle lfd. Nr. 1-7 aus Spalte 4</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Bundesminister für Wirtschaft 2. Hess. Minister für Wirtschaft und Technik 3. Hess. Minister der Finanzen 4. Lastenausgleichsbank 5. Kreditgarantiegemeinschaften 6. Treuhandabwicklungsstelle 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Name 2. Ort 3. Kreditart 4. Kreditnummer 5. Ausfallerstattung in DM 6. Rückflüsse in DM 7. ursprünglicher Kreditbetrag 8. Höhe der Ausfallforderung
	Antragsdatei	Antragsteller öffentl. Finanzierungsmittel	<ol style="list-style-type: none"> 1. Anschrift 2. Branche 3. Sitz/Investitionsort 4. Hausbank 5. Antragsdatum 6. Art des Vorhabens 7. Anzahl der Arbeitsplätze/Betten 8. 2 Jahre Ist-Daten 9. 3 Jahre Plan-Daten 10. Investitionssummen 11. Finanzierungsummen 12. (Eigenmittel, Fremdmittel) 	Antragsbearbeitung		
	Förderungskartei	Empfänger öffentlicher Finanzierungshilfen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Anschrift 2. Branche 3. Investitionsort 4. Investitionskreis 5. Bewilligungsdatum 6. Programmbezeichnung (Art der Finanzierungshilfe) 7. Kreditbetrag 8. verbürgter Betrag 9. Hausbank 10. Art der Investitionsmaßnahme 11. Investitionsvolumen 12. Arbeitsplätze 13. Soll 14. Ist 15. Bettenzahl 16. Soll 17. Ist 	Nachweis öffentlicher Förderungsmaßnahmen lfd. Nr. 1-13 aus Spalte 4		
	Gründerwerbsteuerbefreiung	Antragsteller auf Erteilung der Bescheinigung für Grunderwerbsteuerbefreiung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Anschrift 2. Investitionsort 3. Antragssumme 4. Antragsdatum 	Überwachung der Antragsbearbeitung lfd. Nr. 1-4 aus Spalte 4 Nachweis der Vorförderung	Hessischer Minister für Wirtschaft und Technik	Antragsdaten

Speichernde Stelle a) Bezeichnung Anschrift b) Stand	1	2	3	4	5	6	7
Industrieobjekte		Eigentümer bzw. Verfügungsberechtigte von nicht genutzten Industrieobjekten	1. Anschrift/Standort 2. Eigentümer/Verfügungsberechtigter 3. Objektbezeichnung 4. Objektnutzung (bisher) 5. Nutzfläche 6. Anzahl der Gebäude 7. Geschößzahl 8. Unbebaute Grundstücks- teil 9. Verkaufspreis/Miete 10. Interessentenanschrift 11. geplante Nutzung	Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist	Ansi edlungsberatung (Gewerbe- und Industrieberatung)		Arten der regelmäßig zu übermittelnden Daten
Investitionszulagen		Antragsteller auf Erteilung der Bescheinigung für Investitionszulagen	1. Name und Anschrift 2. Branchenzugehörigkeit 3. Kreis (Investitionsort) 4. Investitionsbetrag 5. Beschäftigtenzahlen (vorhanden, geplant)	Überwachung der Antragsbearbeitung — Nachweis früherer Förderungen	1. Hess. Minister für Wirtschaft und Technik 2. Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft 3. Bundesminister für Wirtschaft	Antragsdaten: lfd. Nr. 1—5 aus Spalte 4	
Investitionszuschüsse		Antragsteller auf Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen (Zuschüsse)	1. Anschrift des Antragstellers 2. Investitionsort 3. Investitionskreis 4. Art des Investitionsvorhabens 5. zusätzlich beantragte Finanzierungshilfen 6. Investitionsbetrag 7. beantragter Zuschuß 8. geplante Arbeitsplätze/Betten 9. Antragsdatum 10. Antragsnummer 11. bisherige Förderungshilfen 12. Projektnummer 13. Betriebsnummer 14. Bewilligungsdatum 15. bewilligter Investitionsbetrag 16. bewilligter Zuschuß	Antragsbearbeitung lfd. Nr. 1—16 aus Spalte 4	1. Regierungspräsidenten Hessischer Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten 2. Bundesamt für Interministerieller Kreditausschuß 3. Bundesminister für gewerbliche Wirtschaft 4. Bundesminister der Finanzen 5. Hess. Minister für Wirtschaft und Technik	Antragsdaten Meldedaten	
Kredite		Kreditnehmer öffentl. Kredithilfen (Endkreditnehmer)	Stammdaten 1. Name und Anschrift des Kreditnehmers 2. Anschrift der Hausbanken 3. Branchenzugehörigkeit 4. Zahlungsbedingungen 5. Daten zur Kreditzusage — DM-Betrag — Datum — Zinssatz 6. Daten zur Rückzahlung	Kreditverwaltung und -verbuchung lfd. Nr. 1—14 aus Spalte 4	Hausbanken der Kreditnehmer	lfd. Nr. 1 und 8—14 aus Spalte 4	

(= Forderung)

11. Annuität
 12. Kapitalbetrag
 13. Buchungsdaten
 13. Betrag gesamt
 14. Kapitalbetrag

1. Name und Anschrift des Kreditnehmers
 2. Branchenzugehörigkeit
 3. Hausbank
 4. Kreditgewährende Bank
 5. Tilgungsmodalitäten
 6. Daten zur Bürgschaftsübernahme (Datum der Bürgschaftsurkunde, Verbürgungsgrad, Verwaltungsgebührensatz)
 7. Kreditbetrag (ursprünglich, valutierend)
 8. Bürgschaftsbetrag (ursprünglich, valutierend)
 9. Rückständige Beträge (Tilgung, Zinsen)

Bürgschaftsverwaltung

1. Bundesminister für Wirtschaft
 2. Hess. Minister für Wirtschaft und Technik
 3. Hess. Minister der Finanzen

Kreditnehmer von staatsverbürgten Krediten

1. Name und Anschrift des Kreditnehmers
 2. Branchenzugehörigkeit
 3. Hausbank
 4. Kreditgewährende Bank
 5. Tilgungsmodalitäten
 6. Daten zur Bürgschaftsübernahme (Datum der Bürgschaftsurkunde, Verbürgungsgrad, Verwaltungsgebührensatz)
 7. Kreditbetrag (ursprünglich, valutierend)
 8. Bürgschaftsbetrag (ursprünglich, valutierend)
 9. Rückständige Beträge (Tilgung, Zinsen)

Staatsbürgschaften

1. Name und Anschrift des Kreditnehmers
 2. Branchenzugehörigkeit
 3. Hausbank
 4. Kreditgewährende Bank
 5. Tilgungsmodalitäten
 6. Daten zur Bürgschaftsübernahme (Datum der Bürgschaftsurkunde, Verbürgungsgrad, Verwaltungsgebührensatz)
 7. Kreditbetrag (ursprünglich, valutierend)
 8. Bürgschaftsbetrag (ursprünglich, valutierend)
 9. Rückständige Beträge (Tilgung, Zinsen)

alle Datenarten aus Spalte 6:

an Stellen 1-2 aus Spalte 6: lfd. Nr. 1, 7, 8 aus Spalte 4 und Verwaltungsgebühren; an Stelle 3 aus Spalte 6: Name und Anschrift des Kreditnehmers, Verwaltungsgebühren

1. Amter für Landwirtschaft und Landentwicklung
 2. Hess. Landesvermessungsamt
 3. Grundbuchämter

Durchführung der Flurbereinigung

1. Name, Vorname
 2. Geburtsname
 3. Geburtsdatum
 4. Familienstand
 5. Beruf
 6. Wohnort
 7. Straße
 8. Ordnungsnummer
 9. Flur Nr.
 10. Flurst. Nr.
 11. Fläche
 12. Nutzungsart
 13. Klasse
 14. Bestandsverz.-Nr.
 15. Grdb.-Bezirk
 16. -- Bd. -- Blatt

Teilnehmer der Flurbereinigung

WF 422
 WF 374
 KF 314
 F 719
 F 710
 F 715
 F 643
 WF 444
 KF 293
 WF 368
 F 681
 F 693

Teilnehmer- und Bestandsdatei

— Alter Bestand —

Hessisches Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft u. Landentwicklung
 — Dez. 327 —
 Parkstraße 44
 Postfach 3925
 6200 Wiesbaden

1. 1. 1979

DF 516

Speichernde Stelle a) Bezeichnung b) Stand	Bezeichnung der Datei	Betroffener Personenkreis	Arten der gespeicherten personenbezogenen Daten	Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist	Stellen, an die personenbezogene Daten regelmäßig übermitteln werden	Arten der regelmäßig zu übermittelnden Daten
1	2	3	4	5	6	7
		Wölfersheim- Wohnbach F 642 Ebersburg-Ost F 668 Eibelshausen WF 326 Braunfels- Neukirchen F 731 Neukirchen KF 034 Vellmar- Obervellmar F 749				
	Teilnehmer- und Besitzstandsdatei — Neuer Bestand —	Teilnehmer der Flur- bereinigung WF 437 Teilnehmer der Flur- bereinigung F 656 Ebsdorfergrund Teilnehmer der Flur- bereinigung Allmuthshausen- Rückersfeld KF 318 Teilnehmer der Flur- bereinigung WF 433 Bechtheim Teilnehmer der Flur- bereinigung WF 427 Wisper F 641 Bischhoffen DF 507 Gräfenhausen F 669 Ebersburg-Süd DF 445 Ober-Seemen Teilnehmer der Flur- bereinigung DF 459 Viernheim WF 429 Oberstedten Schöffengrund-Mitte F 673	1. Name, Vorname 2. Geburtsdatum 3. Familienstand 4. Beruf 5. Wohnort 6. Straße 7. Ordnungsnummer 8. Flur-Nr. 9. Flurst.-Nr. 10. Lagebezeichnung 11. Fläche 12. Wertverhältnis 13. Nutzungsart	Durchführung der Flurbereinigung	1. Ämter für Land- wirtschaft und Landentwicklung 2. Hess. Landes- vermessungsamt 3. Grundbuchämter 4. Gemeindeämter 5. Finanzämter	alle Datenarten aus Spalte 4
	Grundbuchdatei	Teilnehmer der Flur- bereinigung WF 353 Lieblos Teilnehmer der Flur- bereinigung Ebersburg-Ost F 668	1. Verfahrensschlüssel 2. Ordnungsnummer 3. Bestandsverzeichnis, Abt. 1, 2 u. 3 des Grund- buches (auf Mikrofilm)	Durchführung der Flurbereinigung	Hess. Landesamt für Ernährung, Land- wirtschaft und Land- entwicklung — Dez. 327 —	alle Datenarten aus Spalte 4
a) Amt für Land- wirtschaft und Landentwicklung Darmstadt Eschollbrücker Straße 4 6100 Darmstadt						
a) Amt für Land- wirtschaft und Landentwicklung Hanau, Freiheits- platz 4 6450 Hanau						
a) Amt für Land- wirtschaft und Landentwicklung Fulda, Josefstr. 22—26 6400 Fulda						

berreinigung Eibelshausen WF 326	s. o.	Teilnehmer der Flur- bereinigung Braunfels- Neukirchen F 731	s. o.	s. o.	s. o.	s. o.
a) Amt für Land- wirtschaft und Landentwicklung Ailsfeld — Außenstelle Lauterbach — Adolf-Spieß- Straße 34 6420 Lauterbach	s. o.	Teilnehmer der Flur- bereinigung Bückershausen KF 293 Teilnehmer der Flur- bereinigung Nidda-Ober-Lais F 681 Neukirchen KF 304	s. o.	s. o.	s. o.	s. o.
a) Amt für Land- wirtschaft und Landentwicklung Kassel Friedrich-Ebert- Straße 45—47 3500 Kassel b) 1. 11. 1979	s. o.	Teilnehmer der Flur- bereinigung Sachsenhausen KF 337	s. o.	s. o.	s. o.	s. o.

Wissenschaftliche
Forschung

1. Testpunktwerte
2. Schulnoten

Stichproben von Schü-
lern des 4. Schuljahres
aus 14 Klassen verschie-
dener Bundesländer.
Erhebung: Sommer 1974

a) Deutsches Institut
für Internationale
Pädagogische
Forschung
Schloßstraße 29
6000 Frankfurt
am Main 90
b) 1. 11. 1978

s. o.

Fragebogenantworten

Stichproben von Lehr-
kräften an Hauptschu-
len, Realschulen, Gym-
nasien und Hochschulen
in Hessen und Baden-
Württemberg.
Erhebungszeit 1973

Bedingungen inno-
vativen Handelns

s. o.

1. Fragebogenantworten
2. Testwerte
3. biograph. Daten
4. soziograph. Daten

Stichproben von Schü-
lern vierter Grundschul-
klassen aus Grund- und
Hauptschulen aus Hes-
sen, NW, Saarland.
Erhebung Anfang März
bis Ende Juli 1977.

Bedingungen für
Schulerfolg

s. o.

Fragebogenantworten

Stichproben von Berufs-
tätigen in verschiedenen
Betrieben und Behörden
im Raum Frankfurt,
Teilnehmer an einigen
Kursen der Volkshoch-
schule Frankfurt

Berufliches Verhalten
von Frauen

s. o.

Fragebogenantworten

7., 8. u. 9. Klassen der
Frankfurter Haupt-
schulen: Karmeliter,
Wittelsbacher, Franken-
steiner, Willmann,
Lersner, Rebstöcker,

Berufsentscheidung
und Bewährung

Speichernde Stelle -a) Bezeichnung Anschrift b) Stand	Bezeichnung der Datei	Betroffener Personenkreis	Arten der gespei- cherten personen- bezogenen Daten	Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kennt- nis dieser Daten erforderlich ist	Stellen, an die personenbezogene Daten regelmäßig übermittelt werden	Arten der regelmäßig zu übermittelnden Daten
1	2	3	4	5	6	7
		Berthold-Otto, Salzmann, Goldstein, Glau- burg, Konrad-Haenisch, Pestalozzi. Erhebung im Januar und Juli 1973 und im Juli 1974				
	Didaktik-Sprache	6. und 7. Klassen der Gesamtschule Bocken- heim-Süd, Frankfurt. Erhebung: 2.79—12.79	Schülerantworten im Compu- ter-Unterstützten Unterricht	s. o.		
	Differenzielle Vor- hersagbarkeit von Schulerfolg	Stichproben von Schü- lern des 1. Schuljahres aus 10 Klassen Nieder- sachsens, Nordrhein- Westfalen, Baden- Württemberg, Schles- wig-Holsteins und Bay- erns. Erhebung: Februar 1973 und Mai—Juli 1974	1. Testpunktwerte 2. Schulnoten	s. o.		
	EEG und Schulreife	80 Kinder aus den Krei- sen Biedenkopf und Dillenburg im Alter zwischen 4 und 7 in den Jahren 1969 und 1970	1. Ergebnisse in drei psycho- diagnostischen Tests für Kinder (LEITER, KRAMER 2) 2. Elektroenzephalographi- sche Daten, 3. Biographische Daten	s. o.		
	Zur altersgemäßen Einschulung	Schüler der Klassen 1—6 von 1953—1961 aus Berlin-Neukölln; 5445 SS aus 160 Klassen Bez. Neukölln	Punktwerte von Schulreife-, Intelligenz- und Leistungs- tests	s. o.		
	Effektivitätskontrolle des Berufschul-Fern- schversuchs Hessen	Stichproben von Schü- lern und Lehrern berufsbildender Schulen und Gymnasien in Hessen Erhebung: Sept. 1969 bis Mai 1970	1. SABET 8 + Lernerfolgstest 2. soziographische Daten 3. Einstellungen	s. o.		
	Emotionales und soziales Verhalten im Vorschulalter	Stichproben von Vor- schulgruppen der Goldstein-, Kirchner-, Linnéschule; Kinder- tagesstätten der Stadt Frankfurt am Main Erhebung 1973	1. Fragebogen 2. Beobachtungsbogenantwor- ten	s. o.		
	Eichung des BT 1—2	Stichproben von Grund- schulern aus 1. und 2. Klassen der 11 Bundes- länder. Erhebung in 1975/76	Punktwerte im Test BT 1—2	s. o.		

Fragebogen zu Lebenszielen und -zufriedenheit	Stichproben von Mitarbeitern von Betrieben im Frankfurter Raum. Erhebungszeitpunkt: Seit 1978	s. o.
Funktionsanalysen des Stroop-Tests	Zufallsstichproben von Schülern der 11. Klasse der Gymnasien aus dem gesamten Bundesgebiet	s. o.
Innovation: Selbstbeurteilung von Pädagogen.	Stichproben von Grund-, Haupt-, Real- und Gymnasiallehrern, Raum Frankfurt am Main	s. o.
Jugenddelinquenz	100 Gefangene, die 1975/76 in der Jugendverwahranstalt Ebrach einsaßen	s. o.
Klausuren in empirischer Methodenlehre	Diplomanden und Lehramtskandidaten der PH Neuss und des EWI der Univ. Düsseldorf von WS 1973/74 bis 1979	s. o.
KT 3-4	3. und 4. Schulklassen insges. ca. 50 Schülern in der Bundesrepublik Deutschland, Zeit: April bis Juni 1976	s. o.
Längsschnittuntersuchung zur Beobachtung und Analyse von Bildungslebensläufen	Zufallsstichproben von Schülern, die in den Jahren 1972, 1973, 1974 und 1976 die 11. Klasse eines Gymnasiums besuchten, verteilt auf das Bundesgebiet	s. o.
Neukonstruktion des FAT 7-8	Stichproben von Real- und Gymnasial- schülern aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland	s. o.
Organisationsmuster der wissenschaftlichen Begleitung von Modellversuchen im Bildungswesen	Daten von Mitgliedern von Forschungsgruppen, Vertretern der Bildungsverwaltungen im Bund und den Ländern, Lehrern, Schulleitern für 59 Begleitforschungsprojekte in der Bundesrepublik Deutschland. Erhebung: November 1976 bis Ende 1977	s. o.
	Fragebogenantworten	
	Testantworten	
	Fragebogenantworten	
	1. Fragebogen 2. Aktenauswertung	
	Verständnis- und Wissensfragen in empirischer Methodenlehre	
	1. Punktwerte im Intelligenztest 2. Konzentrationstest 3. Noten 4. soziodemographische Daten	
	1. Biographische Daten zum Ausbildungsverlauf 2. Daten aus psychologischen Tests	
	Soziographische Angaben und Punktwerte im Analogietest	
	Fragebogenantworten	

Speichernde Stelle a) Bezeichnung b) Stand	Bezeichnung der Datei	Betroffener Personenkreis	Arten der gespeicherten personenbezogenen Daten	Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist	Stellen, an die personenbezogene Daten regelmäßig übermittelt werden	Arten der regelmäßig zu übermittelnden Daten
1	2	3	4	5	6	7
Psychologische Faktoren im Umfeld von Krebskrankungen	Stichproben von psychisch Kranken, chronisch Kranken, Krebskranken, unauffälligen Frauen im Alter von 28 bis 80 Jahren. Erhebung von Oktober 1978 bis März 1979 an Psychiatrischen Anstalten, Kliniken und Arbeitskreisen an ca. 80 Orten der Bundesrepublik Deutschland	Kinder aus 4. Klassen Frankfurter Schulen und deren Eltern; Erhebung im Mai 1976	1. Punktwerte in Persönlichkeitstests 2. soziodemographische und biographische Daten 3. Diagnose des Arztes bzw. des Psychologen	s. o.		
Schichtinsufung nach dem BRSS	Kinder aus zwei 4. Klassen einer Frankfurter Schule, Mai 1976	1. Soziale Schichtestufung 2. Schulnoten	s. o.			
Soziometrische Untersuchung eines Schullaufenthaltes	Lehrer an versch. Sonderschulen Hessens sowie Studierende der Sonderpädagogik an den Universitäten Ffm., Gießen, Marburg	Angaben zur sozialen Herkunft, Geschlecht, Schulnoten	s. o.			
Umfrage „Zur schulischen Sozialisation und gesellschaftlichen Integration lernbehinderter Schüler“	Fragebogenantworten	s. o.				
Validitätsuntersuchung zum Bildertest BT 1-2	Stichproben von Erstklässlern aus den 11 Bundesländern. Erhebung 1976	Testpunktwerte, Schulnoten	s. o.			

Die am 15. Januar 1979 (StAnz. S. 259 f) erfolgte zentrale Bekanntmachung landeseinheitlicher Verfahren zur Vereinfachung der Veröffentlichung gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 HDSG wird wie folgt fortgesetzt:

a) Bezeichnung der Datei b) Stand c) federführendes Rechenzentrum	Betroffener Personenkreis	Arten der gespeicherten personenbezogenen Daten	Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist	Stellen, an die personenbezogene Daten regelmäßig übermittelt werden	Arten der regelmäßig zu übermittelnden Daten
1	2	3	4	5	6
a) Bibliotheksdatei (Hess.) Hess. Bibliotheksinformationssystem — Ausleihe (HEBIS-LEIH) b) 1. 11. 1979 c) KGRZ Frankfurt (berichtigt Veröffentlichung in StAnz. 1979 S. 260)	Benutzer der Bibliotheken (Leser)	Leserdatensatz: 1. Bibliothekskennzeichen 2. Lesenummer 3. Lesername (in der Regel Familienname, Vorname, abhängig von der Datenerfassung in der Bibliothek) 4. Geburtsdatum 5. Postleitzahl 6. Wohnort 7. Straße und Hausnummer 8. Kennzahl für die Einteilung des Leserkreises im Hinblick auf unterschiedliche Mahnweisen einzelner Lesergruppen mit ggf. weiterer Unterteilung in bestimmte Gruppen (z. B. Professoren, Studenten) 9. Zahl der jährlichen Ausleihungen 10. Zahl der laufenden Ausleihungen 11. Hinweis auf Vormerkung zur Löschung, bzw. auf Löschung Buchdatensatz Anmerkung: Die Buchdatensätze sind datentechnisch in einer gesonderten Datei gespeichert. Nur in dem Zeitpunkt, in dem ein Buch ausgeliehen ist, ist die entsprechende Leser-Nr. gespeichert. Diese wird bei der Verbuchung der Buchrückgabe wieder gelöscht, d. h. es besteht ein temporärer sachlicher (personenbezogener) Bezug zu den Leserdaten nur während des Ausleihzeitraumes. 1. Bibliothekskennzeichen 2. Buchnummer 3. Buchidentifikation (Signatur oder Akzessions-Nr. entsprechend der Datenerfassung in den Bibliotheken) 4. Statistikangaben I (Fachnotation oder Systemgruppen) 5. Statistikangaben II (z. B. Erscheinungsjahr) 6. Leser-Nummer (Speicherung nur während der Ausleihe) 7. Rückgabe-Datum 8. Zahl der monatlichen Ausleihungen 9. Zahl der jährlichen Ausleihungen 10. Hinweis auf 3. Mahnung (Vormerkung zur Löschung Löschung und ob das Buch in den letzten 3 Jahren ausgeliehen wurde) 11. Zweigstellen-Nr. (bei internem Leihverkehr) 12. Rückgabedatum (für internen Leihverkehr)	Sämtliche Daten sind zur Überwachung und Steuerung einer geordneten Ausleihe erforderlich, darüber hinaus werden in Form von aggregierten Statistiken Planungsunterlagen für die Literaturbeschaffung erstellt		
a) Schülerbeförderungskosten-Datei b) 1. 11. 1979 c) KGRZ Gießen	Schüler der allgemeinbildenden Schulen bis Jahrgangsstufe 10, Schüler der Grundstufe der Berufsschule, Schüler, die ein Berufsvorbereitungsjahr oder eine zweijährige Berufsfachschule besuchen	1. Name, Vorname, Geburtsdatum des Schülers 2. PLZ, Wohnort, Straße, Haus-Nr. des Schülers 3. Geschlecht des Schülers 4. Name, Vorname des Erziehungsberechtigten 5. PLZ, Wohnort, Straße, Haus-Nr. des Erziehungsberechtigten 6. Merkmale über den Besuch der Schule (Schulnummer, Jahrgangsstufe, Schulform, zuständige Schule, Bewilligungs-/Ablehnungsgründe) 7. Überweisungsangaben (BLZ, Konto-Nr., Name des Kontoinhabers) 8. Angaben zur Fahrtkostenerstattung a) Kosten für Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel: Anzahl, Typ und Preis der abzurechnenden Fahrkarten b) Kosten bei Benutzung privater Verkehrsmittel: Zahl der Beförderungstage, tägl. Fahrstrecke, Kraftfahrzeuggruppe gemäß § 6 HRKG sowie Angaben für Mitfahrerschädigung c) Erstattungsbetrag für sonstige Kosten d) Schulhalbjahr sowie besuchte Klasse	Abwicklung der Schülerbeförderungskosten	Banken im Rahmen der Zahlbarmachung der Auszahlungsbeträge	Daten für Überweisungsverkehr
a) Krankentransportdatensatz-Datei b) 1. 11. 1979 c) KGRZ Gießen	durch die Träger der Rettungsdienste transportierte Personen	Transportierte Person 1. Name, Vorname 2. PLZ, Wohnort, Straße 3. Geburtsdatum 4. Name und Wohnort des Arbeitgebers Versicherter 5. Name, Vorname 6. Geburtsdatum 7. Kostenträger	Durchführung der Krankentransporte im Rahmen eines Beförderungsvertrages		

a) Bezeichnung der Datei b) Stand c) federführendes Rechenzentrum	Betroffener Personenkreis	Arten der gespeicherten personenbezogenen Daten	Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist	Stellen, an die personenbezogene Daten regelmäßig übermittelt werden	Arten der regelmäßig zu übermittelnden Daten
1	2	3	4	5	6
		8. Abholort und Straße 9. Transportziel und Straße 10. Transportdatum und Transportnummer 11. Fahrzeug- und Fahrer-Nummer 12. Fahrzeit und Tarif-km oder Pauschalbetrag, Anzahl der transportierten Personen 13. Fahrtart 14. Transportart 15. Einsatzart			

Wiesbaden, 7. 11. 1979

Der Hessische Minister des Innern

II A 4 — 3 d 10 — 15

StAnz. 47/1979 S. 2188

1286

DER HESSISCHE MINISTER DER FINANZEN

Gesetz zur abschließenden Neugliederung des Lahn-Dill-Gebietes;

hier: Anpassung der Finanzamtsbezirke Gießen und Wetzlar

In Anpassung an die neuen Gemeinde- und Kreisgrenzen im Rahmen des Gesetzes zur abschließenden Neugliederung des Lahn-Dill-Gebietes werden auf Grund des § 17 Abs. 2 des FVG in der Fassung des Gesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426) die Finanzamtsbezirke mit Wirkung vom 1. November 1979 wie folgt geändert:

1. Änderung der Finanzamtsbezirke auf Grund der Neugliederung von Gemeinden

Gemeinde/Stadt vor Zusammen-schluss/Eingliederung — ehem. Landkreis —	Gemeinde/Stadt zusammen-geschlossen zu/ eingegliedert in — neuer Landkreis —	bisheriger FA-Bezirk	neuer FA-Bezirk
Stadtteil Lützellinden der Stadt Lahn	Stadtteil Lützellinden der Stadt Gießen — Landkreis	Wetzlar	Gießen
— kreisfrei — Gemeinde Biebertal mit allen Ortsteilen — Lahn-Dill-Kreis —	Gemeinde Biebertal mit allen Ortsteilen — Landkreis Gießen —	Wetzlar	Gießen
Stadtteile Krodorf-Gleiberg, Launsbach und Wißmar der Stadt Lahn	Gemeinde Wetztenberg mit den Ortsteilen Krodorf-Gleiberg, Launsbach und Wißmar — Landkreis Gießen —	Wetzlar	Gießen
— kreisfrei —	Gießen —	Wetzlar	Gießen

2. Änderung der Finanzamtsbezirke auf Grund der Veränderung von Flurstücken und Gemarkungsteilen

Ausgliederung aus Gemeinde — ehem. Landkreis —	Flurstück	Eingliederung in Gemeinde — ehem. Landkreis —
Langgöns — Lahn-Dill-Kreis —	Gemarkung Cleeburg Flur 7 Nr. 49/3, 51, 52/1 (tlw.), 53/2 (tlw.), 56 bis 58, 63 bis 66, 69, 70, 71/2, 72 bis 79, 80/1, 80/6, 95/2, 96 und 97/2	Waldsolms — Lahn-Dill-Kreis —
bisheriger FA-Bezirk Gießen	neuer FA-Bezirk Wetzlar	

Der Hauptpersonalrat wurde beteiligt.

Der Hauptpersonalrat wurde beteiligt.

Wiesbaden, 31. 10. 1979

Der Hessische Minister der Finanzen

O 2115 A — 11 —
O 1003 A — 6 — I A 21

StAnz. 47/1979 S. 2198

1287

DER HESSISCHE KULTUSMINISTER

Errichtung der Zentralen Vermögensverwaltung in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau als kirchliche Anstalt des öffentlichen Rechts

Die Hessische Landesregierung hat am 19. Juni 1979 folgenden Beschluß gefaßt:

Der Errichtung der Zentralen Vermögensverwaltung in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau als kirchliche Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Darmstadt wird

zugestimmt. Die Zustimmung kann widerrufen werden, wenn die Aufgabenstellung der kirchlichen Anstalt grundlegend geändert wird. Alle Änderungen des kirchlichen Errichtungsgesetzes vom 30. November 1978 (Anlage) sind dem Kultusminister anzuzeigen.

Wiesbaden, 31. 10. 1979

Der Hessische Kultusminister

I B 6 — 881/o/02

StAnz. 47/1979 S. 2198

1288

Aufhebung der Stiftung öffentlichen Rechts „Hauptkirchenärar Hanau“ in Hanau

Ich gebe hiermit gemäß § 20 Abs. 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) die Aufhebung der Stiftung öffentlichen Rechts „Hauptkirchenärar Hanau“ in Hanau bekannt.

Wiesbaden, 31. 10. 1979

Der Hessische Kultusminister

I B 6 — 881/1 — 12

StAnz. 47/1979 S. 2199

Urkunde über die Aufhebung der Stiftung öffentlichen Rechts „Hauptkirchenärar Hanau“

Auf Grund des § 9 in Verbindung mit § 20 Absatz 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) wird nach Anhörung der Beteiligten die ortskirchliche Stiftung „Hauptkirchenärar Hanau“ mit der Maßgabe aufgehoben, daß das vorhandene Stiftungsvermögen auf die Evangelische Kirchengemeinde der Johanneskirche zu Hanau übergeht. Die Evangelische Kirchengemeinde der Johanneskirche ist verpflichtet, die Erträge des Stiftungsvermögens weiterhin für den Widmungszweck der Stiftung zu verwenden.

Diese Urkunde tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.

Kassel, 3. Oktober 1979

EVANGELISCHE KIRCHE
VON KURHESSEN-WALDECK
Der Bischof
gez. Dr. Jung

1289

Pfarramtliche Verbindung der Evangelischen Kirchengemeinde Feldkrücken

Urkunde

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau — Kirchenverwaltung — hat nach Anhörung der Beteiligten und des Dekanatsynodalvorstandes des Evangelischen Dekanates Schotten folgendes beschlossen:

§ 1

Die pfarramtliche Verbindung der Evangelischen Kirchengemeinde Feldkrücken mit der Evangelischen Kirchengemeinde Bobenhausen II wird aufgehoben.

§ 2

Die Evangelische Kirchengemeinde Feldkrücken wird mit der Evangelischen Kirchengemeinde Ullrichstein pfarramtlich verbunden.

§ 3

Diese Urkunde gilt mit Wirkung vom 1. Januar 1979.

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 26. 10. 1979

Der Hessische Kultusminister

I B 6.1 — 881/0/01

StAnz. 47/1979 S. 2199

1290

DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

Unterrichtung der Grundstückseigentümer über

- den Schutz der Grenz- und Vermessungsmarken,
- die Abmarkungspflicht bei Bauvorhaben in Grenznähe,
- die Gebäudeeinmessungspflicht

Bezug: Katastergesetz vom 3. Juli 1956 (GVBl. S. 121),
Abmarkungsgesetz vom 3. Juli 1956 (GVBl. S. 124),
beide Gesetze zuletzt geändert durch Gesetz vom
14. Juli 1977 (GVBl. I S. 319).

1. Erdarbeiten beim Bau von Gebäuden und Straßen sowie bei der Verlegung von Kanalisationen, Fernmelde- und Versorgungsleitungen usw. sind immer wieder die Ursache dafür, daß Grenz- und Vermessungsmarken beschädigt, zerstört, herausgerissen oder verschüttet werden. Ich halte es daher nach wie vor für erforderlich, die Grundstücks- und Gebäudeeigentümer auf den besonderen Schutz dieser Marken nach dem Abmarkungsgesetz hinzuweisen. Einzelheiten enthält das „Merkblatt über den Schutz der Grenz- und Vermessungsmarken“ (vgl. Anl. 1). Das Merkblatt ist beim Hessischen Landesvermessungsamt und den Katasterämtern kostenlos erhältlich; es wird außerdem von den Bauaufsichtsbehörden den Baugenehmigungen oder den Teilbaugenehmigungen zur besonderen Information der Bauherren beigelegt. Den Auftraggebern von Erdarbeiten wird empfohlen, das Merkblatt auch den die Arbeiten ausführenden Unternehmern zuzuleiten.

2. Die fehlende Kenntnis des genauen Verlaufs der rechtmäßigen Grenze führt sehr häufig dazu, daß bei der Errichtung von Gebäuden unbeabsichtigt Überbauungen vorkommen oder vorgeschriebene Grenzabstände nicht eingehalten werden. Derartige Überbauungen sind dann oft die Ursache von Grenzstreitigkeiten, die durch eine rechtzeitige Abmarkung des betreffenden Grenzverlaufs vermieden werden können.

Die Nachweise des Liegenschaftskatasters können nur dann den ihnen zukommenden gesetzlichen Auftrag erfüllen, wenn sie den tatsächlichen Gegebenheiten in der Örtlichkeit entsprechen. Die Verpflichtung der Grundstücks- und Gebäudeeigentümer, die zur Fortführung des Liegenschaftskatasters notwendigen Nachweise beizubringen, dient daher nicht nur deren persönlichen Interessen, sondern ist von übergeordneter Bedeutung. Es ist deswegen besonders wichtig, daß die Grundstücks- und Gebäude-

eigentümer baldmöglichst nach dem Eintritt von Veränderungen auf ihren Grundstücken diese dem Katasteramt durch Vorlage der Fortführungsunterlagen anzeigen.

Die als Anlage 2 nachstehend abgedruckten „Wichtigen Hinweise“ sollen insbesondere die Grundstücks- und Gebäudeeigentümer möglichst frühzeitig auf die von ihnen zu beachtende Abmarkungs- und Gebäudeeinmessungspflicht aufmerksam machen. Die Hinweise werden vor allem von den Bauaufsichtsbehörden den Baugenehmigungen oder Teilbaugenehmigungen als Anlage beigelegt.

3. Die Anlagen dieses Erlasses ersetzen die in meinem Erlaß vom 8. August 1969 (StAnz. S. 1486) veröffentlichten Merkblätter. Gleichzeitig tritt mein Rundvermerk vom 13. Dezember 1971 (StAnz. 1972 S. 12) außer Kraft.

Wiesbaden, 31. 10. 1979

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
IV c 2 — K 4300 A — 70

StAnz. 47/1979 S. 2199

Anlage 1
(Vorderseite)

Merkblatt

über den Schutz der Grenz- und Vermessungsmarken

1. Grenzmarken und Vermessungsmarken (Steine, Kunststoffmarken, Rohre, Bolzen und dgl.) dienen der Sicherung des Grundeigentums und werden zum öffentlichen Nutzen und zur Wahrung des Grenzfriedens gesetzt.
2. Die Abmarkungen erfolgen im allgemeinen oberirdisch.
3. Die Grenzmarken und die Vermessungsmarken sind durch das Abmarkungsgesetz (Auszug s. Rückseite) unter besonderem Schutz gestellt.
4. Bei Erdarbeiten besteht die Gefahr, daß Grenz- und Vermessungsmarken zerstört, beschädigt oder verschüttet werden. Verursacht jemand vorsätzlich oder fahrlässig derartige Veränderungen an Grenz- und Vermessungsmarken, so begeht er eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des Abmarkungsgesetzes; ihm können eine Geldbuße und die Kosten der Wiederherstellung der Abmarkungen auferlegt

werden. Zudem kann in bestimmten Fällen Strafanzeige erstattet werden (§§ 274 und 304 des Strafgesetzbuches).

5. Ordnungswidrige Veränderungen an Abmarkungen und hohe Unkosten können vermieden werden, wenn die Auftraggeber von Erdarbeiten bzw. die ausführenden Unternehmer
 - a) dem zuständigen Katasteramt von dem beabsichtigten Bauvorhaben und dem Beginn der Arbeiten rechtzeitig Kenntnis geben und bei diesem Katasteramt oder bei einem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur die Sicherung der gefährdeten Abmarkungen beantragen — in diesem Fall trägt das Land Hessen die Kosten für die Sicherung und Versetzung von Vermessungsmarken —,
 - b) die am Bau beteiligten Hilfskräfte zur gebotenen Sorgfalt und Vorsicht bei den Arbeiten anweisen.
6. Es empfiehlt sich, die Unternehmer bei der Auftragserteilung auf den Schutz und die Sicherung der Grenz- und Vermessungsmarken besonders hinzuweisen und sie zur Tragung aller zusätzlichen Kosten zu verpflichten, die infolge der von ihnen zu vertretenden Versäumnisse entstehen.

Anlage 1 (Rückseite)

Auszug aus dem Abmarkungsgesetz vom 3. Juli 1956
(GVBl. S. 124),

zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. Juli 1977
(GVBl. I S. 319)

§ 5 (1) Grenz- und Vermessungsmarken dürfen nur von den zuständigen Vermessungsstellen gesetzt, aufgerichtet oder entfernt werden...

(2) Zuständige Vermessungsstellen sind

1. die Katasterbehörden,
2. die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure,
3. die Vermessungsdienststellen der Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden im Rahmen ihrer Befugnis zur Ausführung von Katastervermessungen (§ 8 Nr. 3 des Katastergesetzes).

§ 6 (1) Die Landesbehörden und die der Aufsicht des Landes unterstehenden Behörden sind verpflichtet, den Katasterbehörden bei der Durchführung dieses Gesetzes Rechts- und Amtshilfe zu leisten.

§ 8 (1) Die Eigentümer von Grundstücken und Bauwerken sowie die anderen Nutzungsberechtigten haben die Grenz- und Vermessungsmarken zu schonen und — soweit sie nicht unirdisch angebracht sind — erkennbar zu halten.

(2) Die Eigentümer von Grundstücken und Bauwerken sind verpflichtet, verlorengegangene, schadhafte, nicht mehr erkennbare oder aus ihrer Lage gekommene Grenzmarken wiederherstellen zu lassen.

(3) Wer Arbeiten vornehmen will, die den festen Stand einer Grenz- oder Vermessungsmarke oder ihre Erkennbarkeit gefährden können, hat rechtzeitig deren Sicherung oder Versetzung zu veranlassen.

§ 19 (3) ... wer die Sicherung oder Versetzung einer Marke gemäß § 8 Abs. 3 zu veranlassen hat, trägt die Kosten dieser Maßnahme.

§ 25 (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. unbefugt eine Abmarkung vornimmt, Grenz- oder Vermessungsmarken verändert oder beseitigt,
2. Grenz- oder Vermessungsmarken vernichtet, beschädigt oder unkenntlich macht,
3. den Vorschriften des § 8 zuwiderhandelt oder
4.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden...

Anlage 2 (Vorderseite)

WICHTIGE HINWEISE

Abmarkungspflicht bei Bauvorhaben in Grenznähe

Nach § 1 Abs. 2 Nr. 5 des Abmarkungsgesetzes (Auszug s. Rückseite) sind die Grundstückseigentümer verpflichtet, die Grenzen ihrer Grundstücke abmarken zu lassen, wenn ein Gebäude an oder im vorgeschriebenen Abstand von einer Grundstücksgrenze neu errichtet, wieder aufgebaut oder in der Weise umgebaut werden soll, daß eine äußere Grundmauer näher als bisher an die Grundstücksgrenze heranrücken soll. Diese Vorschrift soll verhindern helfen, daß mangels Kenntnis des genauen Verlaufs der rechtmäßigen Grenze

Überbauungen vorkommen oder der vorgeschriebene Abstand von der Grenze nicht eingehalten wird. Derartige Überbauten sind oft die Ursache von Grenzstreitigkeiten, die durch rechtzeitige Abmarkung vermieden werden können. Unter dem „vorgeschriebenen Abstand“ von einer Grenze sind nicht nur Abstände zu verstehen, die in einer Rechtsvorschrift selbst vorgeschrieben, sondern auch Abstände, die von einer Behörde auf Grund einer Rechtsvorschrift angeordnet sind.

Abmarkungen werden von den Katasterämtern und von den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren ausgeführt.

Gebäudeeinmessungspflicht

Die Nachweise des Liegenschaftskatasters können nur dann den ihnen zukommenden gesetzlichen Auftrag erfüllen, wenn sie den tatsächlichen Gegebenheiten in der Örtlichkeit entsprechen. Die Verpflichtung der Grundstücks- und Gebäudeeigentümer, die nach § 16 des Katastergesetzes (Auszug s. Rückseite) zur Fortführung des Liegenschaftskatasters notwendigen Nachweise beizubringen, dient daher nicht nur deren persönlichen Interessen, sondern ist von übergeordneter Bedeutung. Es ist deswegen besonders wichtig, daß die Grundstücks- und Gebäudeeigentümer baldmöglichst nach dem Eintritt von Veränderungen an ihren Grundstücken diese dem Katasteramt durch Vorlage der Fortführungsunterlagen anzeigen. Dies gilt insbesondere für die Bebauung eines bislang unbebauten Grundstücks und für die Vornahme von baulichen Veränderungen an bebauten Grundstücken (einschl. solcher Veränderungen, die mit dem Abbruch oder der Zerstörung von Gebäuden verbunden sind). Unter den baulichen Veränderungen sind (im Hinblick auf die Darstellung in den Katasterkarten) namentlich die Veränderungen von Interesse, bei denen sich die Lage der äußeren Grundmauern eines Gebäudes ändert.

Das Katastergesetz verpflichtet die Grundstücks- und Gebäudeeigentümer, die notwendige Vermessung von dem zuständigen Katasteramt oder einem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur auf ihre Kosten ausführen zu lassen.

Wird vom Grundstücks- oder Gebäudeeigentümer der Antrag auf Gebäudeeinmessung nicht gestellt oder werden dem Katasteramt die Vermessungsergebnisse nicht eingereicht, so ist das Katasteramt kraft Gesetz befugt, die Einmessung selbst zu veranlassen und die Kosten dem Grundstücks- oder Gebäudeeigentümer in Rechnung zu stellen (§ 16 Satz 2, § 21 Abs. 1 Nr. 1 des Katastergesetzes).

Anlage 2 (Rückseite)

Auszug aus dem Katastergesetz vom 3. Juli 1956 (GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. Juli 1977 (GVBl. I S. 319)

§ 1 (1) Die Grundstückseigentümer sind verpflichtet, die Grenzen ihrer Grundstücke dauerhaft abmarken zu lassen, soweit die Grenzen nicht bereits durch Grenzsteine, Gebäude- oder Mauerecken oder in anderer Weise hinreichend erkennbar festgelegt sind. Ungeeignete Grenzmale sind durch neue zu ersetzen, entbehrliche zu entfernen.

(2) Die Abmarkung ist bei jeder sich bietenden Gelegenheit vorzunehmen, insbesondere

...

5. wenn ein Gebäude an oder im vorgeschriebenen Abstand von einer Grundstücksgrenze neu errichtet, wieder aufgebaut oder in der Weise umgebaut werden soll, daß eine äußere Grundmauer näher als bisher an die Grundstücksgrenze heranrücken soll. Grenzen zwischen Grundstücken, die dem Gemeingebrauch dienen, können ganz oder teilweise unabgemarkt bleiben. Die oberste Katasterbehörde kann weitere Ausnahmen zulassen, wenn ein Bedürfnis für die Abmarkung nicht besteht.

Auszug aus dem Katastergesetz vom 3. Juli 1956 (GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. Juli 1977 (GVBl. I S. 319)

§ 16 Wird ein Grundstück auf Grund privatrechtlicher Vereinbarung, durch Anladung, Abschwemmung oder dgl. in seinen Grenzen verändert oder wird es bebaut oder baulich verändert oder ändert sich seine Nutzungsart, so haben die Grundstücks- und Gebäudeeigentümer die zur Fortführung des Liegenschaftskatasters erforderlichen Unterlagen auf ihre Kosten zu beschaffen und dem Katasteramt einzureichen. Wird diese Pflicht innerhalb einer vom Katasteramt festzusetzenden angemessenen Frist nicht erfüllt, so kann das Katasteramt das Erforderliche selbst veranlassen.

§ 21 (1) Kostenschuldner ist,

1. wer die Leistung der Katasterbehörde veranlaßt oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird,
2. ...

1291

Aufstufung von Gemeindestraßen und Abstufung einer Teilstrecke im Zuge der Landesstraße 3115 in der Ortslage Groß-Zimmern, Landkreis Darmstadt-Dieburg, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Der in der Ortslage der Gemeinde Groß-Zimmern im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Regierungsbezirk Darmstadt, gelegene Gemeindestraßenzug, bestehend aus einer Teilstrecke der Bachgasse und der Kirchstraße

von km 0,002 (bei km 0,407 der L 3115 alt)
bis km 0,345 (an der L 3114 — Wilh.-Leuschner-Str. —)
= 0,343 km

und eine Teilstrecke der gemeindeeigenen Lebrechtstraße

von km 0,330 (bei km 0,330 der L 3115 alt)
bis km 0,462 (an der L 3115 — Biergasse —) = 0,132 km

haben die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße erlangt und werden mit Wirkung vom 1. November 1979 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft (§ 5 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Sie werden als Teilstrecken der Landesstraße 3115, die Kirchstraße als 2. Richtungsfahrbahn, in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

Die Straßenbaulast für die aufgestuften Strecken geht zum selben Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf das Land Hessen über.

2. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3115 (Bachgasse)

von km 0,330 alt (an der Beinestraße)
bis km 0,407 alt (an der Biergasse) = 0,077 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. November 1979 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Gemeinde Groß-Zimmern über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, gesetzlich vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 31. 10. 1979

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**

IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 47/1979 S. 2201

1292

Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einbeziehung von Teilstrecken im Zuge der Bundesstraße 7 in der Gemarkung Eschenstruth der Gemeinde Helsa, Landkreis Kassel, und in der Gemarkung Fürstenhagen der Stadt Hessisch Lichtenau, Werra-Meißner-Kreis, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Bundesstraße 7 in der Gemarkung Eschenstruth der Gemeinde Helsa im Landkreis Kassel und in der Gemarkung Fürstenhagen der Stadt Hessisch Lichtenau im Werra-Meißner-Kreis, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Strecke

von km 19,912 neu (bei km 19,945 alt)
bis km 22,028 neu (bei km 22,000 alt) = 2,116 km

erhält mit Wirkung vom 1. November 1979 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 7 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStG] vom 1. Oktober 1974 — BGBl. I S. 2414 —).

2. Die bisherigen Teilstrecken der Bundesstraße 7

a) von km 19,945 alt bis km 20,137 alt = 0,192 km
und

b) von km 21,665 alt bis km 21,935 alt = 0,270 km

haben die Eigenschaft einer Bundesstraße verloren und werden mit Wirkung vom 1. November 1979 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 2 Abs. 4 FStG).

Die Straßenbaulast für die unter a) aufgeführte Teilstrecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Gemeinde Helsa und die Straßenbaulast für die unter b) aufgeführte Teilstrecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Stadt Hessisch Lichtenau über (§ 43 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

3. Die bisherigen Teilstrecken der Bundesstraße 7

von km 20,137 alt bis km 20,140 alt = 0,003 km

von km 20,154 alt bis km 21,651 alt = 1,497 km

von km 21,663 alt bis km 21,665 alt = 0,002 km
und

von km 21,935 alt bis km 22,000 alt = 0,065 km

sind für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. November 1979 eingezogen (§ 2 Abs. 5 FStG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage bei dem Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten bei der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 10. 1979

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**

IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 47/1979 S. 2201

1293

Bau der Umgehungsstraße Wiesbaden—Frauenstein im Zuge der Landesstraße 3441 zwischen km 7,900 u. km 0,950

Beschluß

Gemäß § 34 Abs. 5 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 (GVBl. I S. 437), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 106), wird die Gültigkeit des Planfeststellungsbeschlusses vom 12. Dezember 1974 — IV a 2 — 61 k 08 (641) — bis zum 20. Januar 1985 verlängert.

Begründung

Nach ordnungsgemäß durchgeführtem Anhörungsverfahren wurde der Plan für das oben bezeichnete Bauvorhaben am 12. Dezember 1974 festgestellt. Der Planfeststellungsbeschuß hat am 21. Januar 1975 Rechtskraft erlangt.

Mit den Bauarbeiten wurde bereits begonnen. Infolge besonderer Umstände kann der festgestellte Plan jedoch nicht innerhalb der gesetzlichen Frist von 6 Jahren nach Eintritt der Rechtskraft vollständig durchgeführt werden. Es besteht jedoch weiterhin ein öffentliches Interesse an der Durchführung des Bauvorhabens. Die Verlängerung der Gültigkeit des Planfeststellungsbeschlusses ist daher gerechtfertigt.

Dieser Beschluß ergeht im Benehmen mit dem Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Wiesbaden, 1. 11. 1979

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**

IV a 2 — 61 k 08 (641)

StAnz. 47/1979 S. 2201

1294

DER HESSISCHE SOZIALMINISTER

Pflegegeld für Kinder und Jugendliche in Familienpflege und Großpflegestellen

Bezug: Erlasse vom 22. April 1977 (StAnz. S. 1033),
18. April 1978 (StAnz. S. 932),
10. Oktober 1978 (StAnz. S. 2222),
28. August 1979 (StAnz. S. 1914)

Der Ecksatz des Sozialhilferegelgesetzes wird ab 1. Januar 1980 um 5,05% erhöht. Dadurch erhöht sich das Pflegegeld (Grundbetrag) für Kinder und Jugendliche in Familienpflege und Großpflegestellen ab 1. Januar 1980 auf folgende Beträge:

1. Pflegegeld für Kinder und Jugendliche in Familienpflege
 - 1.1 für Personen bis zum vollendeten 7. Lebensjahr 428 DM
 - 1.2 für Personen vom Beginn des 8. Lebensjahres bis zur Vollendung des 11. Lebensjahres 465 DM
 - 1.3 für Personen vom Beginn des 12. Lebensjahres bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres 502 DM
 - 1.4 für Personen vom Beginn des 16. Lebensjahres 540 DM
2. Pflegegeld für Kinder und Jugendliche in Großpflegestellen 630 DM.

Wiesbaden, 29. 10. 1979

Der Hessische Sozialminister

II B 6 a — 52 i 0207

StAnz. 47/1979 S. 2202

1295

DER HESSISCHE MINISTER FÜR LANDESENTWICKLUNG, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Bestimmung der Amtstierärzte zu Mitgliedern der Körkommissionen

Bezug: Hessische Ausführungsverordnung zum Tierzuchtgesetz vom 25. Juni 1979 (GVBl. I S. 145)

Auf Grund des § 2 Abs. 2 Nr. 3 der Hessischen Ausführungsverordnung zum Tierzuchtgesetz vom 25. Juni 1979 (GVBl. I S. 145) bestimme ich folgende Amtstierärzte zu Mitgliedern in den Körkommissionen:

1. Land Hessen

- 1.1 Körplatz Dillenburg VD Dr. Höll, Staatliches
— Hengste — Veterinäramt Lauterbach
Vertreter: VOR Dr. Unger, Staatliches
Veterinäramt Herborn

2. Regierungsbezirk Darmstadt

- 2.1 Körplatz Biebesheim VD Dr. Papst, Staatliches
— Bullen, Eber — Veterinäramt Groß-Gerau
Vertreter: VOR Dr. Schumm, Staatliches
Veterinäramt Darmstadt
(Stadt)
- 2.2 Tierzuchtamtsbezirk VD Dr. Papst, Staatliches
Darmstadt Veterinäramt Groß-Gerau
— Einzelkörnung —
Vertreter: VOR Dr. Schumm, Staatliches
Veterinäramt Darmstadt
(Stadt)

- 2.3 Körplatz Gießen VOR Dr. Bottin, Staatliches
— Bullen, Eber — Veterinäramt Gießen
Vertreter: VOR Dr. Vockert, Staatliches
Veterinäramt Gießen

- 2.4 Körplatz Butzbach VD Dr. Hölzel, Staatliches
— Schafböcke — Veterinäramt Friedberg
Vertreter: VOR Dr. Eckermann,
Staatliches Veterinäramt
Friedberg

- 2.5 Tierzuchtamtsbezirk VD Dr. Kleine, Staatliches
Gießen Veterinäramt Gießen
— Einzelkörnung —

Vertreter: VOR Dr. Vockert, Staatliches
Veterinäramt Gießen

- 2.6 Körplatz Limburg VD Dr. Janson, Staatliches
— Eber — Veterinäramt Limburg

Vertreter: VOR Dr. Stübner, Staatliches
Veterinäramt Limburg

- 2.7 Tierzuchtamtsbezirk VD Dr. Janson, Staatliches
Limburg Veterinäramt Limburg
— Einzelkörnung —

Vertreter: VOR Dr. Stübner, Staatliches
Veterinäramt Limburg

3. Regierungsbezirk Kassel

- 3.1 Körplatz Kassel VD Dr. Primus, Veterinär-
— Bullen, Eber, dezernent beim Regierungs-
Schafböcke — präsidenten Kassel

Vertreter: VOR Dr. Heisinger, Staatliches
Veterinäramt Kassel (Stadt)

- 3.2 Körplatz Heringen VD Dr. Ullner, Staatliches
— Schafböcke — Veterinäramt Bad Hersfeld

Vertreter: VOR Dr. Bornkessel,
Staatliches Veterinäramt
Bad Hersfeld

- 3.3 Tierzuchtamtsbezirk VD Dr. Primus, Veterinär-
Kassel dezernent beim Regierungs-
— Einzelkörnung — präsidenten Kassel

Vertreter: VOR Dr. Heisinger, Staatliches
Veterinäramt Kassel (Stadt)

- 3.4 Körplatz Fulda VD Dr. Weidemann, Staatliches
— Bullen, Eber — Veterinäramt in Hünfeld

Vertreter: VR Dr. Hühnermund,
Staatliches Veterinäramt
in Hünfeld

- 3.5 Tierzuchtamtsbezirk VD Dr. Weidemann, Staatliches
Fulda Veterinäramt in Hünfeld
— Einzelkörnung —

Vertreter: VR Dr. Hühnermund,
Staatliches Veterinäramt
in Hünfeld

- 3.6 Körplatz Korbach
— Bullen, Eber —
VOR Dr. Stämm, Staatliches
Veterinäramt in Frankenberg
Vertreter: VOR Dr. Tamm, Staatliches
Veterinäramt in Frankenberg
- 3.7 Tierzuchtamtsbezirk
Korbach
— Einzelkörung —
VOR Dr. Stämm, Staatliches
Veterinäramt in Frankenberg
Vertreter: VOR Dr. Tamm, Staatliches
Veterinäramt in Frankenberg

Dieser Erlaß tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Wiesbaden, 27. 10. 1979

**Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten**
IV A 2 — 82 a 04 — 2335/79
StAnz. 47/1979 S. 2202

1296

Tierseuchenbeiträge 1980

Der nachstehende Vorstandsbeschuß der Hessischen Tierseuchenkasse vom 26. September 1979 wird gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Viehseuchengesetz in der Fassung vom 23. Juni 1978 (GVBl. I S. 401) genehmigt.

Der Vorstand beschließt:

Auf Grund der §§ 4 und 13 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Viehseuchengesetz in der Fassung vom 23. Juni 1978 (GVBl. I S. 401) werden die von den Besitzern beitragspflichtiger Tiere und Bienenvölker für das Jahr 1980 zu erhebenden Beiträge an die Hessische Tierseuchenkasse wie folgt festgesetzt:

Einhufner

- a) Ponies, Kleinpferde (bis zu 148 cm Stockmaß)
sowie Maultiere, Maulesel und Esel
1. bis 149. Tier je Tier 0,50 DM
für jedes weitere Tier je Tier 1,— DM
- b) alle anderen Pferde
1. bis 149. Tier je Tier 1,— DM
für jedes weitere Tier je Tier 2,— DM
- zu a) und b): in der Bestandsgröße
1. bis 149. Tier jedoch Mindestbeitrag
je Bestand 5,— DM

Rinder jeden Alters

1. bis 199. Tier je Tier 6,— DM
für jedes weitere Tier je Tier 7,— DM

Schafe jeden Alters

- je Tier 2,— DM
jedoch Mindestbeitrag je Bestand 5,— DM

Schweine

- a) Ferkel bis zu 20 kg Lebendgewicht
1. bis 199. Tier je Tier 0,70 DM
200. bis 599. Tier je Tier 1,— DM
für jedes weitere Tier je Tier 1,20 DM
- b) alle anderen Schweine
1. bis 199. Tier je Tier 2,20 DM
200. bis 599. Tier je Tier 3,50 DM
für jedes weitere Tier je Tier 4,50 DM

zu a) und b): in der Bestandsgröße

1. bis 199. Tier jedoch Mindestbeitrag
je Bestand 5,— DM

Bienenvölker

- für jedes Bienenvolk je Volk 2,50 DM
jedoch Mindestbeitrag 5,— DM.

Keine Beiträge sind zu entrichten für Tiere und Bienenvölker, die dem Bund, dem Lande Hessen oder einem anderen Lande gehören, und für die am Zähltag in Vieh-, Schlachthöfen einschließlich der öffentlichen Schlachthäuser sowie sonstigen Schlachtstätten aufgestellten Schlachttiere.

Für Ziegen und Hühner werden Beiträge nicht erhoben.

Für die Berechnung und Erhebung der Tierseuchenbeiträge ist der bei der amtlichen Viehzählung am 3. Dezember 1979 festgestellte Bestand an beitragspflichtigen Tieren, für Bienenvölker der am 2. Dezember 1977 festgestellte Bestand einschließlich der am Zähltag vorübergehend abwesenden Tiere oder Bienenvölker maßgebend.

Von Besitzern von Bienenvölkern, die in dem Zeitraum vom 2. Dezember 1977 bis 3. Dezember 1979 auf Dauer ihre Bie-

nenvölker vollständig abgeschafft haben, sind keine Beiträge zu erheben. Im selben Zeitraum eingetretene Veränderungen (Zu- und Abgänge) bleiben unberücksichtigt.

Bestand im Sinne dieses Beschlusses sind alle Tiere einer Art oder Bienenvölker, die räumlich zusammengehalten oder gemeinsam versorgt werden, auch wenn sie anderen Eigentümern gehören.

Tierbesitzer, für die nach diesem Beschluß die Beitragspflicht zur Hessischen Tierseuchenkasse besteht, sind verpflichtet, die Zahl der am 3. Dezember 1979 von ihnen gehaltenen beitragspflichtigen Tiere zwecks Festsetzung der Tierseuchenbeiträge bei der zuständigen Gemeinde bis zum 15. Februar 1980 anzugeben, sofern ihre Tiere oder Bienenvölker bei der amtlichen Viehzählung nicht erfaßt worden sind. Versäumt der Besitzer beitragspflichtiger Tiere oder Bienenvölker diese Meldung, so kann dies gemäß § 69 Abs. 3 des Viehseuchengesetzes dazu führen, daß der Anspruch auf eine Leistung der Tierseuchenkasse entfällt.

Die Beiträge werden am 15. März 1980 fällig. Die Erhebung erfolgt durch die Gemeinden.

Wiesbaden, 29. 10. 1979 **Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten**
IV A 1 — 19 a 28/09 — 1842/79
StAnz. 47/1979 S. 2203

1297

Kartierung der Flächen, die von der Bebauung und von gewerblicher Nutzung freizuhalten sind (Schutzkarten)

Der Erlaß vom 10. April 1962 (StAnz. S. 568) in der Fassung des Erlasses vom 2. März 1970 (StAnz. S. 1225) wird dahingehend geändert, daß die Zuständigkeit für die Schutzkarten auf mich als oberste Landesplanungsbehörde übergegangen ist.

Wiesbaden, 1. 11. 1979 **Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten**
VI A 5 — 93 c 02/25 — 1264/79
StAnz. 47/1979 S. 2203

1298

Berichterstattung über Waldbrände

Bezüglich der Berichterstattung über Waldbrände bitte ich zukünftig wie folgt zu verfahren:

I. Berichterstattung durch die Forstämter:

Die im abgelaufenen Kalenderjahr entstandenen Waldbrände sind bis zum **15. Januar** jeden Jahres auf dem als Anlage 1 abgedruckten Vordruckmuster (LBSt. Nr. 9.472) der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz zu berichten.

Über jeden Waldbrand von mehr als **10 ha Größe** in Waldungen aller Besitzarten ist jeweils sofort fernmündlich voraus der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz sowie der Forstabteilung des Hessischen Ministeriums für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten zu berichten. Die Meldung gem. Anlage 1 dieses Erlasses bitte ich in diesem Fall unverzüglich nachzureichen.

II. Berichterstattung durch die Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz

Die Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz legen mir bis **1. Februar** jeden Jahres eine Zusammenstellung der im abgelaufenen Kalenderjahr aufgetretenen Waldbrände auf dem als Anlage 2 abgedruckten Vordruckmuster vor.

Für die jeweiligen Schadensursachen

1. Fahrlässigkeit
2. Brandstiftung
3. Blitzschlag
4. Andere Ursachen
5. Unbekannte Ursachen

sind ebenfalls auf dem Vordruckmuster gem. Anlage 2 summarisch die Anzahl der Brände und die Größe der Brandfläche anzugeben.

Mein Erlaß vom 8. April 1969 (StAnz. 1970, S. 804) wird hiermit außer Kraft gesetzt.

Wiesbaden, 23. 10. 1979 **Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten**
III B 1 — 185 — S 28
StAnz. 47/1979 S. 2203

Hessisches Forstamt

....., den

Az:

Anlage 1

Betrifft: Anzeige eines Waldbrandes

Bezug:

1. Zeit (Wochentag, Datum, Tageszeit) Ort (Forstort, Abt.) des Brandes:
2. Waldeigentümer
3. Größe der Brandfläche in ha
4. Betriebsart, Baumart und Alter der betroffenen Bestände
5. Art des Feuers (Boden-, Wipfel-, Stammfeuer):
6. Verbrannte Holzmasse, in fm
7. geschätzter Schaden als Differenz des Holzwertes vor und nach dem Brand und Feuerbekämpfungs-, Aufräumungs und Kulturkosten.
8. Entstehungsursache: (Brandstiftung, Fahrlässigkeit, Eisenbahn, Blitzschlag usw.)
9. Täter:
10. Wie wurde die Bekämpfung des Brandes durchgeführt:
11. Der Brand wurde bei der Staatsanwaltschaft angezeigt am:
12. Bemerkungen:

.....
(Unterschrift)

Anlage 2

Bezirksdirektion für Forsten
und Naturschutz

....., den

Waldbrände im Kalenderjahr 19...

	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Summe
<u>Staatswald</u>													
Anzahl	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Fläche/ha	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Schaden Tsd/DM	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
<u>Körpersch.-Wald</u>													
Anzahl	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Fläche/ha	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Schaden Tsd/DM	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
<u>Privatwald</u>													
Anzahl	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Fläche/ha	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Schaden Tsd/DM	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
<u>Gesamt</u>													
Anzahl	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Fläche/ha	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Schaden Tsd/DM	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---

	Fahr- lässigkeit	Brand- stiftung	Blitz- schlag	Andere Ursachen	Unbekannte Ursachen	Summe
Anzahl:	---	---	---	---	---	---
Größe/ha:	---	---	---	---	---	---

Waldbrand-
ursachen:

1299

Erteilung von Jagdscheinen;

hier: Prüfung der Zuverlässigkeit

Bezug: § 17 Abs. 1 Nr. 2 BfG vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849)

Der § 17 Abs. 1 Nr. 2 des o. a. Bundesjagdgesetzes bestimmt u. a., daß der Jagdschein denjenigen Personen zu versagen ist, bei denen die Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie die erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzen. Abs. 3 und 4 aaO. führen näher aus, welche Personen die erforderliche Zuverlässigkeit nicht oder in der Regel nicht besitzen.

Zuständig für die Erteilung, Versagung und Einziehung des Jagdscheines ist nach § 13 Abs. 1 HessAusfGz.BfG vom 24. Mai 1978 (GVBl. I S. 286) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Durchführung-VO zum HessAusfGz.BfG vom 16. Juli 1979 (GVBl. I S. 197) die untere Jagdbehörde.

Nachdem im Rahmen der Neufassung der Jägerprüfungsordnung die Vorlage eines Führungszeugnisses im Zusammenhang mit dem Antrag auf Zulassung zur Jägerprüfung entfallen ist, ist die untere Jagdbehörde verpflichtet, sich beim Antrag auf Erteilung des ersten Jagdscheines in geeigneter Weise über die Zuverlässigkeit des Antragstellers zu informieren. Dazu erscheint es notwendig, grundsätzlich nach landeseinheitlichen Richtlinien zu handeln.

Wesentliche Kriterien zur Beurteilung der Zuverlässigkeit eines Antragstellers auf Erteilung eines Jagdscheines ergeben sich aus der unbeschränkten Auskunft aus dem Strafregister nach § 39 des Gesetzes über das Zentralregister und das Erziehungsregister (Bundeszentralregistergesetz — BZRG —). Solche Auskünfte werden nach § 39 Abs. 1 Nr. 9 in Verbindung mit Abs. 4 dieses Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Juli 1976 (BGBl. I S. 2005) u. a. den für die Erteilung von Jagdscheinen zuständigen Behörden nur auf ausdrückliches Ersuchen erteilt.

Die unteren Jagdbehörden werden hiermit angewiesen, im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit bei allen Antragstellern, die den ersten Jagdschein beantragen, die o. a. unbeschränkte Auskunft einzuholen und — auch wegen laufender Verfahren — bei der örtlichen zuständigen Polizeidienststelle anzufordern. Bei diesen Antragstellern ist die Zuverlässigkeit erneut zu prüfen, wenn der Jagdschein nicht mehr verlängert werden kann und ein neuer Jagdschein-Vordruck ausgeschrieben werden muß (i. d. R. nach sechs Jahren).

Bei allen übrigen Antragstellern, die lediglich die Verlängerung ihres Jagdscheines beantragen, ist die Zuverlässigkeit grundsätzlich ebenfalls in Intervallen von sechs Jahren zu prüfen.

Darüber hinaus bleibt es den unteren Jagdbehörden unbenommen, sich nach pflichtmäßigem Ermessen in besonderen Fällen in kürzeren Intervallen — ggfs. auch auf andere geeignete Weise — Kenntnis über Versagungsgründe nach § 17 BfG zu verschaffen. Sofern davon Bedienstete von Behörden betroffen sind, kann es z. B. ausreichen, wenn eine entsprechende Bescheinigung des Dienstvorgesetzten eingeholt wird, da dieser durch die Personalaufsicht hinreichend Auskunft geben kann, ob Versagungsgründe im Sinne des § 17 BfG vorliegen.

Die Anschrift des Bundeszentralregisters lautet:

Bundeszentralregister
Postfach 110 629
1000 Berlin 1.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Minister des Innern.

Wiesbaden, 23. 10. 1979

**Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten**
III A 5 — 6995 — J 23

StAnz. 47/1979 S. 2206

1300

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

**B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten —
Staatskanzlei****Staatskanzlei**

ernannt:

- zum **Ministerialrat** Regierungsdirektor (BaL) Joachim Busse (23. 10. 79);
- zum **Regierungsdirektor** Regierungsobererrat (BaL) Johann Becker (23. 10. 79);
- zum **Regierungsrat** Oberamtsrat (BaL) Peter Schwed (1. 11. 79);
- zum **Oberamtsrat** Amtsrat (BaL) Gerhard Schüller (23. 10. 79);
- zum **Hauptsekretär** Obersekretär (BaL) Heinrich Otto (23. 10. 79);

Statistisches Landesamt

ernannt:

- zum **Leitenden Regierungsdirektor** Regierungsdirektor (BaL) Manuel Poch (17. 10. 79);
- zu **Regierungsdirektoren** die Regierungsobererräte (BaL) Siegfried Born, August Horz (beide 1. 10. 79);
- zu **Regierungsobererräten** die Regierungsräte (BaL) Gerhard Simon, Siegfried Than, Wolfgang Vohs (sämtlich 1. 10. 79);
- zum **Assistenten z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellter Rainer Gabel (30. 8. 79);

Hessische Landeszentrale für politische Bildung

ernannt:

- zur **Regierungsrätin (BaL)** Regierungsrätin z. A. (BaP) Helga Knigge-Tesche (1. 10. 79);
- zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Horst Rieß (1. 10. 79).

Wiesbaden, 2. 11. 1979

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
Z 2 2 — 8 a

StAnz. 47/1979 S. 2206

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**Ministerium**

ernannt:

- zu **Ministerialräten** die Regierungsdirektoren (BaL) Günther Bode, Jürgen Gerke, Heinz Mielke, Franz Nowak, Dr. Hans-Joachim Schwagerl (sämtlich 15. 10. 79);
- zu **Regierungsdirektoren** die Regierungsobererräte (BaL) Roland Eichholz, Gustav Gildenstein, Thomas Scherer (sämtlich 15. 10. 79), Jürgen Riedel, Heinrich Sievers (beide 1. 11. 79);
- zum **Kriminaldirektor** Kriminalobererrat (BaL) Rolf Hermann Diedrichs (15. 10. 79);
- zum **Regierungsdirektor z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellter Diplom-Volkswirt Michael Denzin (1. 11. 79);
- zum **Regierungsobererrat** Regierungsrat (BaL) Dr. Eugen Paravicini (13. 6. 79);
- zu **Oberamtsräten** die Amtsräte (BaL) Manfred Felder, Dieter Franz, Werner Rosek (sämtlich 1. 10. 79), Wilfried Jüterbock, Barbara Schroeter (beide 11. 10. 79);
- zum **Technischen Oberamtsrat** Technischer Amtsrat (BaL) Horst Schmieder (1. 10. 79);
- zum **Ersten Polizeihauptkommissar** Polizeihauptkommissar (BaL) Lothar Krug (11. 10. 79);
- zu **Amtsräten** die Amtsmänner (BaL) Volkmar Drachsler, Gerd Issinger, Peter Schmitges, Wilfried Wölfel (sämtlich 1. 10. 79);
- zum **Technischen Amtsrat** Technischer Amtmann (BaL) Gerhard Skoruppa (1. 10. 79);
- zum **Amtmann** Oberinspektor (BaP) Erwin Ritte (1. 10. 79);
- zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Heiko Loof (1. 10. 79);

eingewiesen:

- in die Besoldungsgruppe A 12 Polizeihauptkommissar (BaL) Heinz Breitfelder (1. 4. 79);
- in die Besoldungsgruppe A 9 mit Zulage Polizeihauptmeister (BaL) Friedrich Bauerfeind (1. 10. 79);

versetzt:

von der Stadt Wiesbaden Regierungsrat (BaL) Peter Leimbert (1. 7. 79),
vom Landeswohlfahrtsverband Baden Amtmann (BaL) Winfried Hartmann (1. 6. 79),
von der Stadt Idstein Inspektor (BaP) Sepp Walter Richter (1. 10. 79);

in den Ruhestand versetzt:

Ministerialdirigent Arno Maneck (1. 7. 79) gem. § 51 Abs. 3 HBG,
Leitender Ministerialrat Dr. Gerhard Rösner (1. 11. 79) gem. § 52 in Verbindung mit § 51 HBG.

Wiesbaden, 5. 11. 1979

Der Hessische Minister des Innern

I B 61 — 8 b — P. 272

StAnz. 47/1979 S. 2206

Der Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Wolfgang Martin (28. 9. 79);

zu **Inspektoren (BaL)** die Inspektoren z. A. (BaP) Klaus Bauer, Günter Mahr, Michael Mann, LA Rheingau-Taunuskreis (sämtlich 1. 9. 79);

zu **Inspektoren/innen** die Inspektoren/innen z. A. (BaP) Wilhelm Jöckel, LA Wetteraukreis, Sonja Ströbel, LA Offenbach, Ulrike Schmidt, Luise Emig, Edith Blum, Gisela Geiger, Nicole Ohly, Gerd Sabrowski, Jürgen Schirdewahn (sämtlich 1. 9. 79), Elli Rudolf-Kristahl (10. 9. 79);

zu **Inspektoren/innen z. A. (BaP)** die Inspektoranwärter/innen (BaW) Anita Oerterer, Monika Langendorf, Dietmar Oehlich, Rainer Ruppert, Klaus Heyl, Siegfried Schickedanz, Jürgen Dittler, Alfred Zeller, Harald Mogk, Brigitte Dressler, Andreas Grysczyk, Norbert Petri, Thomas Spengler, Apollonia Roth, Hartmut Gally, Herbert Clemens, Marion Roller, Sabine Schwärzel, Ute Weber, Ortrud Brunner, Manfred David, Silvia Friedrich, Regina Güntner, Elke Fourier, Eveline Failing, Ute Engel, Brigitte Kernchen, Monika Grunert, Ruth Hebling, Brigitte Hlinka, Josef Kurz, Claudia Riemer, Heide Schicker, Cornelia Rosensprung, Waltraud Hax, Dietmar Batz, Vera Pfeiffer, Walter Dörr, Norbert Neumann, Angelika Hübner, Gerhard Greilich, Ilona Schepers (sämtlich 1. 9. 79);

zu **Inspektoranwärtern/innen (BaW)** die Bewerber/innen Joachim Hammann, Walter Koch, Manfred Wohlgemuth, Thomas Will, Horst Wenisch, Sigrid Weber, Harald Walther, Klaus Uhrig, Ludwig Treichler, Gerda Tiefenstädter, Hans Jürgen Taron, Ellen Stenschke, Erwin Slawik, Margret Seebacher, Bern Schulz, Marita Schneider, Helmut Schneider, Gerhard Schneider, Gisi Sator, Sigrid Rief, Günther Ratz, Ralf Ortner, Gabriele Molter, Rolf Michelsen, Karin Merkel, Elke Mengler, Ellen Meffert, Angelika Marburger, Erich Lust, Jutta Lörke, Karin Leider, Petra Langsdorf, Jutta Langenhagen, Siglinde Lange, Stephan Kölbl, Andrea Köhler, Elmar Kexel, Susanne Kersten, Gabriele Kehm, Ortrud Kaffenberger, Bernd Jakob, Heidemarie Hofmann, Peter Hölper, Peter Höfner, Heidrun Haas, Andrea Geibel, Gisela Dworschak, Andreas Demel, Gabriele Czornohuz, Christoph Simrock, Dieter Brandt, Horst Arnold, Cornelia Ackermann, Helga Abt (sämtlich 1. 9. 79);

zum **Hauptsekretär** Polizeiobermeister (BaL) Karl-Heinz Schoeneck, LA Vogelsbergkreis (1. 9. 79);

zum **Assistenten** Assistent z. A. (BaP) Werner Völker (1. 9. 79);

zur **Assistentin z. A. (BaP)** die Assistentenwärterin (BaW) Marina Bukatsch (1. 9. 79);

zu **Assistentenwärtern/innen (BaW)** die Bewerber/innen Dagmar Weidemann, Ursula Spiller, Albrecht Schrimpf, Elke Neff, Jutta Kreiss, Kornelia Kreher, Norbert Kern, Beate Elbert, Klaus Breitwieser (sämtlich 1. 9. 79);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Oberinspektoren/in (BaP) Rudolf Peter, LA Offenbach (11. 9. 79), Gerhard Zinecker (12. 9. 79), Gerhild Samlowski (14. 9. 79), Wolfgang Bittelmeyer, LA Darmstadt-Dieburg (6. 9. 79);

versetzt:

zur Bundesanstalt für Flugsicherung Frankfurt a. M. Oberinspektor (BaL) Guntram Schlick, zur Stadt Mannheim Inspektor z. A. (BaP) Gustavo Hirsch, zum BKA Wiesbaden Inspektorin z. A. (BaP) Ulla Bauer (sämtlich 1. 9. 79);

in den Ruhestand versetzt:

die Oberamtsräte (BaL) Hans Hartmann, Adolf Haas, LA Lahn-Dill-Kreis (beide 30. 9. 79) beide gem. § 51 (1) HBG, Albert Brückel (30. 9. 79) gem. § 51 (3) HBG, Amtsrat (BaL) Wilhelm Kuhmann, die Amtmänner (BaL) Theodor Neurohr, beide LA Limburg-Weilburg, Kurt Schepers, LA Lahn-Dill-Kreis (sämtlich 30. 9. 79) sämtlich gem. § 51 (1) HBG;

entlassen:

Oberinspektorin (BaP) Mechthild Erhard, Inspektoranwärter/in (BaW) Rosemarie Hertrampf, Dieter Unrath (sämtlich 30. 9. 79) sämtlich gem. § 41 Abs. 1 HBG.

Darmstadt, 1. 11. 1979

Der Regierungspräsident

I 2 — 71 02/07 E

StAnz. 47/1979 S. 2207

Hessisches Wasserschutzpolizeiamt

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Polizeikommissar (BaP) Klaus Prochnow (26. 10. 79);

in den Ruhestand getreten:

Polizeihauptmeister (BaL) Johann Kretzer (31. 10. 79).

Wiesbaden-Kastel, 30. 10. / 1. 11. 1979

Hessisches Wasserschutzpolizeiamt

1 b — 5113 — 5332 / 5395 / 79

StAnz. 47/1979 S. 2207

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen**Steuerverwaltung**

ernannt:

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Wolfgang Schwarz, FA Ffm.-Taunustor (2. 7. 79);

zu **Regierungsräten z. A. (BaP)** die Bewerber Ludger von der Ahe, FA Bensheim (10. 9. 79), Friedrich Brusck, FA Melsungen (16. 7. 79), Walter Glania, FA Bad Homburg (2. 7. 79), Gerhard Gieß, FA Lauterbach (3. 9. 79), Walter Harnischfeger, FA Friedberg (2. 7. 79), Ullrich Horn, FA Hanau (3. 9. 79), Volker Rasche, FA Rotenburg (2. 7. 79);

zu **Steuerinspektoren (BaL)** die Steuerinspektoren z. A. (BaP) Gerhard Albach, FA Gießen (2. 8. 79), Helmut Alles, FA Offenbach-Land (6. 8. 79), Helmut Appel, FA Nidda (20. 8. 79), Richard Arnold, FA Hanau (2. 8. 79), Jürgen Bachmann, FA Kassel-Goethestraße (21. 8. 79), Claus Bröhl, FA Ffm.-Taunustor (3. 8. 79), Wolfgang Curth, FA Gelnhausen (2. 8. 79), Ralf Diehl, FA Friedberg (13. 8. 79), Frank Dittmar, FA Bad Hersfeld, Klaus Eberle, FA Rüdesheim (beide 2. 8. 79), Helmut Goßmann, FA Gelnhausen (1. 8. 79), Volkmar Heinze, FA Offenbach-Stadt (3. 8. 79), Wolfgang Hinz, FA Friedberg, Hubert Imhof, FA Ffm.-Börse (beide 2. 8. 79), Willi Rohde, FA Kassel-Goethestraße, Dieter Schallwig, FA Ffm.-Höchst (beide 3. 8. 79), Bernd Schetter, FA Ffm.-Börse (20. 8. 79), Rudolf Schirmer, FA Hanau (6. 7. 79), Ernst Schmier, FA Hanau (20. 8. 79), Winfried Schmitz, FA Friedberg (23. 8. 79), Dieter Scholz, FA Ffm.-Hamburger Allee, Werner Todt, FA Friedberg, Dieter Trautmann, FA Bensheim (sämtlich 2. 8. 79), Klaus Wagner, FA Darmstadt (27. 8. 79), Horst Wehmeyer, FA Ffm.-Taunustor (2. 8. 79);

zu **Steuerinspektoren/innen** die Steuerinspektoren/innen z. A. (BaP) Lydia Albrand, FA Groß-Gerau, Manfred Bauer, FA Ffm.-Taunustor (beide 2. 8. 79), Wolfgang Bothe, FA Ffm.-Börse (3. 9. 79), Renate Bürgin, FA Ffm.-Börse, Anneliese Czunczeleit, FA Bad Homburg vdH., Ute Dillenseger, FA Ffm.-Hamburger Allee (sämtlich 2. 8. 79), Manfred Drews, FA Darmstadt (6. 9. 79), Reiner Ehrhard, FA Darmstadt (3. 8. 79), Birgit Eiden, FA Hanau (2. 8. 79), Wolfgang Fechter, FA Bad Homburg vdH. (27. 8. 79), Gerd-Michael Franz, FA Ffm.-Höchst (24. 9. 79), Christel Friedmann, FA Bad Schwalbach, Annemarie Ganß, FA Darmstadt (beide 3. 8. 79), Christine Giesel, FA Ffm.-Börse (2. 8. 79), Rainer Giez, FA Hanau (3. 8. 79), Bernhard Groß, FA Ffm.-Börse (3. 9. 79), Ulrich Haas, FA Ffm.-Stiftstraße (2. 8. 79), Georg Harle, FA Ffm.-Taunustor (4. 9. 79), Claus Henseling, FA Ffm.-Börse (3. 9. 79), Wolfgang Hillmann, FA Bad Homburg vdH. (2. 8. 79), Horst Ihrig, FA Michelstadt (3. 8. 79), Wolfgang Jäger, FA Bad Homburg vdH. (21. 8. 79), Bernd Junge, FA Kassel-Goethestraße (6. 9. 79), Dieter Kaltwasser, FA Ffm.-Börse (14. 9. 79), Ralf Kaufmann, FA Wiesbaden II (27. 8. 79), Ingrid Kerhac, FA Ffm.-Stiftstraße (6. 8. 79), Werner Klein, FA Wiesbaden II (2. 8. 79), Werner Kollmann, FA Ffm.-Stiftstraße (3. 9. 79), Karl-Heinz Koppel, FA Limburg (2. 8. 79), Renate Krebs, FA Darmstadt (3. 8. 79), Hans-Georg Maikranz, FA Dillenburg (17. 9. 79), Peter

Menzel, FA Bensheim, Peter Mink, FA Ffm.-Taunustor (beide 2. 8. 79), Uwe Möller, FA Kassel-Goethestraße (6. 9. 79), Erich Müller, FA Ffm.-Höchst (6. 8. 79), Harald Müller, FA Ffm.-Höchst (26. 9. 79), Michael Oberlies, FA Offenbach-Land (3. 8. 79), Klaus-Dieter Pfeffer, FA Ffm.-Stiftstraße (20. 8. 79), Lothar Plappert, FA Gelnhausen (2. 8. 79), Reiner Pschiebl, FA Ffm.-Taunustor (3. 9. 79), Herta Rehwagen, FA Rüdeshcim (2. 8. 79), Harald Rohnke, FA Groß-Gerau (8. 8. 79), Günter Sadlowski, FA Wiesbaden I, Elvira Seidel, FA Offenbach-Stadt (beide 2. 8. 79), Michael Seligmann, FA Ffm.-Börse (17. 9. 79), Hartmut Sell, FA Offenbach-Land (14. 8. 79), Ursula Seyffer, FA Bad Schwalbach (6. 8. 79), Reinhold Siebert, FA Hanau (2. 8. 79), Inge Simon, FA Hanau (1. 8. 79), Edmund Sinsel, FA Gelnhausen (2. 8. 79), Dieter Spremberg, FA Wiesbaden II (17. 9. 79), Renate Scharpenack, FA Kassel-Goethestraße (3. 8. 79), Gerhard Schmid, FA Bensheim, Erhard Schmidt, FA Limburg (beide 2. 8. 79), Rainer Schmidt, FA Ffm.-Höchst (13. 9. 79), Dagmar Schneider, FA Biedenkopf (30. 8. 79), Hubert Schnitzler, FA Bad Homburg (1. 8. 79), Roland Schulte, FA Offenbach-Stadt, Annegret Schütz, FA Limburg (beide 2. 8. 79), Sabine Stein, FA Ffm.-Stiftstr. (6. 8. 79), Klaus Steinhäuser, FA Kassel-Goethestraße (6. 9. 79), Jürgen Steller, FA Ffm.-Höchst (4. 9. 79), Michael Teska, FA Darmstadt (12. 9. 79), Rüdiger Uhl, FA Bad Homburg v.d.H. (4. 9. 79), Irmgard Unger, FA Ffm.-Hamburger Allee (6. 8. 79), Helene Wagner, FA Offenbach-Land (3. 8. 79), Egon Weidenfeller, FA Wiesbaden II (2. 8. 79), Harald Weil, FA Ffm.-Hamburger Allee (20. 8. 79), Michael Weisskopf, FA Bad Homburg v.d.H., Doris Widdersheim, FA Friedberg (beide 2. 8. 79), Jutta Wiebe, FA Kassel-Goethestraße (13. 8. 79), Birgit Windmeier, FA Gießen (2. 8. 79), Lothar Winheim, FA Wiesbaden I (11. 9. 79), Georg Wittiber, FA Ffm.-Stiftstraße (7. 8. 79), Silvia Zentgraf, FA Ffm.-Stiftstraße (2. 8. 79), Elke Ziehn, FA Darmstadt (3. 8. 79);

zum **Steuerobersekretär** Steuersekretär (BaP) Heimo Pein, FA Friedberg (13. 7. 79);

zum **Steuersekretär (BaL)** Steuersekretär z. A. (BaP) Ulrich Brückmann, FA Ffm.-Börse (30. 8. 79);

zu **Steuerassistenten** die Steuerassistenten z. A. (BaP) Reimund Stohr, FA Ffm.-Börse (3. 9. 79), Hermann Plasberg, FA Dillenburg (11. 9. 79), Lothar Weyer, FA Limburg (28. 6. 79);

zu **Oberamtsgehilfen** die Oberamtsgehilfen z. A. (BaP) Dieter Ebel, FA Ffm.-Börse (25. 8. 79), Dieter Schomber, FA Gießen (26. 7. 79);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

der/die Steuerinspektor/innen (BaP) Inge Landzettel, FA Dieburg (10. 8. 79), Helga Lopez, FA Langen (7. 8. 79), Karin Scheu, FA Ffm.-Börse (28. 8. 79), Wolfgang Vohla, FA Gießen (24. 9. 79), die Steuerinspektoren/in (BaP) Karin Kloft, FA Wiesbaden II (31. 8. 79), Gerd Lankeit, FA Kassel-Goethestraße (3. 9. 79), Uwe Manns, FA Ffm.-Börse (17. 9. 79), Hartmut Rahnert, FA Kassel-Spohrstraße (31. 8. 79), Jakob Rein, FA Wiesbaden II (20. 9. 79), Hans-Georg Riemenschneider, FA Fritzlär (15. 8. 79), Gerhard Stein, FA Offenbach-Stadt (13. 8. 79), Steueramtsinspektor (BaP) Gerhard Sattler, FA Darmstadt (3. 9. 79), die Steuerhauptidekretäre (BaP) Horst Egenolf, FA Ffm.-Höchst (15. 8. 79), Hans-Joachim Ferch, FA Ffm.-Taunustor (24. 9. 79), die Steuerobersekretäre/in (BaP) Lothar Albrecht, FA Ffm.-Börse (6. 8. 79), Klaus-Dieter Fischer, FA Ffm.-Stiftstraße (6. 8. 79), Wolfgang Haberzettl, FA Ffm.-Höchst (6. 9. 79), Renate Hartnack, FA Ffm.-Börse (3. 9. 79), Heinz Lind, FA Marburg (21. 8. 79), Hans-Jürgen Nuhn, FA Bad Hersfeld (24. 9. 79), Hans-Joachim Weber, FA Bensheim (25. 9. 79), die Steuersekretäre (BaP) Rudolf Bortler, FA Limburg (3. 9. 79), Heinz-Dieter Clobes, FA Fritzlär (17. 8. 79), Edgar Fügen, FA Darmstadt (29. 8. 79), Steuerassistent (BaP) Joachim Träger, FA Kassel-Goethestraße (1. 8. 79);

versetzt:

vom FA Braunschweig-Stadt Steuerinspektorin (BaL) Ingrid Behm, FA Bensheim (1. 9. 79),

vom FA Bergisch-Gladbach Steuerinspektorin (BaP) Sigrid Knöppel, FA Dillenburg (1. 8. 79),

vom FA Moers Steuersekretärin (BaP) Traute Pfleger, FA Ffm.-Stiftstraße (1. 9. 79),

zum FA Stuttgart-Körperschaften Steueroberinspektorin (BaL) Monika Mensebach, FA Darmstadt (1. 8. 79),

zum FA Oberhausen-Nord Steuerobersekretär (BaP) Jürgen Arnold, FA Groß-Gerau (1. 8. 79),

zum Magistrat der Stadt Pfungstadt Steuerobersekretär (BaP) Hans-Joachim Sinner, FA Darmstadt (1. 7. 79),

zum FA Göttingen Steuerassistentin (BaP) Manuela Beutel, FA Göttingen (1. 8. 79),

zum FA Gelsenkirchen Süd Steuerassistent (BaP) Hans Günther, FA Fulda (1. 8. 79),

zur GemeindeWehretal Steuerassistent (BaP) Jochen Kistner, FA Groß-Gerau (1. 8. 79);

in den Ruhestand getreten:

Obersteuerrat Kurt Weigel, FA Ffm.-Börse (30. 6. 79), die Steuerräte Heinrich Heimann, FA Bad Homburg, Artur Koch, FA Kassel-Goethestraße (beide 31. 7. 79);

in den Ruhestand versetzt:

die Steuerräte Klaus Dunkel, FA Ffm.-Börse (30. 9. 79), Herbert Ebert, FA Eschwege (31. 8. 79), Josef Faupel, FA Kassel-Goethestraße (30. 9. 79), Oskar Stössel, FA Lahn-Gießen (30. 6. 79), Albert Stier, FA Lauterbach, Hans Günther Urban, FA Wiesbaden I (beide 30. 9. 79), Karl Wilhelm, FA Langen (31. 8. 79), die Amtsräte Helmut Köhler, FA Melsungen (31. 8. 79), Karl-Konrad Ochs, FA Biedenkopf (31. 7. 79), Hans Ruths, FA Darmstadt (30. 9. 79), die Steueramtmänner Karl-Heinz Erlat, FA Kassel-Spohrstraße (30. 6. 79), Gerhard Richstein, FA Kassel-Goethestraße (31. 8. 79), die Steueroberinspektoren Viktor Dömel, FA Ffm.-Taunustor (30. 6. 79), Franz Eifenberger, FA Hanau (30. 9. 79), Steueramtsinspektorin Annemarie Lautschlager, FA Ffm.-Taunustor (30. 9. 79), die Steuerhauptidekretäre Michael Ponitz, FA Gießen (30. 9. 79), Otto Schäfer, FA Gießen (31. 8. 79), Steuerobersekretär Bernhard Schmidt, FA Fulda (31. 7. 79), Oberamtsmeister Rudolf Diesterweg, FA Weilburg (30. 9. 79) sämtlich gem. § 51 (1) HBG, Steuerrat Eduard Hahn, FA Darmstadt (31. 8. 79), die Steueramtmänner Ernst Nuhn, FA Bad Hersfeld (31. 7. 79), Gustav Rau, FA Ffm.-Börse (30. 9. 79), die Steueroberinspektoren Paul Färber, FA Bad Homburg (30. 6. 79), Friedrich Linz, FA Hanau (31. 7. 79), Amtsinspektor Kurt Kornmeyer, FA Bensheim (31. 7. 79), Steuerhauptidekretär Franz-Karl Pfennig, FA Wiesbaden I (3. 9. 79), Oberamtsmeister Josef Marchand, FA Dieburg (30. 9. 79) sämtlich gem. § 51 (3) HBG;

entlassen:

Regierungsobererrat Dr. Eckhard Stehmann, FA Gießen (21. 9. 79), Regierungsrat Michael Peters, FA Lahn-Wetzlar (8. 7. 79), Regierungsrat z. A. Wolfgang v. Niebelschütz, FA Gießen (30. 9. 79), die Steueramtmänner Bärbel Jeuck, FA Wiesbaden I (31. 8. 79), Helmut Schmelz, FA Ffm.-Börse (31. 7. 79), Karl Friedrich Weyrauch, FA Darmstadt (31. 8. 79), Steueroberinspektor/in Karin Ploß, FA Ffm.-Höchst (11. 9. 79), Willi Steinbacher, FA Bensheim (31. 7. 79), Steuerinspektor/in Annemarie Gauß, FA Darmstadt (15. 10. 79), Günter Weide, FA Ffm.-Taunustor (30. 9. 79), Steuerinspektor/in z. A. Ursula Göbel, FA Fulda (31. 8. 79), Frank Nitschke, FA Ffm.-Stiftstraße (30. 9. 79), Steueramtsinspektor Gerhard Wagner, FA Ffm.-Taunustor (30. 6. 79), Steuerhauptidekretärin Petra Glitsch, FA Darmstadt (14. 7. 79), die Steuerobersekretäre/innen Bernd Eichmann, FA Ffm.-Hamburger Allee, Erika Helm, FA Bad Homburg, Herbert Jansky, FA Wiesbaden I (sämtlich 31. 8. 79), Dieter Köhler, FA Gelnhausen (31. 5. 79), Rita Kammer, FA Bad Homburg, Karin Prinz, FA Wiesbaden II, Wolfram Seibert, FA Gießen (sämtlich 31. 7. 79), Uwe Stark, FA Bad Homburg (30. 9. 79), Dagmar Wolter, FA Ffm.-Stiftstraße (31. 7. 79), die Steuersekretäre/in Gerhard Czwikla, FA Darmstadt (31. 7. 79), Matthias Sattler, FA Dillenburg, Regina Wallenta, FA Alsfeld (beide 31. 8. 79), Erich Weckerle, FA Groß-Gerau (30. 6. 79), die Steuerassistenten/innen Petra Boßhammer, FA Ffm.-Hamburger Allee (31. 7. 79), Daniela Czupski, FA Hanau (31. 8. 79), Elke Funk, FA Wiesbaden I (30. 9. 79), Hans Hotto Köthe, FA Ffm.-Stiftstraße (14. 8. 79), Michael Müller, FA Offenbach-Land (12. 8. 79), Jörg Minkel, FA Korbach, Klaus Strott, FA Offenbach-Land (beide 31. 7. 79), die Steuerassistenten/innen z. A. Cornelia Eifert, FA Ffm.-Taunustor (31. 7. 79), Erich Falk, FA Ffm.-Stiftstraße (31. 8. 79), Achim Goldmann, FA Offenbach-Stadt (30. 9. 79), Rainer Gärtner, FA Fulda (15. 8. 79), Dieter Hintermeier, FA Ffm.-Hamburger Allee (3. 8. 79), Klaus Hiller, FA Ffm.-Taunustor (31. 8. 79), Iris Pätzold, FA Wiesbaden II (10. 8. 79), Roy Potschien, FA Groß-Gerau (30. 9. 79), Bernhard Reyer, FA Fritzlär (31. 7. 79), Jörg Riemenschneider, FA Groß Gerau (31. 10. 79), Wilfried Speckhardt, FA Darmstadt (31. 8. 79) sämtlich gem. § 41 (1) HBG, Steuersekretär Erich Gellner, FA Darmstadt (30. 6. 79) gem. § 40 Nr. 2 HBG;

verstorben:

Oberamtsrat Walter Szedunka, FA Kassel-Goethestraße (26. 6. 79), Steuerrat Lothar Schalles, FA Ffm.-Börse (19. 7.

79), Steueroberinspektor Herbert Bartsch, FA Bensheim (30. 9. 79);

Staatsbauverwaltung

ernannt:

zum **Baurat z. A. (BaP)** Bewerber Ullrich Pfeiffer, StBA Kassel (2. 7. 79);

zum **Techn. Oberinspektor (BaL)** Techn. Oberinspektor z. A. (BaP) Günter Fischer, StBA Ffm. (9. 8. 79);

zur **Techn. Oberinspektorin z. A. (BaP)** Techn. Inspektorenanwärterin (BaW) Ulrike Sperle, StBA Wiesbaden (28. 6. 79);

verstorben:

Techn. Amtsrat Georg Imbescheid (11. 8. 79).

Frankfurt am Main, 31. 10. 1979

Oberfinanzdirektion

P 1400 A — 50 — St I 72

St.Anz. 47/1979 S. 2207

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

Der Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zur **Inspektorin** Inspektorin z. A. (BaP) Heidrun Psurek (1. 9. 79).

Darmstadt, 1. 11. 1979

Der Regierungspräsident

I 2 — 71 02/07 E

St.Anz. 47/1979 S. 2209

Der Regierungspräsident in Darmstadt

Gymnasien

ernannt:

zur **Studienreferendarin (BaW)** Rita Schulte, Darmstadt (1. 8. 79);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Assessoren des Lehramts Hans-Günter Belwe, Freigericht, Karl Schumacher, Echzell (beide 1. 8. 79), Dietrich Heese, Darmstadt (1. 9. 79),

Anita Schultheis, Ulrike Jakob, beide Freigericht, Margit Jung-Scherrer, Bad Homburg, Volker Fabricius, Sigrid Hohmeyer, beide Wiesbaden, Dr. Reinhard Hanke, Freigericht, Reinhard-Martin Krafft, Michelstadt, Monika Grosse, Taunusstein 1, Ulrich Kneiding, Wetzlar, Dieter Kipp, Darmstadt, Josef Kaiser, Gießen, Hans-Jürgen Pietrzak, Mainz-Kastel, Wolfgang Kessler, Darmstadt, Ursula Laumen, Butzbach, Gerhard Kuhn, Wetzlar, Klaus Spengler, Monika Greß, beide Darmstadt, Karl-Werner Hildebrandt, Taunusstein 1, Lothar Demel, Offenbach, Angelika Dettmering, Büdingen, Walter Praetorius, Wiesbaden, Bernd Heussler, Thomas Sturmfels, beide Langen, Dorothea Pfeifer, Kriftel, Gabriele Dieter, Langen, Georg Emmerich, Herbhorn, Ursula Schmitz, Hofheim, Hans-Otto Moritz, Lollar, Werner Dittmar, Groß-Gerau, Brigitte Classen-Schlüter, Hochheim, Helga Gürten, Schwalbach, Elisabeth Serr, Hattersheim, Elke Zipf, Groß-Gerau, Brigitte Volk-Heiser, Groß-Bieberau, Elke Werner, Frankfurt, Detlef Kiefer, Taunusstein 1, Karl Heinz Wecht, Werner Wittmann, beide Darmstadt, Irmtraud Himmerich, Hadamar, Dr. Friedemann Graubner, Butzbach, Helga Hartlein, Darmstadt, Gerhard Schäfer, Rüsselsheim, Johann Franz Kurz, Bensheim, Gerhard Glaser, Eppstein, Klaus Gebhard, Kriftel, Johannes Zimmermann, Bad Vilbel, Richard Ewen, Flörsheim, Peter-Lutz Demuth, Dillenburg, Gisela Dittmann, Hausen, Gisa Friedel, Hanau, Ulrich Gath, Rüsselsheim, Dieter Söthe, Gießen, Horst Sewerin, Frankfurt, Anita Richter, Hausen, Klaus Löffert, Taunusstein 1, Johanna Westner, Dreieich-Sprendlingen, Karl Jürgen Weiler, Frankfurt, Hiltrud Werkmann, Rödermark, Ingeborg Krug, Heppenheim, Hermann I. Veit, Seeheim, Dorothea Elwitz, Darmstadt, Harry Hallier, Wiesbaden, Elke Becker, Butzbach, Sieglinde Scherff-Meyer, Richard Ritzel, beide Hanau, Hermann Titz, Gießen, Heidemarie Mauss, Dr. Edelgard Gramberg, beide Wiesbaden, Inge Fischer, Dietzenbach, Dr. Isolde Stumm-Fischer, Ober-Ramstadt, Peter Kohlbrenner, Offenbach, Elisabeth Varennes, Mühlheim, Karl-Heinz Diedrich, Heppenheim, Rosemarie Voges, Frankfurt, Maria Elisabeth Weber, Wiesbaden, Eckard Gandela, Frankfurt, Ingeborg Wiemers, Darmstadt, Michael Arnold, Heusenstamm, Annemarie Freyer, Rüsselsheim, Hildegard Zirkler, Fürth, Dieter Kleinschmidt, Gießen, Christiane Eckelmann-Rathke, Wiesbaden, Bernhard Frisch, Hungen, Wilfried Schäfer, Gießen, Eckhard Vogel,

Darmstadt, Ursula Maywald, Gießen, Dr. Dietrich-Joachim Huhn, Elke Enders, beide Bad Homburg, Norbert Otto Fähnrich, Hanau, Thomas Wenzel, Darmstadt, Hans-Peter Hasselbach, Wiesbaden, Rudolf Federspiel, Oberursel, Horst Müller, Freigericht 1, Wolfgang Philippi, Almuth Spatz, beide Königstein, Christa Nuessler, Heusenstamm, Elke Meyer, Darmstadt, Ulrich Werlein, Idstein, Gerhard Helmut Könecke, Gießen, Wilhelm Poth, Taunusstein 1, Claudia Nothnagel, Heppenheim, Ulrike Krystek, Butzbach, Walter Aloysius Meyer, Gießen, Edith Hössl, Büdingen, Susanne Fuchs, Groß-Bieberau, Brigitte Koeppen, Frankfurt, Marita Weyer, Königstein, Wolfgang Winterbauer, Meinolf Westerberg, beide Frankfurt, Hans Werner Gerlach, Bad Homburg, Heinz Jürgen Neumann, Dreieich, Roland Weimar, Darmstadt, Renate Knab, Dreieich, Uwe Göttmann, Friedberg, Michael Duyster, Frankfurt, Gerhard Kirchner, Bruchköbel, Gertrud Holleschovsky, Dietzenbach, Christiane Suliman, Gabriele Baumann, beide Frankfurt, Werner Oberbillig, Ginsheim, Hugo Bergmann, Helmut Deuster, Ursula Pflieger, sämtlich Hanau, Doris Meister, Bruchköbel, Klaus Powilleit, Usingen, Klaus-Dieter Fandrey, Friedberg, Dr. Philipp Bockenheimer, Großen-Linden, Waltraut Frank, Darmstadt, Karl Heinz Boos, Darmstadt, Harald Nebhuth, Alsbach, Anita Berg, Limburg, Willi Sollner, Mücke 1, Volker Kreuter, Gießen, Gisela Twele, Werner Geisel, beide Frankfurt, Wilfried Kramer, Friedberg, Hildegard Gabriel, Frankfurt, Helga Krampitz, Gießen, Edeltraud Gebauer, Frankfurt, Gabriele Pfister, Bensheim, Heidi Höreth, Heusenstamm, Felicitas Naumann, Gießen, Ricarda Kasper, Wiesbaden, Siegfried Pionteck, Hans Schiller, beide Frankfurt, Dr. Elmar Boström, Bensheim, Friedel Fiedler, Herbhorn, Barbara Sitte-Einhäuser, Bensheim, Dr. Peter Fernekeß, Frankfurt, Dr. Hans Reiffert, Darmstadt, Helga Hilbert-Bauß, Bensheim, Walter Zehnauer, Darmstadt, Ursula Hartmann, Bensheim, Sabine Hamann, Großkrotzenburg, Peter Steiger, Babenhausen, Dorothee Dörr, Bensheim 1, Kerstin Müller, Rüsselsheim, Barbara Böddicker, Hanau, Martin Rübsam, Bad Homburg, Manfred Böhmer, Groß-Gerau, Birgit Bauer, Darmstadt, Markus Müller, Dreieich, Klaus-Dieter Lorbach, Bad Homburg, Reinhard Stochay, Frankfurt, Ingeborg Kölb, Bad Nauheim, Horst Becker, Echzell, Joachim Barnickel, Peter Becker, Irene Tabeling, sämtlich Frankfurt, Dr. Brigitte Oels, Großkrotzenburg, Edith Hössl, Büdingen, Hans-Jürgen Schiebeler, Barbara Sauerbrunn, beide Bad Homburg, Arthur Zedler, Darmstadt (sämtlich 15. 8. 79), Rolf Beckmann, Frankfurt (30. 8. 79), Helmut Wäldele, Mühlheim (21. 8. 79), Rainer Drews, Wiesbaden (21. 8. 79), Oberstudienrat im Ersatzschuldienst Dieter Diefenbach, Nidderau (1. 8. 79);

zu **Studienräten/innen** die Studienräte z. A. (BaP) Thomas Dressing, Limburg (2. 8. 79), Walter Kastl, Dieter Hutya, beide Idstein (beide 23. 8. 79), Werner Zimmermann, Idstein (5. 9. 79);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Gerhard Bader, Allendorf (Lda.) (1. 8. 79), Werner Becker, Darmstadt (9. 8. 79), Brigitte Keßeler-Schmitt, Rodgau 1 (7. 8. 79), Rosemarie Natt, Flörsheim (9. 5. 79), Hermann Baum, Bad Homburg (9. 8. 79), Ernst Peter Hammel, Großen-Buseck (1. 9. 79), Stefan Fett, Wiesbaden (15. 8. 79), Hans-Jürgen Keller, Großkrotzenburg (16. 8. 79), Dr. Dagmar Steiner, Schwalbach (14. 8. 79), Dr. Ekkehard Müller, Gießen (1. 8. 79), Regina Schmidt, Gerold Hahn, beide Gießen (beide 1. 9. 79), Günter Battenfeld, Frankfurt (14. 8. 79), Dr. Manfred Laufs, Geisenheim (1. 9. 79), Dieter Frank, Oberursel (31. 7. 79), Dr. Günter Kamleiter, Darmstadt (1. 9. 79), Dietmar Butzmühlen, Wiesbaden (23. 8. 79), Christa Lethmate, Geisenheim (24. 8. 79), Ludwig Baubkus, Rodgau 1 (14. 8. 79), Jochen Schibberges, Wiesbaden (23. 8. 79), Hermann Menger, Groß-Buseck, Rainer Jeuck, Gießen-Kleinlinden (beide 1. 9. 79), Horst Franke, Solms (25. 8. 79), Dr. Rolf Schroth, Großen-Linden, Hans Burkhard Grösser, Allendorf (Lda.) (beide 1. 9. 79), Peter Berdel, Wiesbaden (27. 8. 79), Peter Scherer, Offenbach (24. 8. 79), Hans-Ulrich Frommann, Wetzlar (28. 8. 79), Dieter Marcinkowski, Laubach, Peter Sippel, Hofheim (beide 1. 9. 79), Dr. Peter de Riz, Limburg (23. 8. 79), Wilhelm Hartmann, Groß-Bieberau (3. 9. 79), Jürgen-Michael Wundenberg, Frankfurt (1. 9. 79), Paul Klöppinger, Groß-Umstadt (4. 9. 79), Karin Schwab, Michelstadt (5. 9. 79), Olaf Husemann, Echzell (1. 8. 79), Michael Waldraff, Gießen (3. 9. 79), Hans-Jürgen Mohr, Darmstadt (6. 9. 79), Ingolf Bergmann, Idstein (25. 8. 79), Hans-Jürgen Hess, Mücke 1 (1. 9. 79), Elisabeth Pfisterer, Großauheim (31. 8. 79), Reinhard Pfnorr, Nidda (3. 9. 79), Freya Richter, Bensheim, Brigitte Müller, Babenhausen (beide 1. 9. 79), Angela Federspiel, Schwalbach (10. 9. 79), Wolf-Dieter Möckel, Weilburg (12. 9. 79), Lothar Rockstroh, Frankfurt (4. 9. 79), Albert Rücker, Hanau (7. 9. 79),

Angelika Schade, Taunusstein 1 (6. 9. 79), Ortrud Gabel, Bad Homburg (5. 9. 79), Dr. Peter Rosenkranz, Frankfurt, Karl Keil, Fürth (beide 7. 9. 79), Thomas v. Machwi, Lampertheim (10. 9. 79), Elke Gerlach, Frankfurt (4. 9. 79), Hilde Riehm, Frankfurt, Heribert Gött, Langen (beide 13. 9. 79), Michael Vaillant, Echzell (16. 8. 79), Heinz Jörg Krämer, Groß-Umstadt (19. 9. 79), Sigrid Kollstedt, Kelsterbach (6. 9. 79), Margarete Sauer, Groß-Umstadt (22. 9. 79), Eleonore Hohmann, Dreieich (13. 9. 79), Alexander Böker, Michelstadt (24. 9. 79), Stephan Ebses, Hochheim (18. 9. 79), Franz Pfeifer, Büdingen (22. 9. 79);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Gerhard Lodowicks, Offenbach, Ulrike Schatz, Johanna Reisky, Christa Hampel-Rieländer, Edith Nungeßer, Hei-drun Erzberger, Norbert Fritz, Ursula Bugge, Almut Es-selborn, Klaus-Rainer Stutte, Anne Boetius, Dr. Anne-liese Risberg, sämtlich Darmstadt, Bruno Biegel, Limburg, Christa Scharf, Groß-Umstadt, Helga Kratz, Limburg, Walter Hagenow, Geisenheim, Hiltrud Zimmer, Heinz Münz, Heribert Dillmann, sämtlich Limburg, Ursula Mol-ter, Dieburg (sämtlich 1. 10. 79), Dieter Breiholz, Darmstadt (20. 9. 79), Josef Nosek, z. Z. Deutsche Schule in Lagos (1. 6. 79);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
die Studienräte (BaP) Ulf Hahn, Gernsheim (25. 8. 79), Bernd Gimbel, Groß-Umstadt (24. 9. 79);

in den Ruhestand getreten:

die Studiendirektoren Werner Boehme, Bensheim (31. 7. 79), Fritz Ramme, Frankfurt, Oberstudienrat Otto Breit-kopf, Bensheim (beide 31. 7. 79);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudiendirektor Dr. Ekkehard Born, Darmstadt, die Oberstudienräte/innen Dr. Barbara Walfer, Frankfurt, Margarete Cremer, Neu-Isenburg, Brigitte Henkel, Frank-furt, Oskar Greipel, Dreieich (sämtlich 31. 7. 79), Werner Franz, Frankfurt (30. 9. 79), Lore Pfeiffer, Wiesbaden, Maria Kämmerer, Frankfurt (beide 31. 8. 79);

entlassen:

der/die Studienrat/innen z. A. Irmela Altenheimer, Wies-baden, Dr. Manfred Wolter, Darmstadt, Ines Groth, Hat-tersheim, der/die Studienrat/innen Sylvi Mülmenstädt, Schwalbach, Erika Schäfer, Reichelsheim, Dr. Ludwig Ko-haupt, Dieburg, Ulrike Greb, Frankfurt (sämtlich 31. 7. 79), Studienreferendar/in Juliane Herrmann, Frankfurt (15. 8. 79), Hermann Schland, Frankfurt (14. 8. 79);

Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen

ernannt:

zum **Lehramtsreferendar (BaW)** Egon Jordan, Limburg (1. 5. 79);

zu **Fachlehrern/innen in schulpraktischer Ausbildung zum Erwerb der Lehrbefähigung in mus.-technischen Fächern (BaW)** Ilse-Luise Köhler, Wallrabenstein (15. 8. 79), Elvira Roser, Bad Soden (1. 9. 79), Gertrud Zilch, Rödermark, Ur-sula Paul, Erbach, Irmgard Hicks, Hildburg Hübener, Hei-drun Frings, Doris Dolgner, sämtlich Frankfurt, Ellen Göd-de, Offenbach, Stefan Seitz, Nieder-Roden, Hans Peter Wahlig, Bad Homburg, Eva Jäckel, Frankfurt (sämtlich 15. 8. 79);

zu **Lehrer/innen z. A. (BaP)** die Lehrer/innen i. A. Evelyn-e Stütz, Hausen, Klaus Dingeldein, Breuberg, Angelika Kluck, Hungen, Hildegard Docken, Offenbach, Christiane Brockmüller, Rödermark, Rainer Durchschlag, Bad Schwal-bach, Hildegard Baumann, Mainz-Kostheim, Heinz Wen-zel, Höchst, Ingrid Knieß, Seligenstadt, Heide Maria Paw-lik, Bad Soden, Wolfgang Sommer, Herborn, Rosemarie Seering-Lieber, Erlensee, Georg Knippel, Langenselbold, Anette Mott, Darmstadt, Birgit Neuber, Gelnhausen, Petra Lang, Schlüchtern, Gerlinde Dörr, Hanau, Gabriele Sobota, Bad Schwalbach, Peter Lutz, Erlensee, Gertrud Mosel, Großauheim, Jürgen Schuch, Eppstein-Vockenhäuser, Albrecht Schlotter, Kiedrich, Angelika Matous, Hanau, Annerose Lauber, Hallgarten, Hildegard Geitz, Ginsheim-Gustavsburg, Sabine Gortner, Groß-Gerau, Brigitte Katz-er, Wächtersbach, Berni Lütkemann, Griesheim, Elfriede Asadbagi, Ober-Ramstadt, Eva-Maria Quirnbach, Rüdes-heim, Rainer Schmidt, Raunheim, Gottfried Schepula, Groß-Gerau, Helge Barthel, Bad Homburg, Gabriele Lon-carovich, Birstein, Gabriele Eyring, Rüdesheim, Ursel Kaltwasser, Darmstadt-Arheilgen, Astrid Lindlein, Gins-heim-Gustavsburg, Gerlinde Burger, Groß-Gerau, Heidi Schöcker, Darmstadt, Brigitte Heymann, Niddatal 4, Bri-gitte Barth Friedberg, Rita Hoffmann, Ginsheim-Gustavs-burg, Rita Bauer, Florstadt, Birgit Schmidt, Darmstadt,

Marlies Klanke-Dittrich, Ginsheim-Gustavsburg, Peter Bechtel, Maintal 2, Manfred Schramm, Langenselbold, Ga-briele Schindling, Eltville, Wolfgang Tauchmann, Schaa-fheim, Ingrid Thomale-Wendt, Maintal 1, Gisela Gutowski, Erlensee, Helga Stock, Gelnhausen, Lothar Albert, Main-tal 2, Dieter Müller, Mörfelden-Walldorf, Hans-Joachim Antusch, Hanau, Eugenie Eiben, Rüdesheim, Eva Schön-nagel, Mörfelden-Walldorf, Roswitha Zeuch, Bad Soden-Salmünster, Petra Heppeler, Mühlthal 1 (sämtlich 1. 8. 79), Dorothea Catterwell, Darmstadt (1. 2. 79), Birgit Häuser, Lahn-Gießen (13. 6. 79), Hannelore Duda, Langen, Petra Trommershäuser, Groß-Gerau (beide 15. 8. 79), Ingeborg Graetz, Mainz-Kastel (13. 8. 79), Irene Wieland, Frankfurt (2. 8. 79), Dorina Schittke, Bruchköbel, Gunhild Liesenfeld, Stierstadt (beide 21. 8. 79), apl. Lehrerin (BaW) Roswitha Seuffert, Strinz (1. 8. 79),

Gabriele Simmer, Bad Soden, Sylvia Knapp, Hofheim, Uta Netzel, Bad Soden, Gerhard Leichtweiss, Kelkheim, Re-nate Brendel, Dreieich, Birgit Rauschenberg, Wolfgang Li-lienthal, beide Reinheim, Klaus Henninger, Wiesbaden, Brigitte Benesch, Lahn-Gießen, Monika Leonhard, Wies-baden, Susanne Spath, Groß-Gerau, Angelika Pohlmann, Rodgau 3, Christina Endlicher, Dieburg, Bärbel Schreier, Rodgau 3, Doris Kurbel, Groß-Gerau, Gertrud Groos, Rüs-selsheim, Ingeborg Hase, Wiesbaden, Marion Morweiser, Peter Thompson, beide Heppenheim, Gerhard Bornemann, Reinheim, Angela Mroß, Frankfurt, Werner Schiecke, Neu-Isenburg, Wolfhard Bohländer, Bensheim, Reinhard Klaus, Bad Soden, Ursula Maschke, Rödermark, Maren Voß, Bir-kenau, Helga Wieland, Trebur, Friederike Beppler, Her-mannstein, Karin Böhmer, Dietzenbach, Stefanie Ob-mann, Rüsselsheim, Ingrid Bringezu, Solms, Dorothea Hartmann, Einhausen, Heidemarie Sperl, Frankfurt, Man-fred Schwarz, Fürth, Gabriele Rück, Wiesbaden, Jutta Backes, Bürstadt, Tatjana Grabinski, Lorsch, Gerhard Heimann, Ehringshausen, Dorothea Breckner, Rüsselsheim, Uta Ramezan, Frankfurt, Marie-Luise Thomas, Rüssels-heim, Heidi Adam, Heppenheim, Ursula Volk, Solms, Wif-fgang Hölzer, Ehringshausen, Gudrun Hohberger, Solms, Monika Neumann, Wetzlar, Ursula Diesterweg, Braun-fels, Annette Gaebell-Schmieder, Biebertal, Angelika Fuchs, Wiesbaden, Klaus Beyer, Hainburg, Heinz Grau, Heppenheim, Wolfgang Reinhold, Langen, Sylke Drechsel-Oertel, Flörsheim, Edwin Wahl, Launsbach, Renate Met-tin, Hainburg, Hartmut Schmidt Dietzenbach, Beate Hohn-eck, Bad Soden, Günter Mather, Bad Schwalbach, Ursula Schütz, Rimbach, Reiner Fluegel, Aarbergen, Karin Schmidt, Weilmünster, Hedwig Mühlhausen, Bad Schwal-bach, Beatrice von Kaiser, Wiesbaden, Regina Mobertz, Bad Schwalbach, Inge Schumacher, Hochheim, Annegret Rüter, Babenhausen (sämtlich 1. 8. 79), Angela Satter, Wiesbaden (6. 8. 79), Frauke Ingrid Kühn, Karin Rippel, beide Wiesbaden, Uwe Gössmann, Hanau, Evelin Hallier, Wiesbaden, Cornelia Stützer, Obertshausen, Volkmar Leu-pold, Rüdesheim, Petra Seim, Offenbach, Klaus-Josef Mergen, Taunusstein 1, Doris Schönege, Offenbach, Hel-mut Buch, Weiterstadt, Irmtraut Sommer, Rüdesheim, Gi-sela Kuhl, Großauheim, Wolfhard Schulz, Obertshausen, Petra Rudersdorf, Eltville, Hansjürgen Rauff, Obertshau-sen, Franz Oppolzer, Dietzenbach, Margot Brill, Mühlheim, Ingrid Nagel, Hainburg, Mathilde Moschner-Leonhard, Dietzenbach, Gerhard Mattil, Heusenstamm, Marita El-berth, Mühlheim, Susanne Burmester, Seligenstadt, Brigitte Andreas, Hausen, Ruth Baumbach, Kronberg, Wolfgang Dinsnbacher, Hanau, Helke Bender, Bad Soden, Axel Pucknat, Darmstadt, Karlheinz Nichell, Heppenheim, Christina Müller, Sulzbach, Joachim Tolzin, Gelnhausen, Sylvia Böhm, Offenbach, Edith Faber, Obertshausen, Bern-hard Schäfer, Viernheim-Ost, Veronika Lerk, Hadamar, Eberhard Steinmetz, Neu-Anspach, Erika Tanzella, Bad Soden, Karl-Henner Weigand, Gelnhausen, Helmut Helf-mann, Viernheim, Brigitte Fischer, Bensheim, Maria Hely-Gutzmerow, Viernheim, Gabriele Baake, Heppenheim, Christel Hess-Schulz, Bad Soden, Manfred Müller, Schwal-bach, Felicitä Sommerbake, Usingen, Petra Trommershäu-ser, Gernsheim, Dorothea de Souza, Neu-Anspach, Roland Schäfer, Seligenstadt, Ulrike Ufer, Leeheim, Gerlinde Trümner, Wolfgang Spreizer, beide Darmstadt, Ute Karo-line Fautner, Trebur, Ernst Bayersdorf, Darmstadt, Ul-rike Grieshammer, Raunheim, Christel Erna Daum, Mi-chelstadt, Karin Körner, Brombachtal, Änylor Heckwolf, Rödermark, Renate Funk, Neu-Isenburg, Ruth Rustler, Rödermark, Reiner Geiger, Hailer, Karin Fichtmüller, Neu-Anspach, Norbert Köppen, Elke Strobel, beide Lan-gen, Gabriele Lessmann, Darmstadt, Gerhild Damm, Frankfurt, Hendrik Bandmann, Höchst, Klaus-Peter Pipp, Reichelsheim (sämtlich 15. 8. 79), Regina Appelt, Aßlar, Silvia Richter, Wiesbaden, Susann Bauer, Groß-

Gerau, Renate Schammert, Grebenhain, Angela Knapp, Wiesbaden, Brigitte Sturm, Rüsselsheim, Hans-Martin Schrötter, Wsb.-Klarenthal, Friedhelm Brennecke, Rüsselsheim, Walter Becker, Riedstadt, Marianne Berg, Birkenau (sämtlich 1. 8. 79), Inge Kalbhenn, Heusenstamm (20. 8. 79), Birgit Enke, Friedrichsdorf, Kurt Geier, Frankfurt, Gudrun Crasshoff, Ginsheim-Gustavsburg, Angelika Weber, Thomas Müller, beide Frankfurt, Monika Wolff, Mühlheim, Christopher Mersinger, Frankfurt, Jutta Diehl, Groß-Gerau, Winfried Reichert, Langen, Colette Schecker, Barbara Vorlauffer, Barbara Salewski, Anita Peter, Gerhard Müller, Klaus Trumpfheller, Claudia Momberger, Mechthild Sauer, Adele Scheer, Wolfgang Budde, sämtlich Frankfurt, Ingeborg Wolff, Rödermark, Petra Bassing, Irene Brosig-Duchardt, Winfried Keller, Beate Salzj, Marianne Haase, Peter Müller, Heidrun Balsler, Reinhold Jaksch, Christa Hengsbach, Ursula Enke, Hans-Jürgen Hutter, Ute Feick-Lulay, sämtlich Frankfurt, Claudia Fuhrmann, Nidderau 1, Monika Eisbach, Mörfelden-Walldorf, Karin Listmann, Offenbach, Monika Bonn, Maintal 2, Erika Wey-Falkenhagen, Wiesbaden, Ute Hoppe, Büttelborn, Marie-Ilse Jackl, Usingen, Eva Böhme, Wiesbaden, Regina Dückhardt-Ihl, Hanau, Rita Seeger, Mottgers, Sibylle Overbeck, Altenstadt, Reinhard Birkert, Sulzbach, Katrin Sehl, Altenstadt, Erich Nagel, Friedberg, Renate Reinhardt, Darmstadt, Andrea Zeuch, Babenhausen, Gertrud Bayerts, Dillenburg, Klaus Deitenbeck, Kronberg, Frauke Strobel, Königstein (sämtlich 15. 8. 79), Ingrid Feghelm, Frankfurt (20. 8. 79), Barbara Winterbauer, Babenhausen, Doris Dureck, Peter Heuß, beide Frankfurt (sämtlich 1. 8. 79), Hildegard Schäfer, Frankfurt (23. 8. 79), Carola Simon, Wiesbaden (22. 8. 79), Ingrid Giehard, Biebertal (1. 8. 79), Nicole Berger, Schwalbach (22. 8. 79), Waltraud Giebel, Raunheim (23. 8. 79), Günther Rill, Bad Soden (13. 8. 79), Marie-Luise Böttger, Hainburg, Dieter Schraut, Rüsselsheim (beide 1. 8. 79);

zu **Fachlehrern/innen z. A. (BaP)** die Fachlehrer/innen in schulpraktischer Ausbildung zum Erwerb der Lehrbefähigung in mus.-technischen Fächern (BaW) Susanne Starker, Wiesbaden (20. 7. 79), Klaus Schmidtmer, Münster (25. 1. 79), Gisela Boguth, Dillenburg (17. 8. 79), Mechthild Stapp, Heusenstamm (20. 7. 79), Gerhild Rittig, Schlüchtern (27. 7. 79), Rosemarie Fährmann, Seeheim 1 (24. 7. 79), Michael Sommerhage, Mühlheim (7. 8. 79), Klaus Pullmann, Babenhausen (14. 8. 79), Rita Krug, Langenselbold (2. 7. 79), Silvia Weidner, Beerfelden (8. 9. 79), Christel Scholl, Wald-Michelbach (9. 8. 79), Bärbel Ringenberg, Limburg (12. 9. 79), Heidrun Novak, Babenhausen (19. 7. 79), Rolf Mörlor, Großen-Linden (6. 9. 79), Dieter Kointza, Babenhausen (20. 8. 79), Christiane Eichhorn, Rödermark, Karin Horch, Ober-Roden (beide 24. 8. 79), Annelie Vogel, Mühlthal 1 (13. 7. 79), Christ. Gabriel, Mittenaar (30. 8. 79), Bernd Sittner, Schotten (28. 8. 79), Wolfgang Ritz, Dieburg (23. 8. 79), Anne Schultheis, Eppstein (25. 8. 79), Ingrid Grandy, Nieder-Roden (14. 8. 79), Claudia Wilhelm, Bad Soden-Salmünster (22. 8. 79), die apl. Fachlehrer/in für mus.-techn. Fächer (BaW) Rainer Ulmicher, Groß-Gerau (2. 8. 79), Gisela Gose, Gustavsburg (15. 8. 79), Günther Wawrauschek, Kelsterbach (31. 7. 79), der/die apl. Fachlehrer/innen (BaW) Erika Reul, Gustavsburg (23. 8. 79), Heike Stahl-Grau, Friedberg (23. 8. 79), René Weber, Nidda (30. 8. 79);

zur **Fachlehrerin für mus.-technische Fächer z. A. (BaP)** Fachlehrerin im Angestelltenverhältnis Gisela Bärtges, Maintal 2 (23. 8. 79);

zu **Sonderschullehrern/innen z. A. (BaP)** Barbara Reisinger, Dorothee Peil, beide Bad Schwalbach, Erhard Remmert, Limburg, Inka Brand, Bad Schwalbach, Dorothea Weigand, Offenbach, Christa Giesel, Hirzenhain, Sieglinde Bilz, Rodgau 6, Marita Friedrich-Barthel, Rüdeshheim, Maria Held, Offenbach, Waltraud Dietrich, Darmstadt, Christiane Mazuch, Hofheim, Regina de Visser, Felix Moschner, beide Darmstadt, Heidrun Schindler, Groß-Gerau, Helga Wiesner, Wiesbaden, Michael Heymanns, Rödermark, Doris Martin, Langen, Heidi Seib, Gernsheim, Annelie Rehbein, Lutz Kunze, beide Frankfurt, Jürgen Müller, Wiesbaden, Roswitha Hipp, Gernsheim, Ingrid Woisthenrich, Langen, Christel Opfer, Roswitha Sehnert, Ingeborg Hack, sämtlich Frankfurt, Maria van Wigh, Rüdeshheim-Aulhausen, Camila Weiss-Jürgenson, Frankfurt, Elisabeth Jensch, Langen, Cornelia Görnert, Nidda, Bodo Hoppe, Büdingen (sämtlich 15. 8. 79);

zu **Lehrern/innen die Lehrer/innen z. A. (BaP)** Christa Krönung, Villmar (21. 8. 79), Wolfgang Baier, Ehringshausen (1. 9. 79), Rosel Barthelmes, Solms (23. 8. 79), Ina Rebscher, Weinbach (4. 9. 79), Manuela Gros, Wetzlar (1. 9. 79), Gabriele Kleinschnitz, Merenberg (6. 9. 79), Karl-Josef Dippel, Reichelsheim (1. 9. 79), Verena Wüst, Idstein (29.

8. 79), Herbert Vetter, Reichelsheim (3. 9. 79), Sigrid Rafei-Shamsabadi, Wetzlar (1. 9. 79), Fachlehrer/in für mus.-techn. Fächer (BaL) Josef Storz, Fischbach, Lucie Szameitat, verheh. Otto, Wetzlar (beide 1. 10. 79);

zum/zu **Fachlehrer/innen der/die Fachlehrer/innen z. A. (BaP)** Gisela Schreiber, Langen (11. 7. 79), Karin Hoffmann, Ablar-Hermannstein (15. 8. 79), Anne-Rose Kuhn, Mörlenbach (23. 8. 79), Berthold Schichtholz, Herborn (17. 10. 79), Siegrid Drott, Gustavsburg (27. 8. 79);

zur **Fachlehrerin für mus.-technische Fächer** Lehrerin an Grund- und Hauptschulen (BaL) Elisabeth Kureljy, Seligenstadt (1. 8. 79);

zur **Realschullehrerin** Lehrerin (BaL) Gisela Naumann, Gelnhausen (18. 9. 79);

zur **Sonderschullehrerin** Lehrerin (BaL) Birgitt Nöske, Gießen (1. 10. 79);

zu **Lehrern/innen (BaL)** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Rita Helfrich, Limburg (6. 8. 79), Ingrid Weller, Wetzlar (1. 9. 79), Günter Strobel, Frankfurt (1. 8. 79), Reinhard Wandrey, Wiesbaden (2. 7. 79), Harald Simon, Hüttenberg (2. 8. 79), Gudrun Ivo, Wiesbaden (30. 7. 79), Eveline Schmidt, Gernsheim (13. 8. 79), Elsa Bellinger, Gießen (6. 8. 79), Marlis Ziegenhain, Hadamar (18. 8. 79), Edda Devynk, Launsbach (1. 8. 79), Sonja Goldmann, Feldatal, Anita Unruh, Allendorf (beide 1. 9. 79), Wilfried Weller, Hüttenberg (2. 8. 79), Helga Boas, Eschborn (1. 8. 79), Gabriel Rehberg, Frankfurt (6. 8. 79), Karl-Friedrich Hornig, Wald-Michelbach (4. 9. 79), Christiane Seibert, Frankfurt (10. 8. 79), Monika Mundanjohl, Wetzlar (1. 9. 79), Helga Heim, Maintal 1 (3. 8. 79), Cornelia Steffens, Rüsselsheim, Joachim Schuldt, Wieseck (beide 1. 9. 79), Alexa Kisker, Pohlheim 1 (7. 8. 79), Ralf Schreindorfer, Babenhausen (1. 9. 79), Johannes Schönberger, Wiesbaden (4. 9. 79), Dorothea Hantschel, Frankfurt (21. 8. 79), Ulrike Jost, Dreieich (23. 8. 79), Karin Scherer, Gießen-Klein-Linden (1. 9. 79), Renate Schwarz, Darmstadt (22. 8. 79), Margot Böcher, Wetzlar (20. 8. 79), Monika Hefner, Allendorf, Marlies Halberstadt, Stierstadt (beide 1. 9. 79), Eva Klawsenitzer, Bruchköbel (1. 8. 79), Marianne Kleber, Hadamar (8. 9. 79), Gabriele Engler, Frankfurt (29. 6. 79), Renate Möß, Usingen (1. 9. 79), Hans Joachim Gissel, Bad Schwalbach, Astrid Schreiner, Bürstadt (beide 23. 8. 79), Cornelia Lehmann, Mühlheim (22. 8. 79), Günter Müller, Ober-Ramstadt (26. 7. 79), Gabriele Wrischnig, Wetzlar (1. 9. 79), Siegfried Kowarsch, Waldmichelbach (24. 8. 79), Karl-Ludwig Waldschmidt, Allendorf/Lda. (1. 9. 79), Waltraud Heger, Offenbach (23. 8. 79), Kornelia Limp-Rasfeld, Solms, Barbara Geilfuß-Weinreich, Wetzlar, Dorothea Grebe, Marin Dietz, beide Solms (sämtlich 1. 9. 79), Birgit Meese, Bad Homburg (23. 8. 79), Josef Funk, Hasselroth-Neuenhaßlau (31. 8. 79), Christa Weber, Biebertal, Hiltrud Gärtner, Wetzlar (beide 1. 9. 79), Brigitte Schneider, Fischbach (28. 8. 79), Helga Werner, Weiterstadt (23. 8. 79), Brigitte Wismans, Alsfeld (1. 9. 79), Heinz-Werner Simon, Lauterbach (30. 8. 79), Renate Schmelzle, Dreieich (23. 8. 79), Christine Klotz, Wächtersbach (3. 9. 79), Gerhard Schütz, Mengerskirchen (19. 7. 79), Frank Weber, Launsbach, Bernhard Hebermehl, Beerfelden (beide 1. 9. 79), Eleonore Dietz, Friedberg (4. 9. 79), Holger Ehl, Pohlheim 1 (29. 8. 79), Christel Huyer, Steinheim, Petra Link, Gelnhausen (beide 31. 8. 79), Gerhard Müller, Mörfelden-Walldorf (30. 8. 79), Peter Winterbauer, Münster, Ingeborg Venske, Biebesheim (beide 1. 9. 79), Gisela Beck, Babenhausen (18. 9. 79), Volker Backöfer, Babenhausen, Christel Meier, Wetzlar, Hans-Joachim Hartmann, Limburg (sämtlich 1. 9. 79), Ingrid Müller, Bürstadt (31. 8. 79), Volker Rubin, Schlitz (30. 8. 79), Marianne Nickolaus, Launsbach (1. 9. 79), Ingrid Vogt, Frankfurt (30. 8. 79), Elke Langsdorf-Richter, Ober-Eschbach (5. 9. 79), Evelyn Römmelt, Mörfelden-Walldorf (31. 8. 79), Evelyn Zipp, Elz (5. 9. 79), Siegfried Horn, Bierstein (1. 9. 79), Jürgen Möser, Mörfelden-Walldorf (31. 8. 79), Irmine Kästner, Schöneck 2 (29. 8. 79), Eva Fischer, Frankfurt, Elisabeth Radlinger, Hofheim, Alfred Mann, Offenbach (sämtlich 7. 9. 79), Winfried Weber, Steinau (1. 9. 79), Helga Engbarth, Offenbach (5. 9. 79), Jürgen Jahn, Frankfurt (6. 9. 79), Monika Stoll-Schneider, Eppstein (8. 9. 79), Rainer Michel, Frankfurt (6. 9. 79), Peter Moritz, Waltraud Pretzsch, beide Frankfurt (beide 7. 9. 79), Renate Schmidt, Homberg (14. 9. 79), Marlies Inselmann, Maintal 1 (5. 9. 79), Heidrun Hoffmann-Halbinger, Groß-Umstadt (6. 9. 79), Uwe Stransky, Frankfurt (7. 9. 79), Heidmarie Scholz, Frankfurt, Ilse Schneider, Modautal 1 (beide 4. 9. 79), Dorothea Seiwert, Frankfurt (31. 8. 79), Cornelia Baudler, Frankfurt (12. 9. 79), Marlies Buder, Liederbach (27. 8. 79), Ingeborg Baumann-Müller, Ginsheim-Gustavsburg (1. 9. 79), Margret Bender, Frankfurt (27. 4. 79), Christa Engelmann, Frankfurt (4. 9. 79), Gisela Surma, Frankfurt (7. 9.

79), Ingrid Knie, Maintal 1 (31. 8. 79), Jürgen Schäfer, Frankfurt (14. 9. 79), Manfred Dörr, Florstadt (4. 9. 79), Renate Gietmann, Bad Orb (27. 9. 79), Klaus-Dieter Wenzel, Atzbach (1. 9. 79), Helga Brückner, Wetzlar (6. 9. 79), Heidrun Litwuschuh, Camberg (24. 9. 79), Christine Gerhardt, Brachtal (26. 9. 79),

Hannelore Schmidt, Wiesbaden (13. 7. 79), Brigitte Häußler-Klewe, Wiesbaden (24. 7. 79), Sylvia Fischer, Bad Soden (1. 8. 79), Renate Messerschmidt, Wiesbaden (21. 8. 79);

zum **Lehrer als Leiter einer Grundschule mit bis zu 80 Schülern** Lehrer (BaL) Peter Blumentritt, Haiger-Fellerdilln (1. 10. 79);

zu **Fachlehrern/innen (BaL)** die Fachlehrer/innen z. A. (BaP) Gabriele Fischer, Steinbach (13. 8. 79), Elisabeth Völpel, Wiesbaden (9. 8. 79), Heidi Dielmann, Weißkirchen, Wolfgang Völker, Bensheim (beide 17. 8. 79), Detlef Baumbach, Mörlenbach (31. 8. 79), Holde Waldaestel, Hainburg (23. 8. 79);

zur **Fachlehrerin für mus.-technische Fächer (BaL)** Walburga Dornseif, Frankfurt (15. 8. 79);

zum **Jugendleiter im Schuldienst (BaL)** Jugendleiter im Schuldienst z. A. (BaP) Erhard Benner, Herbhorn (14. 8. 79);

zur **Jugendleiterin (BaL)** Jugendleiterin z. A. (BaP) Ursula Wolter, Gernsheim (16. 8. 79);

zur **Hauptlehrerin als Leiterin einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern** Lehrerin (BaL) Gertrud Grube, Ober-Eschbach (1. 6. 79);

zur **Realschullehrerin (BaL)** Realschullehrerin z. A. (BaP) Jutta Scholz, Frankfurt (23. 8. 79);

zu **Sonderschullehrern/innen (BaL)** die Sonderschullehrer/innen z. A. (BaP) Bettina Groh, Bad Orb (16. 8. 79), Manfred Noske, Buseck (1. 9. 79), Gisela Schandin-Spruck, Lampertheim (23. 8. 79), Christiane Osterstetzer, Dietzenbach (31. 8. 79), Ingeborg Scheffka, Hofheim (10. 9. 79), Wilhelm Kabrhel, Beerfelden, Christel Steinbach, Griesheim (beide 6. 9. 79), Heinz Bedenbender, Haiger (31. 8. 79), Ulrike Becker, Offenbach (17. 9. 79), Maria-Luise Möller-Marko, Frankfurt (1. 9. 79), Anne-Maria de Raadt-Schroth, Offenbach (17. 9. 79);

zum **Konrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** Lehrer (BaL) Herbert Heumann, Löhnberg (1. 10. 79);

zum **Konrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** Lehrer (BaL) Kurt Jung, Mengerskirchen-Walderbach (1. 10. 79);

zur **zweiten Konrektorin einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern** Lehrerin (BaL) Helga Kegler, Gießen (1. 10. 79);

zum **Zweiten Konrektor einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülern, sofern dem Hauptschulzweig und der Förderstufe mehr als 360 Schüler angehören**, Realschullehrer (BaL) Ernst Pflume, Rüdeshheim (29. 5. 79);

zum **Rektor einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** Lehrer (BaL) Jürgen Diehl, Wiesbaden (1. 10. 79), Rektor (BaL) einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Albert Berthold, Hofheim-Langenhain (15. 8. 79);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Lehrerinnen (BaP) Hannelore Scheer-Reichenbacher, Kelkheim (23. 8. 79), Christine Gebhard, Wallrabenstein (25. 8. 79), Ursula Kirsch, Dietzenbach (9. 8. 79), Fachlehrer (BaP) Robert Scheuring, Stierstadt (23. 8. 79);

in den Ruhestand getreten:

Sonderschulkonrektor Alwin Boll, Darmstadt, Lehrer/in Otmar Georg, Frankfurt, Irmgard Morchutt, Reiskirchen (sämtlich 31. 7. 79);

in den Ruhestand versetzt:

Schulamtsdirektor Peter Kopf, Reinheim (31. 8. 79), Rektor einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Rudolf Ziel, Hanau (31. 7. 79), Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Friedrich Schwank, Lorch, Otto Diehl, Frankfurt, Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern Gustav Limpert, Idstein, Direktor an einer Gesamtschule als ständiger Vertreter des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern Walter Adolph, Dreieich, die Direktoren Otto Kirchner, Weiterstadt, Hans Dietz, Nieder-Mörlen (sämtlich 31. 7. 79), Hans H. Müller, Hanau (30. 6. 79), Sonderschulrektor einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 200 Schülern Rudolf Schellong, Wiesbaden

(31. 8. 79), die Konrektoren als ständige Vertreter des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Jakob Heigel, Kiedrich (31. 7. 79), Hagen Hantke, Niddatal 3 (30. 9. 79), Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Walter Schulz, Frankfurt (31. 7. 79), Konrektor Heinz Horz, Wetzlar (31. 10. 79), die Realschullehrer/innen Thusnelda Grah, Bad Orb, Wilhelm Töpfer, Groß-Umstadt, Anni Bieber, Bensheim (sämtlich 31. 7. 79), Wilhelm Müller, Michelstadt (31. 8. 79), die Sonderschullehrer Hans Gundermann, Frankfurt, Kurt Jakoby, Darmstadt (beide 31. 7. 79), die Lehrer/innen Helmtraud Bartussek, Groß-Gerau (30. 11. 79), Karl Hermann Dienstbach, Geisenheim, Leonie Gutberlet, Herbhorn, Josefine Kaiser, Mühlheim (sämtlich 31. 7. 79), Mimi Weber, Sulzbach (31. 8. 79), Regina Adler, Sterbfritz (30. 9. 79), Maria Gürster, Wiesbaden (31. 8. 79), Edith Ehmann, Wetzlar, Ludwig Bauer, Weiterstadt 2, Paula Palzer, Rüdeshheim, Margit Knott-Görg, Mammolshain, Franz Kalisch, Langen, Reinhold Kagemann, Grünberg, Konrad Sauer, Brandoberndorf, Hans Repp, Offenbach, Christel Kleine-Möller, Neu-Isenburg, Anneliese Hoffmann, Idstein, Elisabeth Föllner, Großen-Buseck, Margot Burchard, Frankfurt, Helmut Gruhl, Lützellinden, Ilse-Irene Wibeitz, Wiesbaden (sämtlich 31. 7. 79), Heinrich Baldes, Frankfurt, Lieselotte König, Maintal 1, Berta Helene Korrell, Bad Homburg, Maria Korb, Gießen, Monika Schindler-Dickhut, Frankfurt (sämtlich 31. 8. 79), Leonie Remmele, Wiesbaden-Bierstadt (30. 11. 79), Annemarie Witzel, Darmstadt (31. 10. 79), Annelore Neureuther, Heppenheim (30. 9. 79), die techn. Lehrerinnen Liselotte Gensel, Wiesbaden, Lotte Vogel, Wiesbaden (beide 31. 7. 79);

entlassen:

die Lehramtsreferendare/innen Regina Doris Häger, Hanau (8. 8. 79), Günther Pörtner, Offenbach (16. 5. 79), Bernd Michael Staab, Hanau (31. 7. 79), Doris Bachmann, Frankfurt (31. 8. 79), die Lehrer/innen Alfons Ernst Klein, Dornberg-Langendernbach, Johanna Orlamünder, Usingen, Marianne Heubner, Bad Homburg (sämtlich 31. 7. 79), Bärbel Mirke, Krieffel (30. 9. 79), Gertrud Wihlidal, Wiesbaden (31. 8. 79), Marianne Jensen, Offenbach, Uwe Wilhelm, Gründau/Rothenbergen, Franz-Josef Arthen, Limburg (sämtlich 31. 8. 79), Fachlehrerin z. A. Maria Halfmann, Groß-Gerau, die Lehrerinnen z. A. Anne Jantschynskyj, Gedern, Elke Wurmnest, Nieder-Ramstadt, die Fachlehrerinnen für mus.-technische Fächer Gisela Schmid, Sickenhofen, Gertrud Kothe, Darmstadt, Monika Ross, Lorsch, Helma Werner, Frankfurt, die Realschullehrerinnen Renate Wagner, Frankfurt, Barbara Caspar, Riedstadt-Goddellau (sämtlich 31. 7. 79);

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt:

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** Karl-Heinz Passig, Darmstadt, Ulrich Wolff, Wiesbaden, Gustav Weidner, Nidda 1, Wolfgang Korschan, Offenbach, Bernd Kroeger, Nidda 1, Hans-Gerhard Wimmel, Gießen, Herbert E. Gunkel, Wiesbaden, Renate Herbst, Hofheim, Karl Hütsch, Gießen, Dipl.-Hdl. Goetz Albert Kahl, Hofheim, Dieter Dommermuth, Wiesbaden, Peter Federspiel, Oberursel, Jürgen Einloft, Gießen, Wolfgang Goetz, Rüsselsheim, Jürgen Sprang, Hanau, Georg Weller, Oberursel, Manfred Walter, Hans-Dieter Vogel, beide Offenbach, Jürgen Degünther, Obertshausen, Michael Janitzki, Gießen, Monika Schwarz, Bad Homburg, Wolf-Dieter Heinrich, Hanau, Norbert Herlein, Wetzlar, Klaus-Dieter Kuch, Wiesbaden, Annemarie Kutscher, Wetzlar, Klaus Lamby, Offenbach, Rosemarie Beeck, Wilhelm Scheich, beide Gelnhausen, Günther Schmid, Bad Homburg, Herbert Sehl, Butzbach, Franz Focke, Lampertheim, Ludwig Walter Winterling, Hofheim, Cornelia Conrad, Wetzlar, Rolf Frank, Bensheim, Hans Josef Quasebart, Darmstadt, Klaus Schmalz, Weilburg, Horst Kammerhofer, Theresia Regina Steffl, beide Friedberg, Albert Bauer, Limburg, Friedrich Buchert, Friedberg, Peter Dieckmann, Limburg, Karin Kühlwetter, Darmstadt, Peter Panten, Johann Süßer, Ulrich Klaws, Karin Fuchs-Schrimpf, Wolf-Rainer Windisch, Johann Gerbig, Reimund Schmidt, Wolfgang Rupp, Axel Schmidt, sämtlich Frankfurt, Manfred Kresse, Wiesbaden, Werner Engel, Ulrich Niedermeyer, Hermann Hermeling, Karl Joachim Rühl, sämtlich Frankfurt, Norbert Aulbach, Werner Bunzel, beide Hanau, Heinz Hofmann, Limburg, Dagmar Hohl vereh. Hauenstein, Eberhard Jung, beide Offenbach, Helmut Haupt, Axel Reinisch, Gertrud Eberhardt, sämtlich Frankfurt (sämtlich 15. 8. 79), Eberhard Schaffner, Usingen (1. 9. 79), Klaus Uwe Barth, Bensheim (17. 8. 79), Wolfgang Freudenberger, Bensheim 1 (23. 8. 79), Ilse

Schmidt, Taunusstein 1 (22. 8. 79), Lehrkraft i. A. Horst Gunkel, Gelnhausen (1. 9. 79);

zu **Studienräten** die Studienräte z. A. (BaP) Martin Brechtel, Darmstadt (23. 8. 79), Edmund Zeidewitz, Frankfurt (30. 8. 79), Fachschuloberlehrer (BaL) Horst Mrusek, Weilburg (1. 10. 79), die Fachlehrer (BaL) Dieter Geiss, Nidda (31. 7. 79), Harald Dank, Joachim Ohly, beide Weilburg, die Fachoberlehrer für technologische Fächer (BaL) Norbert Harth, Harry Männer, beide Wetzlar, Helmut Lotter, Botho Kleinholz, Manfred Seidel, sämtlich Weilburg (sämtlich 1. 10. 79), Kurt Bauer, Bad Homburg (2. 8. 79);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Manfred Gehler, Schlüchtern (1. 10. 79), Norbert Zabel, Limburg (1. 8. 79), Manfred Jurkscheit, Geisenheim (21. 8. 79), Albert Plein, Gießen (23. 8. 79), Dietrich Gottschling, Wiesbaden (1. 8. 79), Erhardt Garmeister, Wetzlar (27. 8. 79), Ruth Storn, Obertshausen (1. 9. 79), Günther Mößner, Gelnhausen (28. 8. 79), Elfriede Kuhl, Weilburg (23. 8. 79), Erika Hofmann, Wiesbaden (1. 9. 79), Wilhelm Hosaeus, Weilburg (10. 7. 79), Renate Grob, Bad Homburg (23. 8. 79), Hildegard Willmann, Geisenheim (27. 8. 79), Hans Otto Schleider, Wiesbaden (29. 8. 79), Hans-Ulrich Kretzschmar, Bad Nauheim (1. 10. 79), Bernd Greiten, Wetzlar (28. 8. 79), Angelika Huber, Frankfurt (9. 8. 79), Klaus Bernecker, Bensheim (1. 10. 79), Manfred Schaub, Büdingen (4. 9. 79), Wilfried Weiß, Geisenheim (30. 8. 79), Hans Guse, Groß-Gerau (6. 9. 79), Werner Erk, Büdingen (3. 8. 79), Claudia Steffens, Geisenheim (29. 8. 79), Uwe Schreck, Frankfurt (7. 9. 79), Dieter Alder, Hanau (1. 10. 79), Dr. Brigitte Dausend, Butzbach (20. 8. 79), Gabriele Gutzeit (10. 9. 79), Reiner Serssch, Iven Wacker (beide 7. 9. 79), Marion Schiebel (11. 9. 79), Peter Best, Angelika Arnold, Otto Berlin, sämtlich Frankfurt (sämtlich 14. 9. 79), Alfred Sehr, Limburg (11. 9. 79), Horst Kipper (13. 9. 79), Heinz Eduard Kapp (14. 9. 79), Norbert Harting, sämtlich Frankfurt (20. 9. 79);

zu **Oberstudienräten** die Studienräte (BaL) Ernst-Kurt Wolf, Günter Jarkowski, beide Darmstadt (beide 1. 10. 79), Helmut Raab, Weilburg (21. 9. 79);

zu **Fachlehreranwärtern/innen (BaW)** die Bewerber/innen Margarethe Stein, Dillenburg, Joachim Meister, Hofheim, Arthur Briedis, Schwalbach, Helga Voß, Wiesbaden, Manfred Heepen, Rüsselsheim, Elisabeth Krüger, Schlüchtern, Petra Schnarr-Röder, Darmstadt, Joachim Huttel, Offenbach, Wilfried Günther, Limburg, Astrid Herröder, Schlüchtern, Rolf Lotz, Hanau, Herbert Krombach, Weilburg, Siegfried Salka, Hofheim, Wilfried Günther, Hanau, Helmut Reusch, Limburg, Peter Marschall, Wiesbaden, Karl-Heinz Zinkhan, Gelnhausen, Herta Helm, Offenbach, Karin Tews, Lauterbach, Wolfgang Schlag, Dreieich, Ernst-Ulrich Herrmann, Frankfurt, Ingrid Fuchs, Helmut Jeide, beide Lampertheim, Jürgen Kraft, Gelnhausen, Sigrid Dilleuth, Schlüchtern, Wolfgang Schlag, Dreieich, Hannelore Schmidt, Gießen, Rainer Maier, Darmstadt, Roswitha Faust, Frankfurt, Elisabeth Krüger, Schlüchtern (sämtlich 1. 8. 79), Wilhelm Fehr, Offenbach (22. 8. 79);

zu **Fachlehrern/innen f. arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen f. arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Ursula Erna Kling, Darmstadt (1. 10. 79), Kornelia Mergner, Obertshausen (27. 8. 79), Günter Vorländer, Gelnhausen (14. 8. 79), Walter Köster, Bad Homburg (1. 10. 79), Herbert Michaelis, Darmstadt (30. 8. 79), Ursula Hielscher, Frankfurt (14. 9. 79), Josefine Rudolph, Wiesbaden (15. 8. 79);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Fachlehrerin f. arbeitstechnische Fächer (BaP) Irmtraud Will, Hanau (29. 8. 79);

in den Ruhestand versetzt:

Studiendirektorin Bernhardine Niemeyer, Frankfurt (31. 7. 79), Oberstudienrat/in Friedrich Wilhelm Debus, Hofheim (31. 10. 79), Edith Böhnisch, Frankfurt (30. 9. 79);

entlassen:

Oberstudienrätin Erika Bickel, Friedberg (31. 7. 79), die Studienreferendare Lambert Niewöhner, Dieburg (19. 7. 79), Joachim Bader, Frankfurt (31. 7. 79), Alfred Höpfner, Alsfeld (22. 8. 79).

Darmstadt, 23. 10. 79

Der Regierungspräsident

VI 1 — 7 1 08 (1)

St.Anz. 47/1979 S. 2209

Regierungspräsident in Kassel

Berufliche Schulen

ernannt:

zum **Studiendirektor** Oberstudienrat (BaL) Jörg Wenzel, Kassel (31. 5. 79);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Dieter Schneider, Schwalmstadt, Wolfgang Lenz, Gerda Plösser, beide Kassel, Jürgen Stroth, Marburg, Reinhard Schluckebier, Frankenberg, Gerd Blumenhein, Marburg, Dietmar Danapel, Korbach, Hanne Sajonz, Marburg, Helga Langguth, Manfred Einloft, beide Biedenkopf, Gerhard Schmid, Kirchhain, Rainer Beetz, Fritzlar, Ernst Fuchswissemann, Melsungen, Ellen Kliem, Fritzlar, Manfred Albert, Fulda, Ina Killermann, Eschwege, Waltraud Schünemann, Witzenhausen, Peter-Paul Laudenbach, Fulda, Rainer Zündel, Bad Hersfeld, Wolfgang Theilen, Fulda, Heinrich Gremm, Bad Hersfeld, Gerlinde Wolf, Fulda, Hans-Herbert Wiemer, Hofgeismar, Vera Feldmann, Fulda, Peter Dürer, Peter-Hinrich Krüger, Rosemarie Bay, Manfred Labude, Peter Horn, sämtlich Kassel, Walter Griesel, Fritzlar, Erhard Schade, Ralf Schäfer, beide Fritzlar, Joachim Störig, Wilhelm Dufft, beide Kassel (sämtlich 1. 10. 79), Wolfram-Heinrich Rode, Melsungen (30. 5. 79), Rainer Hinze, Kassel (11. 4. 79);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Dr. Jobst Biester, Schwalmstadt 2 (23. 4. 79), Klaus Köhler, Renate Rosine, beide Korbach (beide 29. 6. 79), Gerhard Herget, Fulda (6. 7. 79), Hans-Rudolf Limmeroth, Biedenkopf, Thomas Lachmund, Witzenhausen, Joachim Jähde, Schwalmstadt 2, Voranart Boonyaprosop, Fulda, Ernst-August Winkelhardt, Bad Hersfeld, Klaus Franke, Melsungen, Bernhard Zurwehme, Frankenberg, Reinhard Noll, Bebra, Peter Lauber, Biedenkopf (sämtlich 1. 8. 79), Hartmut Platte, Kassel (13. 8. 79), Ingrid Kaul, Korbach (23. 8. 79), Gudrun Falcke, Witzenhausen, Karl-Friedrich Kroneis, Korbach, Klaus-Dieter Zimmermann, Bebra (sämtlich 23. 8. 79), Reinhard Zahn, Kassel (27. 8. 79), Manfred Dieckhoff, Fritzlar, Wolfgang Nowak, Fritzlar, Dr. Werner Schneider, Wilhelm Göbel, beide Marburg, Helmut Hutterer, Bad Hersfeld, Hans-Otto Lyongrin, Marburg, Rolf-Günter Geier, Harald Appel beide Kassel, Horst Gerbig, Schwalmstadt 2, Alfred Schwarz, Fulda, Bernd Musical, Frankenberg (sämtlich 1. 9. 79);

zu **Fachlehrern/innen (BaL)** die Fachlehrer/innen z. A. (BaP) Heinrich Möller, Schwalmstadt 2 (2. 5. 79), Klaus-Peter Demuth, Korbach (29. 6. 79), Monika Georgy, Marburg (23. 8. 79), Sigfried Schmidt, Bebra (17. 9. 79), Inge Russ-Aiger, Schwalmstadt 2, Klaus-Helmut Michel, Bad Wildungen, Erna Lorenz, Kirchhain, Karl-Heinz Grebe, Biedenkopf, Helmut Henkel, Helga Kuppe, beide Schwalmstadt 2 (sämtlich 1. 10. 79);

zu **Studienräten (BaP)** die Studienräte z. A. (BaP) Peter Kannler, Bad Hersfeld (15. 5. 79), Friedhelm Vollmer, Bad Hersfeld (17. 5. 79), Frank-Erwin Dingel, Marburg (4. 6. 79), Wilhelm Göbel, Marburg (1. 9. 79), Manfred Lingelbach, Fulda (14. 9. 79);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** Wolfgang Schunk, Kassel (26. 5. 79), Gerlinde Falkowski, Bebra (1. 8. 79), Gerd Bessing (22. 8. 79), Bernd Hamborg, beide Kassel (3. 9. 79), Annelie Dippel, Schwalmstadt 2 (1. 10. 79), Franz Pulte, Bebra, Michael Peter Manske, Kassel, Kristina Guthell, Fritzlar, Margret Joeckel, Schwalmstadt 2, Michael Schott, Fritzlar, Franz Gruszká, Schwalmstadt 2, Gabriele Boehme, Bad Hersfeld, Klaus-Peter Scholz, Bebra, Gerd Strauss, Walter Werner Lieberknecht, beide Eschwege, Willi Petersen, Witzenhausen, Jürgen Rose, Kassel, Hans-Otto Schäfer, Kassel, Günther Jahn, Biedenkopf, Heinrich Jakobi, Frankenberg, Valentin Schulze, Witzenhausen, Peter Hoffmann, Fulda, Doröthea Kammerzell, Marburg, Wolfgang Kirchhoff, Frankenberg, Johann-Konrad Grebe, Hans Seidel, Jürgen Lublow, Jutta Schätzlein, Andreas Klinger, sämtlich Kassel, Günther Solle, Schwalmstadt 2, Hilmar Liese, Roland Maier, beide Kassel (sämtlich 15. 8. 79);

zu **Fachlehrern/innen z. A. (BaP)** Diethelm Kuhlmann, Fritzlar (1. 7. 79), Irma Matheja, Frankenberg (1. 8. 79), Ursula Fassl, Kassel (15. 8. 79);

zu **Studienräten** die Fachoberlehrer (BaL) Ingo Groß, Kirchhain, Manfred Guhl, Frankenberg (beide 1. 5. 79), Friedhelm Kontze, Witzenhausen (11. 5. 79), Matthias Koelmer, Otto Jordan, beide Hofgeismar (beide 1. 6. 79), Hans Starke, Fritzlar (12. 6. 79), Herbert Kaulich, Gerhard Bauer, Karl-Heinz Gröschel, Dieter Wimmel, sämtlich Kassel (sämtlich 18. 6. 79), Wilfried Schlemm, Schwalmstadt 2 (15. 6. 79), Eberhard Querfurth, Schwalmstadt 2 (18. 6. 79), Willy Krapf, Eschwege (4. 7. 79);

zu **Fachlehreranwärtern/innen (BaW)** die Bewerber/innen Angelika Bechtel, Rolf Haber, beide Kassel, Manfred Hagemann, Fulda, Gisela Laufer, Frankenberg, Roswitha Lehmann, Kassel, Elvira Mohr, Hünfeld, Renate Koch, Frankenberg, Erika Soldau, Schwalmstadt 2, Petra Ziegler, Ruth Ziegler, beide Kassel, Doris Wisser-Vöhl, Marburg (sämtlich 1. 9. 79);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Studienräte (BaP) Jürgen Bürow, Korbach (13. 6. 79), Gerald Widdig, Korbach (15. 6. 79), Hans-Jürgen Markolf, Witzenhausen (11. 7. 79), Georg Sippel, Eschwege, Heinz Hohmann, Bad Hersfeld, Eckhard Schaum, Fulda, Helmut Doppelhammer, Kassel (sämtlich 1. 8. 79), Karl-Heinz Kandler, Witzenhausen (24. 8. 79), Claus Boll, Kassel (27. 8. 79), Heinrich Werner, Kirchhain, Friedhelm Vollmer, Bad Hersfeld, Karl Weber, Bad Hersfeld, Frank-Erwin Dingel, Marburg (sämtlich 1. 9. 79);

versetzt:

von Baden-Württemberg Studienrat (BaL) Maximilian Filke, Fulda, von Köln Studienrätin (BaL) Karin Wilberg, Bad Hersfeld, von Dortmund Studienrätin z. A. (BaP) Brigitte Ludwig, Kassel, von Berlin Studienrat (BaL) Michael Brandt, Kassel (sämtlich 1. 8. 79);

in den Ruhestand getreten:

Oberstudiendirektor Ernst von Michaelis, Kirchhain, Studiendirektor Wilhelm Gottschalt, Kassel, Oberstudienrat Karl-Heinz Hackbarth, Kirchhain (sämtlich 31. 7. 79);

in den Ruhestand versetzt:

die Oberstudienräte/innen Otto Funk, Melsungen (30. 6. 79), Robert Eimer, Korbach, Dr. Friedel Heim, Kassel, Dr. Reinhard Gohritz, Kirchhain, Ruth Tschirner, Bad Hersfeld (sämtlich 31. 7. 79), Helga Jürgensen, Kassel (31. 8. 79), die Studiendirektoren/innen Heinz Schlapp, Marburg, Werner Dankwart, Biedenkopf, Eva Krahl, Bad Hersfeld, Dorothea Grube, Kirchhain (sämtlich 31. 7. 79), Jugendleiterin Gabriele Keller, Fulda (31. 7. 79);

entlassen:

Studienreferendarin (BaW) Irmgard Bockstede, Eschwege (31. 7. 79), Studienrat z. A. (BaP) Bernhard Mayer, Biedenkopf (6. 6. 79);

verstorben:

Studienreferendar (BaW) Klaus Renner, Kassel (3. 6. 79), Studienrätin (BaL) Ursula von Redecker, Marburg (28. 7. 79).

Kassel, 16. 10. 1979

Der Regierungspräsident
II/1f 8 b 28

St.Anz. 47/1979 S. 2213

Der Regierungspräsident in Kassel

Gymnasien und Gesamtschulen mit Sekundarstufe I und II

ernannt:

zum **Oberstudiendirektor als Leiter eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums** Studiendirektor (BaL) Horst Dienethal, Kassel (28. 5. 79);

zum **Studiendirektor als Leiter eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums** Studiendirektor (BaL) Dr. Ekkehard Meinhardt, Hilders (18. 5. 79);

zum **Studiendirektor als ständigem Vertreter des Leiters eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums** Studiendirektor (BaL) Hans Joachim Noll, Kassel (28. 5. 79);

zu **Studiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL) Klaus Totzke, Rotenburg (12. 5. 79), Klaus Wicke, Hofgeismar, z. Z. Istanbul (7. 6. 79), Ernst-Guido Storck, Wetter (18. 6. 79);

zum **Rektor an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern** Realschullehrer (BaL) Kurt Kaufmann, Fritzlar (30. 4. 79);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Fredy Gross, Fulda, z. Z. Caracas/Venezuela (11. 5. 79), Dietmar Bersch, Schwalmstadt, Klaus Brückner, Heringen, Karl-Heinz Jirouschek, Fulda, Hildegard Henkel, Walter Sittig, Ursula Krotz, sämtlich Kassel, Egon Bauer, Korbach, Gerhard Mahnke, Arolsen, Ulrike Spiegelberg, Marburg-Cappel, Johanna Rogalla, Marburg-Cappel, Dieter Will, Marburg-Cappel, Ingrid Heinrichs, Fulda, Ingeborg Hauschild, Amöneburg, Hannelore Schmidt, Kurt Hartwig, beide Marburg, Rolf Pfeiffer, Zwesten, Rainer Wittich, Spangenberg, Dr. Günter Stark, Marburg, Dr. Volker Puthz, Fulda, Otto Werber, Kassel (sämtlich 1. 10. 79);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen (BaP) Dr. Hartmut Böltz (23. 4. 79), Barbara Becker (30. 5. 79), Manfred Korzen, sämtlich Marburg, Franz Harbecke, Korbach, Ulrike Kramp, Melsungen, Wolfgang Fischer, Rotenburg, Hans-Dieter Mootz, Rotenburg, Kurt Pohl, Hess. Lichtenau, Heinrich Müller, Gladenbach, Michael Huke, Hofgeismar, Thomas Hohmann, Helene Baron, beide Kassel, Hermann Nahrgang, Baunatal 1, Barbara Elsas, Kassel, Brigitte Ruth Zickendraht, Marburg, Wolfgang Behringer, Korbach, Dr. Gisela Wirth, Hess. Lichtenau (sämtlich 1. 8. 79), Gerhard Kirschner, Neukirchen (28. 5. 79), Ralf Mihm, Bieberstein (6. 7. 79), Helen Jahnke-Schuck, Marburg (20. 8. 79), Hans-Jürgen Henrich (5. 7. 79), Ingrid Frieg, beide Marburg (21. 8. 79), Bernd Klewitz, Willingshausen (7. 9. 79), Luifgard Kimpel (19. 9. 79), Klaus-Jürgen Koch, beide Marburg (20. 9. 79), Erdmuth Sturz, Stadt Allendorf (24. 9. 79), Werner Döppner, Hubert Will, Helmut Sämann, Peter Ziegler, sämtlich Fulda, Renate Eberwein, Rotenburg, Martin Sauer, Kassel, Waltraud Roth, Willingen, Dorothea Kronsbein, Wolfgang Klaus, beide Fulda, Renate Hochmuth, Grebenstein, Klaus Reese, Kirchhain, Bernhard Meyer, Bad Hersfeld, Willi Richter, Hess. Lichtenau, Dr. Günter Haas, Marburg, Gerlind Mai, Dr. Gunda Dittrich-Orlovius, Ernestine Ebert, Doris Bunke, sämtlich Marburg, Ingeborg Schliebs, Dr. Werner Schneider, beide Kassel, Elisabeth Schulze-Cassens-Fries, Schwalmstadt, Wilhelm Kammelter, Lohfelden, Margret Zick, Eschwege, Bärbel Schmeißing-Reiß, Fulda, Dr. Anne Weiß-Hartmann, Frankenberg, Hans-Dieter Heuser, Gudensberg, Doris Klös, Neuhoof, Ildiko Neukäter-Hajnal, Baunatal, Heinrich Reinbold, Guxhagen (sämtlich 1. 9. 79);

zu **Studienräten/innen (BaP)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Günter Ditthardt, Schwalmstadt, Helene Baron, Kassel, Wolfgang Schwanz, Schwalmstadt, Manfred Schlosser, Rotenburg, Karl-Heinz Pschera, Korbach, Luth Rübber, Neuhoof (sämtlich 1. 8. 79), Gert Kirchenhain, Spangenberg (18. 6. 79), Friedrich Grundmann, Korbach (3. 8. 79), Franz-Josef Pfeiffer, Hofgeismar (24. 8. 79), Werner Bauch, Marburg (1. 10. 79);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** Marina von Hahn, Amöneburg (10. 3. 79), Bodo Langner, Schwalmstadt, Dieter Corsepilus, Schwalmstadt (beide 1. 8. 79), Christine Elizade Y Baztan, Kassel (17. 8. 79), Editha Lührs, Gudensberg (3. 9. 79), Joachim Vogel, Kassel (20. 8. 79), Peter Wetterau, Homberg (23. 8. 79), Monika Bruehl, Hünfeld, Gerhard E. Funk, Fulda, Alfred Bode, Sontra, Jutta Müller, Sontra, Wolfgang Reiss, Bad Hersfeld, Harald Hoenemann, Astrid Schrobbsdorf, beide Hilders, Wolfram Kunze, Fulda, Hans Schmidt, Fulda, Dr. Rieckeff Bruebach, Kassel, Alfred Gissel, Reinhold Salzmann, beide Rotenburg, Karl Erbach, Hildegard Klein, Bernd Riemann, Klaus Gellert, sämtlich Kassel, Rudolf Schäfer, Kirchhain, Walter Schwarz, Fritzlar, Axel Rindfleisch, Kassel, Barbara Lotz, Bad Hersfeld, Wolfgang Lissner, Rotenburg, Karl-Heinz Gertenbach, Fritzlar, Ursula Neumann, Hans-Wolfgang Marek, beide Schwalmstadt, Klaus-Dieter Becker, Burkhardt Meyer, beide Melsungen, Mechthild Winciers, Guxhagen, Wolfgang Engelmeyer, Sigrid Schwarz, Annette Doris Krech, Hans-Jürgen Stock, sämtlich Kassel, Georg Ludwig Braun, Arolsen, Joachim Geldmacher, Korbach, Hartmut Reiml, Stadtallendorf, Gerhard Müller, Homberg, Renate Schaedla, Homberg, Hans-Jürgen Beck, Emstal, Walter Kompa, Zircenberg, Ewald Bauer, Wetter, Ursula Marianne Thiel-Ludwig, Marburg, Hildegard Elsenhans, Manfred Johannes Günther, beide Kirchhain, Hans Hartmut Dotting, Wolfhagen, Reinhardt Lorenz, Immenhausen, Klaus-Dieter Zeuke, Eschwege, Ludwig Gleichmann, Vellmar 3, Manfred Gunkel, Baunatal 4, Günther Heimann, Wolfgang Pinkert, beide Kassel, Michael Schober, Lohfelden, Heide Scholze, Wolfhagen, Reiner Weiß, Fritzlar, Hans Dettmer, Biedenkopf, Klaus Struckmeier, Homberg, Detlef Hense, Arolsen, Peter Buttler, Kassel, Rolf-Wilhelm Pirrow, Schenkklengsfeld, Hedwig Berger-Mensch, Arolsen, Walter Jung, Marburg, Michael Heiny, Marburg, Gert-Peter Zimmermann, Niederwalgern, Inge Diehl, Schenkklengsfeld, Hans-Ulrich Rohde, Arolsen, Friedhelm Lotze, Emstal, Rudolf Martin Perndl, Gabriele Heide-Martin, beide Immenhausen, Dorothea Daub, Neuhoof, Karl-Heinz Enders, Homberg, Christine Hauck, Stadtallendorf, Peter-Josef Fischer, Frankenberg, Jürgen Schröder-Hahn, Marburg, Hermann-Josef Löhr, Marburg, Klaus-Werner Frischholz, Frankenberg, Wolfgang Rühl, Jochen Kastrup, beide Marburg, Walburga Lange, Frankenberg, Hans-Jürgen Ziegler, Kassel, Walter Lehmann, Theresia Brandt, beide Hofgeismar, Dieter Carl, Edertal, Dr. Reimar Becker, Fulda, Ingrid Gnau, Kassel, Heinz-Jürgen Heppenstiel, Fulda, Klaus-Otto Meier, Kassel, Sabine Cornitius, Hans Unbehauen, beide Fulda, Ma-

rie-Luise Kluckhohn, Fulda, Romano Hansen, Hohenwerda (sämtlich 15. 8. 79);

zur **Oberstudienrätin (BaL)** Oberstudienrätin i. R. Christiane Uhlborn, Marburg (1. 8. 79);

zu **Studienräten** die Fachlehrer (BaL) Rainer Nentwig, Kassel, Werner Krechel, Niestetal (beide 1. 8. 79), Helmuth Schütte, Kassel (1. 9. 79), Lehrer (BaL) Erhard Rupprecht, Baunatal 1 (27. 8. 79);

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** die Bewerber/innen Hans Diederichs, Klaus-Peter Eckrich, Peter Roßbach, Elisabeth Rübber, sämtlich Studienseminar Fulda, Lothar Färber, Hans-Georg Klindt, Horst Kottke, Michael Passolt, Rainer Sachscha, Gerald Warnke, Doris Heyer, Thomas Jansen, Brigitte-Therese Suslik-Meyer, Kurt Theobald, Günter Wiegang, sämtlich Studienseminar I und II Kassel, Gerhard Atts, Holger Erhardt, Dieter Ewig, Helmut Griesel, Heinz-Georg Kirchhain, Barbara Pflug, Karl-Heinz Stadler, sämtlich Studienseminar Marburg (sämtlich 1. 6. 79);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Studienräte (BaP) Ernst Schürmann, Kassel (17. 5. 79), Bernd Hücker, Fritzlar (1. 8. 79), Claus Caspritz, Kaufungen (7. 8. 79), Dr. Rolf Nelle, Kassel, Helmuth Rathke, Rotenburg, Wilhelm Daude, Vellmar 3 (sämtlich 1. 9. 79), Jürgen Theis, Kassel (2. 9. 79), Rolf Rainer Schärer, Kassel (5. 9. 79), Gert Hirschhain, Spangenberg (6. 9. 79), Gerhard Birg, Großalmerode (3. 10. 79), die Lehrer/innen (BaP) Gernot Greiner, Schwalmstadt, Ulrike Brauer, Biedenkopf (beide 1. 9. 79), Hans-Jürgen Weißbach, Rotenburg (18. 7. 79), die Fachlehrer/innen (BaP) Ilse Eisel, Sontra (22. 7. 79), Klaus Raab, Fritzlar (23. 8. 79), Ulrike Schmidt, Arolsen (29. 9. 79), Hans-Erwin Schnabel, Fritzlar (2. 5. 79), Christine Matz, Rotenburg (4. 7. 79);

versetzt:

vom RP Münster Studienrat (BaL) Wolfgang Rudloff, Wilingen, von Bremen Studienrat (BaL) Robert Schaubitzer, Kaufungen, von Arnshagen Studienrätin (BaL) Ursula Kamp, Hofgeismar, von Berlin Studienrätin (BaL) Maria Hollerbach, Kassel, von Baden-Württemberg Studienrätin (BaL) Dr. Irmela Ebner, Kassel, von Rheinland-Pfalz Studienrat (BaL) Heinz-Jürgen Welsch, Hünfeld (sämtlich 1. 8. 79),

nach Berlin Studienrätin (BaL) Monika Müller, Kassel, nach Goslar Studienrätin z. A. (BaP) Anna-Helene Braas-Nadler, Fulda, nach Hannover Studienrätin z. A. (BaP) Christa Hegaze, Bad Sooden-Allendorf, nach Siegen Studienrätin z. A. (BaP) Dr. Renate Lachmann, Kassel, nach Saarbrücken Studienrat (BaL) Joachim Lottmann, Zierenberg, nach Freiburg Studienrat (BaL) Burckhard Biesel, Fulda, nach Reutlingen Studienrätin z. A. (BaP) Heidemarie Kümmerle-Czieslik, Marburg, nach Heidelberg Oberstudienrat (BaL) Dieter Heldmann, Rotenburg, nach Göttingen Studienrätin (BaL) Hilfrud Meineke-Sadlowski, Marburg, nach Hamburg Studienrat (BaL) Henning Rußland, Marburg, nach RP Düsseldorf Studienrätin (BaL) Ute Fürschel, Marburg, nach Göttingen Studienrat z. A. (BaP) Reinhard Kohl, Rotenburg, nach Göttingen Studienrat (BaL) Hans Laakmann, Sontra, nach Rendsburg Oberstudienrätin (BaL) Claudia Geirhos, Marburg, nach RP Münster Studienrätin (BaL) Isa Steiner-Müller, Kassel, nach RP Münster Studienrat (BaL) Hans-Jochen Müller, Kassel, nach RP Düsseldorf Studienrätin z. A. (BaP) Gerlinde Severin, Kassel (sämtlich 1. 8. 79);

in den Ruhestand getreten:

Studiendirektor Johannes Soldan, Melsungen, Studiendirektor Georg Ernst, Zwesten-Oberurff (beide 31. 7. 79);

in den Ruhestand versetzt:

die Studiendirektoren/innen Martin Stübinger, Sontra, Ernestine Baumgartner, Kassel, Edwin Schmucker, Fulda, Erwin Müller, Kassel, die Oberstudienräte/innen Meta Bertelsmann, Kassel, Dr. Johanna Fahr, Frankenberg, Susanne Heiland, Hünfeld, Friedrich Fecker, Walter Sonne, beide Kassel, Gerda Karker, Marburg (sämtlich 31. 7. 79), Studienrätin Heideleore Scheele, Fritzlar (31. 5. 79);

entlassen:

die Studienreferendare (BaW) Helmut Hannes, Peter Wegener, beide Kassel (beide 30. 9. 79), Oberstudienrat/in (BaL) Wolfgang Nowotny, Kassel, Renate Mraz, Marburg, der/die Studienrat/innen (BaL) Susanne Stallmann, Willingshausen, Reinhard Keller, Kassel, Ute Wetzel, Spangenberg (sämtlich 31. 7. 79);

verstorben:

Studienrat z. A. (BaP) Hans-Rainer Kaiser, Kassel (23. 4. 79), Oberstudienrat (BaL) Kurt Viehmann, Fritzlar (28. 8. 79).

Kassel, 15. 10. 1979

Der Regierungspräsident
II/lf 8 b 28

StAnz. 47/1979 S. 2214

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

Staatliche Technische Überwachung Hessen

ernannt:

zum **Lfd. Gewerbedirektor** Gewerbedirektor (BaL) Manfred von Elert (1. 11. 79);

zu **Gewerbedirektoren** die Gewerbeoberräte (BaL) Lothar Vix (10. 10. 79), Heiner Engelmann (23. 10. 79);

zum **Medizinaldirektor** Medizinaloberrat (BaL) Dr. Rolf Gmelich (31. 10. 79);

zu **Gewerbeoberräten** die Gewerberäte (BaL) Hermann Dilsch, Wolfgang Götz, Eberhard Pagel (sämtlich 10. 10. 79);

zu **Gewerberäten (BaL)** die Gewerberäte z. A. (BaP) Ernst Karthäuser (9. 7. 79), Manfred Schulze (16. 7. 79), Robert Hoffmann (1. 10. 79);

zu **Gewerberäten z. A. (BaP)** die techn. Angestellten Wulf Dathan, Stefan Fritsch (beide 1. 10. 79);

zum **Techn. Oberamtsrat** Techn. Amtsrat (BaL) Helmut Müller (1. 10. 79);

zum **Oberinspektor (BaP)** Inspektor (BaP) Helmut Lauer (1. 10. 79);

zu **Techn. Oberinspektoren z. A. (BaP)** die techn. Angestellten Hans-Knut Blumenstein (25. 9. 79), Georg Degenhardt (26. 9. 79), Helmut Erfurth (25. 9. 79), Rainer Möller (1. 10. 79), Werner Otto (24. 9. 79), Bernd Steuernagel (24. 9. 79).

Darmstadt, 1. 11. 1979

Staatliche Technische Überwachung
Hessen
II

StAnz. 47/1979 S. 2215

H. im Bereich des Hessischen Sozialministers

Der Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zur **Chemierätin (BaL)** Chemierätin z. A. (BaP) Dr. Verena Schütz, Staatl. Chemisches Untersuchungsamt Darmstadt (28. 9. 79);

zum **Gewerbereferendar (BaW)** Bewerber Dipl.-Ing. Klaus Wierzbicki, Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt (3. 9. 79);

zu **Techn. Oberinspektoren z. A. (BaP)** techn. Angestellter Ing.-grad. Hans-Georg Weckbach (1. 9. 79); Techn. Inspektor-Anwärter (BaW) Gerhard Berg, Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt (28. 9. 79).

Darmstadt, 1. 11. 1979

Der Regierungspräsident
I 2 — 71 02/07 E

StAnz. 47/1979 S. 2215

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

Der Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Baureferendar (BaW)** Bewerber Dipl.-Ing. Klaus Göbel (1. 9. 79);

versetzt:

von der Gemeinde Freigericht zum Landrat des Main-Kinzig-Kreises — Staatl. Veterinäramt — Inspektor (BaL) Reinhard Kraut (1. 9. 79).

Darmstadt 1. 11. 1979

Der Regierungspräsident
I 2 — 71 02/07 E

StAnz. 47/1979 S. 2215

M. im Bereich des Hessischen Ministers für Bundesangelegenheiten

ernannt:

zur **Regierungsdirektorin** Regierungsoberrätin (BaL) Eva-Maria Keuchel (31. 10. 79).

Bonn, 31. 10. 1979

Der Hessische Minister
für Bundesangelegenheiten
A 5 — 827/79

StAnz. 47/1979 S. 2215

1301 DARMSTADT

REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Weilburg / Stadtteil Hasselbach, Landkreis Limburg-Weilburg

Auf Antrag und zugunsten der Stadt Weilburg, Landkreis Limburg-Weilburg, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. Juli 1957 (BGBl. I S. 1110), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341), in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. Juli 1960 (GVBl. S. 69, S. 177), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 109), für die Trinkwassergewinnungsanlage des Stadtteiles Hasselbach ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Schutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Weilburg/Stadtteil Hasselbach, das sich auf Teile der Gemarkungen Hasselbach und Gaudernbach erstreckt, wird in folgende Zonen eingeteilt:

- Zone I (Fassungsbereich),**
Zone II (engere Schutzzone),
Zone III (weitere Schutzzone).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Übersichtsplan i. M. 1 : 10 000 und Katasterpläne i. M. 1 : 1000 und 1 : 2000), in denen diese Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
 Zone II (engere Schutzzone) = blaue Umrandung,
 Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen**I. Fassungsbereich (Zone I)**

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf das Flurstück Flur 9 Nr. 5 der Gemarkung Hasselbach.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkung Hasselbach:

Flur 2 Flurstück Nr. 56,

Flurstück Nr. 57 (südlicher Teil — im Norden durch eine Gerade, die von der südwestlichen Seite des Flurstückes [nordöstlicher Eckpunkt des Flurstückes Nr. 62] rechtwinklig bis zu der nordöstlichen Seite des Flurstückes verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 58—62,

Flur 9 Flurstück Nr. 3 (westlicher Teil — im Süden durch eine Gerade, die von dem nördlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 15 90 m in östlicher Richtung verläuft, und im Osten durch eine Gerade, die von dem südlichen Eckpunkt des Flurstückes Flur 2 Nr. 56 120 m in südlicher Richtung verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 4 (nördlicher Teil — im Süden durch eine Gerade, die von dem nördlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 15 in östlicher Richtung verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 6—10.

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkungen Hasselbach und Gaudernbach:

Gemarkung Gaudernbach

Flur 9 Flurstücke Nrn. 1 und 2,

Gemarkung Hasselbach

Flur 2 Flurstücke Nrn. 52—55,

Flurstück Nr. 57 (mit Ausnahme der engeren Schutzzone),

Flurstücke Nrn. 63, 64, 65 und 68—75,

Flurstück Nr. 76 (südlicher Teil — im Norden durch eine Gerade, die von dem nordöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 116 bis zu dem nordwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 68 verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 77—116,

Flurstück Nr. 120 (südöstlicher Teil — im Nordwesten durch eine Gerade, die von dem südöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 50 bis zu dem nordöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 66 verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 125,

Flurstück Nr. 126 (südlicher Teil — im Norden durch eine Gerade, die von dem nordwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 125 bis zu dem nordwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 127 verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 127 und 128,

Flur 6 Flurstück Nr. 1 (südlicher Teil — im Norden durch eine Gerade, die von dem westlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 3 bis zu dem nordöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 5 verläuft, begrenzt),

Flur 9 die gesamte Flur — mit Ausnahme des Fassungsgebietes, der engeren Schutzzone und des Flurstückes Nr. 2.

§ 3 Verbote

Alle Verbote, die für die weitere Schutzzone (Zone III) bestehen, gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I). Die Verbote der engeren Schutzzone gelten auch für den Fassungsbereich.

1. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.

Verboten sind:

- die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
- das Versenken und Versickern von radioaktiven Stoffen, Kühlwasser und Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers, die Untergrundverrieselung, Sandfiltergräben und Abwassergruben,
- Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen),
- das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- das Ablagern und Aufhalten von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen oder deren Beseitigung durch Einbringen in den Untergrund, z. B. Gifte, auswaschbare beständige Chemikalien, Öl, Teer, Phenole, chemische Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfung-, Schädlingsbekämpfung- und Wachstumsregulierungsmittel, Rückstände von Erdölbohrungen,
- das offene Lagern und Anwenden boden- oder wasserschädigender chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfung-, Schädlingsbekämpfung- und Wachstumsregulierungsmittel,
- das Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe, ausgenommen das Lagern von Heizöl für den Hausgebrauch und Dieselöl für den landwirtschaftlichen Betrieb, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Antransport, Füllung, Lagerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden,
- Umschlags- und Vertriebsstellen für wassergefährdende und radioaktive Stoffe,
- Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe,
- Betriebe, die radioaktive oder wassergefährdende Stoffe verwenden oder abstoßen,
- das Verwenden von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- und Wasserbau (z. B. Teer, manche Bitumina und Schlacken),
- Kernreaktoren,
- Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der weiteren Schutzzone hinausgeleitet wird,
- Abfall-, Müll-, Schuttkippen und -deponien, Lagerplätze für Autowracks und Kraftfahrzeugschrott,
- das Neuanlegen von Friedhöfen,
- Rangierbahnhöfe,
- Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,
- Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen,



- s) militärische Anlagen,
- t) die Massentierhaltung,
- u) Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann,
- v) Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Erdöl, Erdgas, Kohlensäure, Mineralwasser, Salz, radioaktiven Stoffen und zum Herstellen von Kavernen.

2. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll den Schutz vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zu der Fassungsanlage besonders gefährdend sind.

Verboten sind:

- a) die Bebauung, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, Stallungen und Gärfuttermilchsilos,
- b) Baustellen und Baustofflager,
- c) Straßen, Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen, Güterumschlagsanlagen und Parkplätze,
- d) Friedhöfe,
- e) Campingplätze und Sportanlagen,
- f) das Zelten und Lagern,
- g) der Badebetrieb an oberirdischen Gewässern,
- h) Wagenwaschen und Ölwechsel,
- i) Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Einschnitte, Hohlwege, Steinbrüche und jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißen schützender Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) Sprengungen,
- l) Intensivbeweidung, Viehansammlungen und Pferche,
- m) die organische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer

oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht,

- n) die Überdüngung,
- o) das offene Lagern und unsachgemäße Anwenden von Mineraldüngern,
- p) Gärfuttermieten,
- q) Kleingärten und Gartenbaubetriebe,
- r) das Lagern von Heizöl und Dieselloil,
- s) der Transport radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,
- t) das Durchleiten von Abwasser,
- u) Gräben und oberirdische Gewässer, die mit Abwasser oder wassergefährdenden Stoffen belastet sind,
- v) Dräne und Vorflutgräben,
- w) Fischteiche.

3. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich soll den Schutz der unmittelbaren Umgebung der Fassungsanlage vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Diese Fläche soll in das Eigentum der Begünstigten übergeführt werden und im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlage der öffentlichen Wasserversorgung dient.

Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sind mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers auszustatten. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sind so durchzuführen, daß das Grundwasser nicht beeinträchtigt wird.

Verboten sind:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) Fahr- und Fußgängerverkehr,
- f) das Anwenden chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfung-, Schädlingsbekämpfung- und Wachstumsregelmittel,
- g) die organische Düngung.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Stadt Weilburg und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsgebiet und deren engeren Schutzzone versehen,
- g) an den in dem Fassungsgebiet und in der engeren Schutzzone vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zu widerhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 100 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Wasserrechtsdezernat, Rheinstraße 62, 6100 Darmstadt,
2. dem Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg, untere Wasserbehörde, 6250 Limburg,
3. dem Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg, Katasteramt, 6250 Limburg,
4. dem Kreis Ausschuß des Landkreises Limburg-Weilburg, Bauaufsichtsbehörde, 6250 Limburg,
5. dem Kreis Ausschuß des Landkreises Limburg-Weilburg, Kreisgesundheitsamt, 6250 Limburg,
6. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, Leberberg 9, 6200 Wiesbaden,
7. dem Wasserwirtschaftsamt Dillenburg, Behördenhaus, 6340 Dillenburg,
8. dem Magistrat der Stadt Weilburg, 6290 Weilburg,
9. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, Aarstraße 1, 6200 Wiesbaden.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 23. 10. 1979

Der Regierungspräsident
gez. Dr. Wierscher

StAnz. 47/1979 S. 2216

1302

Genehmigung einer allgemeinen Ausnahme von § 26 Abs. 3 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft)

Auf Grund des § 43 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) vom 21. Juni 1975 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Verordnung vom 19. April 1977 (BGBl. I S. 598), genehmige ich hiermit unter nachstehenden Bedingungen und Auflagen für den Bereich der Gemeinde Bischofshausen eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 26 Abs. 3 BOKraft für alle Unternehmer, die im Zeitpunkt dieser Bewilligung im Besitze einer Genehmigung für den Taxiverkehr sind.

Die Ausnahmegenehmigung erfolgt auf jederzeitigen Widerruf.

Eigenwerbung der Unternehmer zugunsten des eigenen Unternehmens oder der Organisation des Gewerbes sowie politische Werbung sind unzulässig.

Die Werbung darf nur an den Seitenflächen der Fahrzeuge durch Beschriftung, Aufdruck, Klebe- oder Magnetfolien angebracht werden. Sonstige Vorschriften der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der BOKraft, insbesondere die §§ 30 Abs. 1 Nr. 2 und 32 Abs. 3 StVZO, bleiben unberührt.

Sonstige, die Werbung einschränkende und ausschließende Vorschriften, insbesondere § 35 Straßenverkehrs-Ordnung, bleiben unberührt.

Das Recht des Fahrgastes auf die freie Wahl des Taxis muß gewahrt bleiben.

Darmstadt, 29. 3. 1979

Der Regierungspräsident

IV 2 — 66 1 28/07 — 31/78

StAnz. 47/1979 S. 2218

1303

Genehmigung einer allgemeinen Ausnahme von § 26 Abs. 3 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft)

Auf Grund des § 43 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) vom 21. Juni 1975 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Verordnung vom 19. April 1977 (BGBl. I S. 598), genehmige ich hiermit unter nachstehenden Bedingungen und Auflagen für den Bereich der Gemeinde Biblis eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 26 Abs. 3 BOKraft für alle Unternehmer, die im Zeitpunkt dieser Bewilligung im Besitze einer Genehmigung für den Taxiverkehr sind.

Die Ausnahmegenehmigung erfolgt auf jederzeitigen Widerruf.

Eigenwerbung der Unternehmer zugunsten des eigenen Unternehmens oder der Organisation des Gewerbes sowie politische Werbung sind unzulässig.

Die Werbung darf nur an den Seitenflächen der Fahrzeuge durch Beschriftung, Aufdruck, Klebe- oder Magnetfolien angebracht werden. Sonstige Vorschriften der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der BOKraft, insbesondere die §§ 30 Abs. 1 Nr. 2 und 32 Abs. 3 StVZO, bleiben unberührt.

Sonstige, die Werbung einschränkende und ausschließende Vorschriften, insbesondere § 33 Straßenverkehrs-Ordnung, bleiben unberührt.

Das Recht des Fahrgastes auf die freie Wahl des Taxis muß gewahrt bleiben.

Darmstadt, 6. 6. 1979

Der Regierungspräsident

IV 2 — 66 1 28/07 — 10/79

StAnz. 47/1979 S. 2218

1304**Genehmigung einer allgemeinen Ausnahme von § 26 Abs. 3 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft)**

Auf Grund des § 43 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) vom 21. Juni 1975 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Verordnung vom 19. April 1977 (BGBl. I S. 598), genehmige ich hiermit unter nachstehenden Bedingungen und Auflagen für den Bereich der Gemeinde Obertshausen eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 26 Abs. 3 BOKraft für alle Unternehmer, die im Zeitpunkt dieser Bewilligung im Besitze einer Genehmigung für den Taxenverkehr sind.

Die Ausnahmegenehmigung erfolgt auf jederzeitigen Widerruf.

Eigenwerbung der Unternehmer zugunsten des eigenen Unternehmens oder der Organisation des Gewerbes sowie politische Werbung sind unzulässig.

Die Werbung darf nur an den Seitenflächen der Fahrzeuge durch Beschriftung, Aufdruck, Klebe- oder Magnetfolien angebracht werden. Sonstige Vorschriften der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der BOKraft, insbesondere die §§ 30 Abs. 1 Nr. 2 und 32 Abs. 3 StVZO, bleiben unberührt.

Sonstige, die Werbung einschränkende und ausschließende Vorschriften, insbesondere § 33 Straßenverkehrs-Ordnung, bleiben unberührt.

Das Recht des Fahrgastes auf die freie Wahl des Taxis muß gewahrt bleiben.

Darmstadt, 29. 3. 1979

Der Regierungspräsident

IV 2 — 66 1 28/07 — 5/79

St.Anz. 47/1979 S. 2219

1305**Genehmigung einer allgemeinen Ausnahme von § 26 Abs. 3 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft)**

Auf Grund des § 43 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) vom 21. Juni 1975 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Verordnung vom 19. April 1977 (BGBl. I S. 598), genehmige ich hiermit unter nachstehenden Bedingungen und Auflagen für den Bereich der Stadt Rüsselsheim eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 26 Abs. 3 BOKraft für alle Unternehmer, die im Zeitpunkt dieser Bewilligung im Besitze einer Genehmigung für den Taxenverkehr sind.

Die Ausnahmegenehmigung erfolgt auf jederzeitigen Widerruf.

Eigenwerbung der Unternehmer zugunsten des eigenen Unternehmens oder der Organisation des Gewerbes sowie politische Werbung sind unzulässig.

Die Werbung darf nur an den Seitenflächen der Fahrzeuge durch Beschriftung, Aufdruck, Klebe- oder Magnetfolien angebracht werden. Sonstige Vorschriften der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der BOKraft, insbesondere die §§ 30 Abs. 1 Nr. 2 und 32 Abs. 3 StVZO, bleiben unberührt.

Sonstige, die Werbung einschränkende und ausschließende Vorschriften, insbesondere § 33 Straßenverkehrs-Ordnung, bleiben unberührt.

Das Recht des Fahrgastes auf die freie Wahl des Taxis muß gewahrt bleiben.

Darmstadt, 29. 3. 1979

Der Regierungspräsident

IV 2 — 66 1 28/07 — 6/79

St.Anz. 47/1979 S. 2219

1306**Genehmigung einer allgemeinen Ausnahme von § 26 Abs. 3 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft)**

Auf Grund des § 43 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) vom 21. Juni 1975 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Verordnung vom 19. April 1977 (BGBl. I S. 598), genehmige ich hiermit unter nachstehenden Bedingungen und Auflagen

für den Bereich der Stadt Niddatal eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 26 Abs. 3 BOKraft für alle Unternehmer, die im Zeitpunkt dieser Bewilligung im Besitze einer Genehmigung für den Taxenverkehr sind.

Die Ausnahmegenehmigung erfolgt auf jederzeitigen Widerruf.

Eigenwerbung der Unternehmer zugunsten des eigenen Unternehmens oder der Organisation des Gewerbes sowie politische Werbung sind unzulässig.

Die Werbung darf nur an den Seitenflächen der Fahrzeuge durch Beschriftung, Aufdruck, Klebe- oder Magnetfolien angebracht werden. Sonstige Vorschriften der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der BOKraft, insbesondere die §§ 30 Abs. 1 Nr. 2 und 32 Abs. 3 StVZO, bleiben unberührt.

Sonstige, die Werbung einschränkende und ausschließende Vorschriften, insbesondere § 33 Straßenverkehrs-Ordnung, bleiben unberührt.

Das Recht des Fahrgastes auf die freie Wahl des Taxis muß gewahrt bleiben.

Darmstadt, 10. 5. 1979

Der Regierungspräsident

IV 2 — 66 1 28/07 — 14/79

St.Anz. 47/1979 S. 2219

1307**Genehmigung einer allgemeinen Ausnahme von § 26 Abs. 3 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft)**

Auf Grund des § 43 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) vom 21. Juni 1975 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Verordnung vom 19. April 1977 (BGBl. I S. 598), genehmige ich hiermit unter nachstehenden Bedingungen und Auflagen für den Bereich der Stadt Groß-Umstadt eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 26 Abs. 3 BOKraft für alle Unternehmer, die im Zeitpunkt dieser Bewilligung im Besitze einer Genehmigung für den Taxenverkehr sind.

Die Ausnahmegenehmigung erfolgt auf jederzeitigen Widerruf.

Eigenwerbung der Unternehmer zugunsten des eigenen Unternehmens oder der Organisation des Gewerbes sowie politische Werbung sind unzulässig.

Die Werbung darf nur an den Seitenflächen der Fahrzeuge durch Beschriftung, Aufdruck, Klebe- oder Magnetfolien angebracht werden. Sonstige Vorschriften der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der BOKraft, insbesondere die §§ 30 Abs. 1 Nr. 2 und 32 Abs. 3 StVZO, bleiben unberührt.

Sonstige, die Werbung einschränkende und ausschließende Vorschriften, insbesondere § 33 Straßenverkehrs-Ordnung, bleiben unberührt.

Das Recht des Fahrgastes auf die freie Wahl des Taxis muß gewahrt bleiben.

Darmstadt, 4. 9. 1979

Der Regierungspräsident

IV 2 — 66 1 28/07 — 15/79

St.Anz. 47/1979 S. 2219

1308**Genehmigung einer allgemeinen Ausnahme von § 26 Abs. 3 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft)**

1. Auf Grund des § 43 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) vom 21. Juni 1979 (BGBl. I S. 1573) und gemäß Erlass des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik vom 27. September 1978 — III a 2 — 66 1 28.35 — erteile ich für die zur Zeit bei dem Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden genehmigten Kraftdroschken die Ausnahmegenehmigung von dem Verbot der Außenwerbung an Taxis gemäß den nachfolgenden Bedingungen und Auflagen.

2. Die Ausnahmegenehmigung ist bis zum 31. Dezember 1980 befristet.

3. Eigene Werbung der Unternehmer zugunsten des eigenen Unternehmens oder der Organisation des Gewerbes sowie politische Werbung sind unzulässig.

4. Die Werbung darf nur an den Seitenflächen der Fahrzeuge durch Beschriftung, Aufdruck, Klebe- oder Magnetfolien angebracht werden.

5. Sonstige Vorschriften der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) und der BOKraft, insbesondere die §§ 30 Abs. 1 Nr. 2 und 32 Abs. 3 StVZO, bleiben unberührt.
6. Sonstige, die Werbung einschränkende oder ausschließende Vorschriften, insbesondere § 33 Straßenverkehrs-Ordnung, bleiben unberührt.
7. Das Recht des Fahrgastes auf die freie Wahl des Taxis muß gewahrt bleiben.
8. Die örtlichen Unternehmervereinigungen haben durch Einrichtung einer zentralen Vermittlungsstelle sicherzustellen, daß für jedes Taxiunternehmen zu gleichen Konditionen die Möglichkeit zur Vermietung von Werbeflächen gegeben ist. Die Vermittlungsstelle muß auch den Unternehmen offenstehen, die den Taxiorganisationen nicht angeschlossen sind.

Darmstadt, 28. 9. 1979 **Der Regierungspräsident**
IV 2 — 66 1 28/07 — 19/79
StAnz. 47/1979 S. 2219

1309

Genehmigung einer allgemeinen Ausnahme von § 26 Abs. 3 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft)

Auf Grund des § 43 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) vom 21. Juni 1975 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Verordnung vom 19. April 1977 (BGBl. I S. 598), genehmige ich hiermit unter nachstehenden Bedingungen und Auflagen für den Bereich der Stadt Butzbach eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 26 Abs. 3 BOKraft für alle Unternehmer, die im Zeitpunkt dieser Bewilligung im Besitze einer Genehmigung für den Taxenverkehr sind.

Die Ausnahmegenehmigung erfolgt auf jederzeitigen Widerruf.

Eigenwerbung der Unternehmer zugunsten des eigenen Unternehmens oder der Organisation des Gewerbes sowie politische Werbung sind unzulässig.

Die Werbung darf nur an den Seitenflächen der Fahrzeuge durch Beschriftung, Aufdruck, Klebe- oder Magnetfolien angebracht werden. Sonstige Vorschriften der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der BOKraft, insbesondere die §§ 30 Abs. 1 Nr. 2 und 32 Abs. 3 StVZO, bleiben unberührt.

Sonstige, die Werbung einschränkende und ausschließende Vorschriften, insbesondere § 35 Straßenverkehrs-Ordnung, bleiben unberührt.

Das Recht des Fahrgastes auf die freie Wahl des Taxis muß gewahrt bleiben.

Darmstadt, 7. 9. 1979 **Der Regierungspräsident**
IV 2 — 66 1 28/07 — 17/79
StAnz. 47/1979 S. 2220

1310 KASSEL

Verordnung über die Feststellung des Überschwemmungsgebietes der Fulda in dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Auf Grund der §§ 70 und 105 Abs. 2 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. S. 69 ff) in Verbindung mit den Verwaltungsvorschriften über die Feststellung von Überschwemmungsgebieten usw. vom 18. Februar 1970 (StAnz. S. 589 ff) wird das Überschwemmungsgebiet der Fulda in dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg neu festgestellt.

§ 1

Das Überschwemmungsgebiet erstreckt sich auf die nachstehend aufgeführten Grundstücke:

Gemeinde Niederaula

Gemarkung Solms

Flur 1 Flurstücke: 1/2, 2/1 teilw., 59—63, 67, 68/2, 89, 90, 92, 94, 95, 117/0.1, 118/1

Gemarkung Solms

Flur 5 Flurstücke: 10—20, 22—30, 32, 33—38, 39/1, 40, 41/1, 79, 80/1, 81/1, 82/1, 83/1, 84—88

Gemarkung Solms

Flur 6 Flurstücke: 25/2, 48/18, 49/0.18, 50/0.18, 52/0.18, 55/0.26

Gemeinde Niederaula

Gemarkung Niederjossa

Flur 8 Flurstücke: 30, 31, 32, 46, 48, 50, 51—79, 80 teilw., 81—89

Gemarkung Niederjossa

Flur 9 Flurstücke 4—7, 8/1, 8/2, 9—18, 19 teilw., 20, 21, 23—32, 36—40, 41 teilw., 42, 43, 44, 76 teilw.

Gemeinde Niederaula

Gemarkung Mengshausen

Flur 7 Flurstücke: 95—104, 109, 110, 111, 142—146, 162, 167/106, 168/107, 169/108, 183/105

Gemarkung Mengshausen

Flur 6 Flurstücke: 26/1, 26/2, 27—31, 32/1, 32/2, 33—37, 39—60, 61/1—61/9, 76/1—76/7, 101—103, 104 teilw., 105—110, 113/1, 116, 117/1, 117/2, 118, 120—124, 125/1

Gemarkung Niederjossa

Flur 8 Flurstücke 1—10, 11/1, 11/2, 12—27, 28/1, 28/2, 33—45, 47

Gemeinde Niederaula

Gemarkung Niederaula

Flur 12 Flurstücke: 13/5 teilw., 13/6, 29, 30/1, 32—44, 45/1, 45/2, 46, 47, 54, 55, 58, 59, 60/3 teilw., 61, 62/2 teilw., 66 teilw., 67, 69, 70, 72/1, 73, 74, 90, 129/48, 130/49, 131/50, 132/51, 133/52, 134/53, 135/56, 136/57, 137/0.49, 138/0.50, 139/0.50, 140/0.50, 140/0.51, 142/0.52, 143/0.53, 144/0.54, 145/0.55, 146/0.56, 147/64 teilw., 148/0.64, 149/0.52, 150/0.70, 151/0.53, 152/0.80

Gemarkung Niederaula

Flur 11 Flurstücke: 9, 11, 12, 14—22, 30, 32—55, 69 teilw., 72—77, 80—83, 88, 92/10, 93/10—101/10, 102/13, 103/13, 130/86 teilw.

Gemarkung Niederaula

Flur 7 Flurstücke: 14—18, 20, 23—25, 40—42, 45, 46, 48, 66—79, 82 teilw., 83, 84 teilw., 85 teilw., 97—99, 103, 108, 111, 113/19, 114/19, 115/65, 116/65, 117/65, 120/64, 121/102, 140/47, 141/47

Gemarkung Niederaula

Flur 10 Flurstücke 64/2, 65, 66, 95—109, 111/1, 112, 114/1, 115—128, 129 teilw., 130, 131, 135, 142, 143/1, 145—160, 176—183, 187—190, 191 teilw., 206, 207, 208, 211, 214/1, 215, 237/62, 238/63, 240/67, 242/192, 251/136, 252/136, 253/210, 254/210, 268/141

Gemarkung Niederaula

Flur 11 Flurstücke: 23—26, 29—31, 78, 135/27, 136/28

Gemeinde Niederaula

Gemarkung Mengshausen

Flur 1 Flurstücke: 1—10, 42/1 teilw., 45—78, 79 teilw., 100 teilw., 101—104, 105 teilw., 106—108, 115, 116, 119, 120, 125, 126, 131 teilw., 134, 148, 149, 151 teilw.

Gemarkung Mengshausen

Flur 7 Flurstücke: 76, 77, 156

Gemarkung Mengshausen

Flur 10 Flurstücke: 1—35, 39 teilw., 42, 43, 59—65, 67, 69—75, 138—142, 143 teilw., 146, 150 teilw., 151, 152 teilw., 172, 173, 174 teilw., 184/68, 185/68, 186/68, 187/68, 188/66, 189/66

Gemeinde Niederaula

Gemarkung Niederaula

Flur 6 Flurstücke: 36, 40/13, 46—66, 68—76, 78—83, 85/1, 86, 87, 115, 117—123, 131—133, 135 teilw., 136, 137, 142/45, 145/77, 146/77, 149/85, 150/84, 151/84

Gemarkung Niederaula

Flur 7 Flurstücke: 37, 39, 48, 49, 51—53, 100, 101, 109 teilw., 110, 118/50, 119/50, 121/1

Gemeinde Niederaula

Gemarkung Mengshausen

Flur 1 Flurstücke: 11—22, 24—30, 34—40, 43, 44, 117, 118, 121—124, 127 teilw., 137, 138, 140, 141, 153/33, 154/23, 155/23, 156/33, 157/33, 158/31, 159/31, 160/31

Gemeinde Niederaula

Gemarkung Kerspenhausen

Flur 7 Flurstücke: 1—24, 25/1, 27, 28, 51, 54 teilw., 100—103, 129, 130, 132, 133 teilw., 134 teilw., 138/55 teilw.

Gemarkung Kerspenhausen

Flur 8 Flurstücke: 18—36, 37/1, 39—42, 43/11, 80—82, 83 teilw., 100—103, 105, 107, 108

Stadt Bad Hersfeld

Gemarkung Beiershausen

Flur 5 Flurstücke: 43/3 teilw., 44/2, 45, 46, 51/1, 52/2, 53—56, 76, 77 teilw., 88—93

Gemeinde Niederaula

Gemarkung Kerspenhausen

Flur 1 Flurstücke: 1—3, 4/1, 5, 6/1, 6/2, 7—19, 20/1, 22—44, 91, 97/1, 97/2, 97/3, 110, 111 teilw., 112, 113, 114 teilw., 125 teilw., 129, 131, 135, 136, 137, 140 teilw., 141 teilw., 149/99, 151/97, 152/98

Gemarkung Kerspenhausen

Flur 8 Flurstücke: 2, 3, 4/1, 6—13, 15, 17, 78, 79, 85, 96—99, 109/1, 110/1, 116/16, 117/16

Gemarkung Kerspenhausen

Flur 9 Flurstücke: 47/1 teilw., 133/82

Gemeinde Niederaula

Gemarkung Roßbach

Flur 1 Flurstücke: 66—68, 69 teilw., 70 teilw., 75, 102 teilw., 105 teilw., 122 teilw., 123

Stadt Bad Hersfeld

Gemarkung Beiershausen

Flur 4 Flurstücke: 36, 39—41, 45—48, 49 teilw., 52, 54 teilw., 55 teilw., 56 teilw., 57—60, 72 teilw., 73 teilw., 74 teilw., 75, 82 teilw., 83, 84, 85 teilw.

Gemarkung Beiershausen

Flur 5 Flurstücke: 30/1 teilw., 32/1 teilw., 36—38, 74, 75, 84, 85

Stadt Bad Hersfeld

Gemarkung Asbach

Flur 9 Flurstücke: 38—51, 53—59, 61/1, 61/2, 62—66, 67 teilw., 68—70, 113 teilw., 114, 115 teilw., 116 teilw., 139, 141, 142, 112

Gemarkung Asbach

Flur 10 Flurstücke: 22—24, 25/1, 29—41, 45, 46, 103, 104, 122—126, 142/44, 143/0.44, 144/0.50, 145/50, 146/50, 147/47, 148/49, 149/49, 150/48, 151/48, 152/52 teilw., 154/105 teilw., 155/128

Stadt Bad Hersfeld

Gemarkung Kohlhausen

Flur 4 Flurstücke: 34, 35, 54, 58/36, 62/0.36, 64/33, 65/33

Stadt Bad Hersfeld

Gemarkung Asbach

Flur 9 Flurstücke: 1—19, 21—37, 52, 105—108, 109 teilw., 110, 111, 129/4 teilw., 130—137, 146/20, 147/20, 148/20

Stadt Bad Hersfeld

Gemarkung Kohlhausen

Flur 1 Flurstücke: 1—3, 6/1, 7, 9—13, 15—17, 19—30, 32, 34, 35, 38—41, 42/1, 43/1, 43/2, 44/1, 45/2, 51, 52, 53/1, 53/2, 53/3, 55, 56, 57 teilw., 58/1, 58/2, 58/3, 59 teilw., 61—65, 67/14, 68/14, 69/14, 70/31, 71/31, 74/36, 75/37, 77/0.43, 84/0.58, 85/60 teilw., 86/0.58, 87/18, 88/18, 89/18

Gemarkung Kohlhausen

Flur 2 Flurstücke: 1, 4/1 teilw., 72 teilw., 74, 75, 77, 78, 79 teilw., 118/76

Gemarkung Kohlhausen

Flur 4 Flurstücke: 1, 4/1, 5—7, 9, 11/2, 11/3, 13/2, 16/1, 16/2, 16/3 teilw., 24/2 teilw., 25, 26 teilw., 29/1 teilw., 30 teilw., 31 teilw., 32, 42 teilw., 43, 48/1, 48/2, 50/1 teilw., 51/3 teilw., 53, 52 teilw., 56/1, 56/2

Stadt Bad Hersfeld

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 18 Flurstücke: 11/1, 153/97 teilw., 156/12, 159/0.15, 172/97, 179/98, 185/98, 189/98, 191/97 teilw., 227/16, 228/16 teilw.

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 17 Flurstücke: 68/1, 72/1, 72/2, 72/3, 73/1, 76/1, 76/2, 76/3, 77/1, 78/1, 79/1, 79/2, 79/3, 94/1—94/5, 95/1, 95/2, 96—99, 100/1, 100/3, 100/5, 101/1, 101/2, 106—108, 109/1, 111/3, 112—118, 135/1, 136/2, 139/1, 139/3, 139/5, 139/6 teilw., 141, 142, 150/1, 156/48, 159/1—159/9, 160/1—160/12, 161/1—161/9

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 18 Flurstücke: 9/1 teilw., 46/3, 46/6, 46/7 teilw., 218/0.70, 219/0.70, 220/0.70, 221/0.70, 222/0.70

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 48 Flurstücke: 1, 4/2 teilw.

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 51 Flurstück: 1 teilw.

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 15 Flurstücke: 45/68 teilw., 45/75 teilw., 49/6, 49/8, 130/1 teilw., 150/9 teilw., 226, 235 teilw., 236/1, 236/2, 236/3, 237—241

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 16 Flurstücke: 29, 30, 32, 33/1—33/8, 34—36, 46, 47/1, 47/2, 47/3, 61, 62 teilw., 66/5, 67, 76 teilw., 77/1 teilw., 81, 91/31, 92/31

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 17 Flurstücke: 15, 37/1, 38, 65—67, 132/1, 132/2, 150/2 teilw., 152, 154/2

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 48 Flurstücke: 3, 4/1, 4/2 teilw., 6/1, 7/1, 8, 9/1, 9/2, 9/3, 13/1, 14/1, 14/2, 14/3, 15/1, 48/1

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 8 Flurstücke: 5—17, 18/1, 19—33, 34/3, 38/1, 38/3, 39

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 10 Flurstücke 1/1, 2—5, 6/1, 7, 8/1, 11/3, 11/4, 11/5, 12/6—12/13, 13/1—13/10, 14/1, 24 teilw., 25/1 teilw., 25/2 teilw., 62/2, 62/3, 63/1, 64—66, 67/1, 67/2, 68—72, 76, 77/2, 77/3, 78/1, 79/2, 83/1, 83/2, 83/4—83/17, 95, 99/9, 99/10, 100, 101/1, 108/3, 108/4, 108/5, 111/14

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 65 Flurstücke: 81—87, 89, 91—93, 95, 96

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 7 Flurstücke: 4/1, 4/2, 13 teilw., 14—24, 26, 28, 30, 31, 33—36

Gemarkung Bad Hersfeld

Flur 8 Flurstücke: 1, 2 teilw.

Stadt Bad Hersfeld

Gemarkung Sorga

Flur 19 Flurstücke: 44/1 teilw., 74/43, 105/44

Gemeinde Ludwigsau

Gemarkung Friedlos

Flur 2 Flurstück: 67

Gemarkung Friedlos

Flur 8 Flurstücke: 1/2—1/8, 2/1—2/5, 3—7, 8/1, 9/1, 10—15, 17/1—17/7, 18, 19, 26—43, 112/4, 114—120, 121/1, 121/2, 121/3, 122—125, 126/1—126/8, 127—129, 133/2, 133/3, 133/4, 134—138, 162, 163, 165/1, 165/2, 166/1, 167—171, 172/2, 172/3, 172/4, 173/2, 173/3, 174—187, 193—199, 201—205, 209—211, 212/1, 213, 214, 215/2 teilw., 215/3, 217 teilw., 218/188, 226/44, 227/44, 228/0.163, 229/130, 231/45, 232/45, 233/130, 234/130

Gemeinde Ludwigsau

Gemarkung Friedlos

Flur 4 Flurstücke: 1—17, 18/1, 18/2, 19/1, 19/2, 20—67, 69—91, 92/1, 92/2, 92/3, 93—97, 98/1—101/1, 102—107, 108/1, 109/1, 109/2, 109/3, 110/1—114/1, 117/1, 118—127, 135/1, 136/1, 136/2, 138—152, 153/1, 153/2, 154—159, 164/1—164/9, 165/1—165/10, 166/1—166/4, 167, 168, 171—185, 188/1, 188/2, 189/1, 189/2, 191/68, 192/68, 197/137

Gemarkung Friedlos

Flur 5 Flurstücke: 1—11, 13—16, 19, 20/1, 20/3, 21, 22, 24—30, 31/1, 31/2, 32—35, 36/3, 36/4, 37, 39—49, 51—67, 72—81, 83—99, 100/38—103/38, 104/12, 105/12, 106/50, 107/50

Gemarkung Friedlos

Flur 8 Flurstücke: 20—25, 46, 47, 48/1, 48/2, 49, 50, 189—192, 200, 219/188, 225/024

Gemarkung Friedlos

Flur 13 Flurstücke: 66—70, 133 teilw., 134 teilw.

Gemeinde Ludwigsau

Gemarkung Meckbach

Flur 28 Flurstücke: 18/1, 18/4, 20/1 teilw.

Gemeinde Ludwigsau

Gemarkung Mecklar

Flur 11 Flurstücke: 25—27, 28/1, 30, 31—36, 61—63, 65, 99/93, 100/93, 103/32, 104/32, 105/64, 106/64, 107/64, 114/74

Gemarkung Mecklar

Flur 2 Flurstücke: 22/1 teilw., 29/1, 29/2, 29/11 teilw., 35, 36/1, 38, 39, 41—51, 58/1 teilw., 77—82, 84—86, 88—91, 93—99, 101/1—101/3, 134/1 teilw., 135, 136, 137/2 teilw., 143—145, 147, 148, 156—159, 160/1, 163, 164, 165/1, 171/160,

172/160, 173/160, 174/162, 175/162, 176/162, 211/87,
212/146, 213/161, 214/92, 215/92, 216/92, 219/155, 220/155,
270/83, 271/83

Gemarkung Mecklar

Flur 5 Flurstücke: 5, 7, 80—82, 84/1, 119, 124/106, 152/87, 162/4

Gemarkung Mecklar

Flur 6 Flurstücke: 1, 62/2, 63, 64, 72/1, 173, 174/172, 175/172,
176/172, 267/2

Gemarkung Mecklar

Flur 11 Flurstücke: 37—54, 56—60, 66—73, 75, 80, 86—88, 91,
92, 94, 97, 98, 101/95, 102/95, 112/74, 113/74, 115/55,
116/55

Gemarkung Mecklar

Flur 5 Flurstücke: 8/1, 9/1, 20—41, 46—59, 67, 69—79, 88/1,
93—98, 99 teilw., 100—103, 107, 109—113, 115 teilw.,
116, 118, 125/45, 126/45, 132/10, 133/10, 154/6, 156/89,
167/105

Gemeinde Ludwigsau

Gemarkung Meckbach

Flur 1 Flurstücke: 1, 3/2, 3/3 teilw., 4, 5, 6/1, 6/2, 8, 9—13, 14/1,
23, 25, 26—32, 36, 37 teilw., 39 teilw., 40 teilw., 41,
42, 43 teilw., 45, 46, 47, 48/7, 49/7, 50/7, 52/33, 53/24,
54/24

Gemarkung Meckbach

Flur 5 Flurstücke: 1—4, 7, 8/1, 10—12, 13/1, 15, 16/1, 19, 21—
25, 27/1, 28—42, 54 teilw., 65 teilw., 66, 67, 68 teilw.,
69, 73, 74, 75 teilw., 76, 87/20, 88/20, 89/18—92/18, 93/17,
100/16, 103/6, 104/8

Gemarkung Meckbach

Flur 6 Flurstücke: 31, 52, 59/33, 60/33, 66/32, 67/32

Stadt Bebra

Gemarkung Blankenheim

Flur 6 Flurstücke: 28, 30/1, 33, 34/1, 38, 40/1, 41/2, 43, 48/1,
50/1, 51/4—51/7, 52/1, 53/1, 53/2, 56/7, 56/8, 61/1, 61/2,
62, 63/4—63/8, 64, 71/54, 72/52, 73/37, 74/37, 75/55, 76/56,
78/68

Gemarkung Blankenheim

Flur 7 Flurstücke: 1/2, 2—5, 8/1, 10/1, 13/1, 17/1, 22, 23, 24/2,
26/18, 32/15

Gemarkung Blankenheim

Flur 8 Flurstücke: 5/3, 8/3, 8/4, 9 teilw., 13—18, 27, 30/1 teilw.,
31/1

Gemeinde Ludwigsau

Gemarkung Meckbach

Flur 6 Flurstücke: 35, 36, 53, 61/34

Stadt Bebra

Gemarkung Blankenheim

Flur 3 Flurstücke: 2, 4/1, 13/1, 14, 19, 24/1, 25/1, 31/1, 34/2
teilw., 37/2 teilw., 38/1 teilw., 40, 43, 44, 47, 48, 49/1,
50/10 teilw., 51, 56, 58, 59/1, 60/1 teilw., 63/1 teilw.,
64 teilw., 65, 85/66

Gemarkung Blankenheim

Flur 4 Flurstücke: 1/1—1/12, 2/3, 2/5—2/24, 5/1, 5/3, 7/1, 8/1,
11/1, 12/2, 17/2, 18/1, 23/1, 24, 25, 29/1, 32/1, 34/1, 34/2,
37/1, 38, 40, 41, 42, 50/3—50/13, 50/17, 50/18, 55/1, 56,
58/1, 59/2, 65/1—76/1, 88/1, 126/1, 2/4

Stadt Bebra

Gemarkung Breitenbach

Flur 2 Flurstücke: 57/1 teilw., 62, 63, 80/1, 82/1, 84/1, 85/3,
85/7, 87, 88, 90 teilw., 92/1, 93/1, 96/1 teilw., 99/1, 100/1,
103/1, 105/1, 136/2 teilw., 137/1 teilw., 141/1 teilw., 149,
150, 155 teilw., 157 teilw., 159/1, 160 teilw., 161, 166
teilw., 168, 169, 240/65, 241/65, 243/80, 246/81, 250/82,
251/82, 254/82, 258/83, 262/83, 266/84, 270/85, 274/158,
343/167 teilw.

Stadt Bebra

Gemarkung Blankenheim

Flur 5 Flurstücke: 2/1, 3, 5/1, 8/1, 11/1, 18/1, 21/1, 24/1, 24/2,
24/3, 25, 26/1, 33/1, 34/2, 44/1, 45, 46, 47/1, 48/4, 48/5,
48/6, 48/7, 48/8, 50/1, 51/1 teilw., 57/11, 57/12, 62/1, 62/2,
65/1, 65/2, 65/3, 66/2—66/10, 68, 69, 79/58, 86/59, 109/61,
203/67 teilw.

Gemarkung Blankenheim

Flur 6 Flurstücke: 5/3, 5/5, 10/1, 12/1, 8, 13/1, 15, 17/1, 18,
22/1 teilw., 27, 29, 56/6, 58, 63/1, 63/2, 63/3, 65 teilw., 67,
68/3, 70/13

Gemarkung Blankenheim

Flur 8 Flurstücke: 1, 2, 3/1, 19, 21, 22, 23, 24/1, 24/2, 25 teilw.,
26, 37/20, 38/20

Stadt Bebra

Gemarkung Weiterode

Flur 18 Flurstücke: 147/10, 147/12

Stadt Bebra

Gemarkung Breitenbach

Flur 1 Flurstücke: 66, 67, 68/1, 68/2, 68/3, 189, 277/188, 281/184,
282/188, 285/188, 286/184, 287/184, 288/184, 294/188,
373/188

Gemarkung Breitenbach

Flur 2 Flurstücke: 10, 15/1, 15/2, 16—23, 28, 30/1, 32, 34,
37—43, 44/3, 44/4, 49/1 teilw., 64, 66/1, 67/1, 71/1, 72/1,
74—76, 77/1, 79, 85/5, 144—148, 151/4 teilw., 152, 153
teilw., 170 teilw., 171/1, 178/24, 190/27—193/27, 202/24,
171/3, 203/24, 204/24, 216/33, 217/33, 299/72, 311/35, 312/
35, 313/36, 314/36, 315/36

Gemarkung Breitenbach

Flur 5 Flurstücke: 1/9, 4/3, 4/6 teilw., 5/2, 5/3, 5/7, 22/5 teilw.,
107/36, 107/57, 218/1

Stadt Bebra

Gemarkung Bebra

Flur 20 Flurstücke: 1, 3, 5, 6, 7, 9, 10, 58—61, 64—66, 94, 93,
92 teilw.

Gemarkung Bebra

Flur 21 Flurstücke: 71—73, 80—91

Stadt Bebra

Gemarkung Weiterode

Flur 18 Flurstücke: 1/3, 143/4, 145/9, 147/6, 147/7, 147/9, 167/2,
625/1, 772/171 teilw.

Stadt Bebra

Gemarkung Breitenbach

Flur 1 Flurstücke: 281/184, 283/188, 284/188, 289/188, 290/188

Gemarkung Breitenbach

Flur 6 Flurstücke: 1/1, 7/2, 66, 67, 83/59, 86/65

Stadt Bebra

Gemarkung Bebra

Flur 21 Flurstücke: 1—38, 39 teilw., 40 teilw., 41—47, 48 teilw.,
49 teilw., 60—70, 74—79, 182—186

Gemarkung Bebra

Flur 22 Flurstücke: 1—4, 5 teilw., 6—14, 15 teilw., 16 teilw.,
17—20, 68—74, 75 teilw., 76—104

Stadt Rotenburg

Gemarkung Lisperhausen

Flur 9 Flurstücke: 16/5, 16/6, 16/10, 16/12, 245/16, 240/16,
248/16, 250/16, 253/16, 254/16, 503/16, 504/16, 535/16,
550/16, 551/16

Gemarkung Lisperhausen

Flur 11 Flurstücke: 44, 45, 46, 48, 49, 50, 51/1, 51/2, 51/3, 51/5—
51/9, 52/2, 53/1, 54/5—54/10, 232/54, 257/54, 267/47,
268/47, 298/98 teilw.

Stadt Rotenburg

Gemarkung Rotenburg

Flur 17 Flurstücke: 13—16, 30, 34, 35/1, 36, 37

Stadt Rotenburg

Gemarkung Lisperhausen

Flur 7 Flurstücke: 68/1—68/5, 69, 70, 88, 89, 108, 196/77, 197/78,
200/85, 201/86, 202/87, 205/114, 206/115 teilw., 207/118,
271/68, 273/68, 274/68, 297/10 teilw., 298/107 teilw.

Gemarkung Lisperhausen

Flur 11 Flurstücke: 29/1, 33/1, 33/2, 40—43, 56/1, 61, 62/1, 72,
73/1 73/2, 74, 75/1, 75/2, 75/3, 78, 79/1, 82/1, 83—86,
93—95, 115/99, 116/108, 118/58, 119/59—122/59, 125/70,
126/71, 127/66, 128/70, 129/71, 130/66, 131/70, 132/71,
133/69, 134/70, 135/71, 136/69, 137/70, 138/71, 139/69,
140/70, 141/71, 142/97, 143/66, 144/39—146/39, 148/39,
150/81, 152/81, 153/82, 154/81, 155/82, 156/81, 157/82,
178/60—181/60, 182/72, 184/76, 194/32, 195/32, 196/33,
197/33, 198/33, 207/87, 210/88 teilw., 220/92, 225/37,
226/38, 227/38, 237/75, 247/39, 248/39, 258/54, 259/54,
260/54, 338/73, 343/88, 347/88, 350/33, 351/33, 352/37,
353/37, 368/75, 369/75, 385/75, 386/96, 393/101 teilw.,
398/33 teilw., 406/33 teilw.

Stadt Rotenburg**Gemarkung Rotenburg**

Flur 12 Flurstücke: 7/1, 8—11

Gemarkung Rotenburg

Flur 13 Flurstücke: 4—16, 17/1, 17/2, 18, 19/1, 19/2, 23—30, 31/1, 33/2, 38, 39/1, 39/2, 40/1, 41/1, 42, 43/1, 44, 45/1, 46/1, 47/1, 49/1, 51—54, 58, 59, 65—72, 75, 81/55, 82/57, 83/56, 84/55, 85/57, 86/56, 87/55, 88/57

Gemarkung Rotenburg

Flur 14 Flurstücke: 22, 23, 160 teilw., 182 teilw.

Gemarkung Rotenburg

Flur 15 Flurstücke: 1—7 teilw., 14 teilw., 15 teilw., 32—39, 40 teilw., 54 teilw., 55—65, 66/1, 67/1, 68—70, 74—76, 71—73, 77, 78, 81, 82, 83, 84 teilw., 85, 86 teilw., 88 teilw., 89, 91 teilw., 92 teilw., 94, 95, 98 teilw., 99, 100, 101, 102 teilw., 105, 106/1, 106/2, 107, 108/79, 109/80

Gemarkung Rotenburg

Flur 3 Flurstücke: 167, 168 teilw., 169 teilw.

Gemarkung Rotenburg

Flur 5 Flurstücke: 103, 104

Gemarkung Rotenburg

Flur 6 Flurstücke: 103/9, 103/11, 103/14

Gemarkung Rotenburg

Flur 7 Flurstücke: 67/5, 67/6, 391/16, 396/25—396/29, 408/16 teilw., 408/10, 550/391, 551/391, 578/391, 579/391, 448/408

Gemarkung Rotenburg

Flur 11 Flurstücke: 92, 93, 95/1, 96—101, 102/1, 102/2, 104/1, 104/2, 145, 299/94, 315/146

Gemarkung Rotenburg

Flur 12 Flurstücke: 1—5, 88, 123

Gemarkung Rotenburg

Flur 14 Flurstücke: 2/2, 2/3, 156/1, 157, 158, 180/1

Gemarkung Rotenburg

Flur 25 Flurstücke: 439/3, 582/441

Gemarkung Rotenburg

Flur 28 Flurstücke: 80/2, 81, 82/9, 82/10, 196

Gemarkung Rotenburg

Flur 31 Flurstücke: 37/3, 37/5, 37/7 teilw., 38/1—38/6, 39, 40/1, 40/2, 46/1, 50—54, 59/2 teilw., 59/5 teilw., 60/5 teilw., 60/6 teilw., 63/2 teilw., 63/3 teilw., 65, 70/1 teilw., 71/1 teilw., 72/1, 73/1, 74, 86, 87, 89, 90 teilw.

Gemarkung Rotenburg

Flur 1 Flurstücke: 24—34, 35/1, 35/2, 36, 37, 49, 50, 51

Gemarkung Rotenburg

Flur 3 Flurstücke: 170, 174—179, 181, 182, 202, 203, 204, 250/180, 251/180

Gemarkung Rotenburg

Flur 31 Flurstücke: 12, 13, 15—18, 20, 22, 23, 25—29, 32/1, 32/2, 33, 34, 35/1—35/10, 64/1 teilw., 66, 67 teilw., 78, 79, 80/1, 81, 82, 84, 85 teilw., 91/19—95/19, 96/21, 97/21, 98/94—100/24, 101/14, 102/14

Stadt Rotenburg**Gemarkung Braach**

Flur 2 Flurstücke: 13—17, 35—44, 45/2, 45/3, 45/4, 46—58, 61—64, 73/1, 115/1 teilw., 116—119, 136/3, 166/29

Gemarkung Braach

Flur 4 Flurstücke: 12—18, 22—33, 34 teilw., 35 teilw., 36/2 teilw., 36/4 teilw., 36/6 teilw., 36/8 teilw., 37/2 teilw., 38/2 teilw., 39 teilw., 46 teilw., 47 teilw., 48 teilw., 49 teilw., 50 teilw., 51 teilw., 52—55, 56/1, 56/2, 57/1, 57/2, 58/1, 58/3, 58/4, 66, 68 teilw., 69, 70, 75 teilw., 76, 77, 79 teilw., 80/1—80/3, 80/5, 81, 82, 83/44 teilw., 85/21, 90/21—92/21, 93/43 teilw.

Gemarkung Braach

Flur 5 Flurstücke: 1—3, 5—9, 28/1—28/3, 29, 30, 31/3 teilw., 32—37, 38 teilw., 39/1 teilw., 39/2 teilw., 40/5 teilw., 40/6 teilw., 40/7 teilw., 40/8 teilw., 42/1 teilw., 42/2 teilw., 45/3 teilw., 46/1, 48/1 teilw., 49/1 teilw., 50—54, 56—59, 61—71, 73, 100, 101 teilw., 103 teilw., 106/1 teilw., 72, 107, 109, 111/1 teilw., 112, 113/1 teilw., 121 teilw., 122 teilw., 123—125, 126 teilw., 132/60, 133/60, 166/108 teilw., 175/44

Gemarkung Braach

Flur 1 Flurstücke: 1 teilw., 5 teilw., 6 teilw., 7 teilw., 8 teilw., 9 teilw., 99/2 teilw., 100/3 teilw.

Gemarkung Braach

Flur 2 Flurstücke: 9 teilw., 10/1, 11, 12, 59/1, 59/2, 60, 74/1, 75/1—75/3, 76/1, 77/1—77/4, 79, 80, 81/1, 81/2, 82—96, 97/1, 97/2, 98—104, 120—123, 124/1, 124/2, 125/26—125/30, 126—130, 134 teilw., 135, 136/2, 136/5, 137, 138/1, 139, 140, 151/78, 152/78, 161/105—171/105

Gemeinde Alheim**Gemarkung Baumbach**

Flur 3 Flurstücke: 8/1, 20, 21/1—21/3, 22, 28—31, 38—43, 45—59, 62—67, 69—102, 113/1, 113/2 teilw., 114/2, 115—123, 153/1 teilw., 154, 158, 160—165, 166/1 teilw., 167, 168, 173/1 teilw., 175, 177—180, 186/174, 209/60, 215/68, 216/68, 231/61, 238/44, 239/44

Gemarkung Baumbach

Flur 4 Flurstücke: 8—15, 17—36, 39—41, 77, 78, 80, 82—94, 96—98, 100, 102—109, 110/1, 110/2, 111—113, 115, 116, 127—129, 131—133, 151, 152, 153/1, 155/1, 156—158, 163/16, 154, 164/16, 165/18, 166/81, 167/73, 168/95, 169/99, 170/130, 171/134, 172/101, 173/101, 175/153, 180/114, 184/114, 185/114, 186/79, 187/79, 188/101, 189/101, 190/37, 191/37

Gemeinde Alheim**Gemarkung Baumbach**

Flur 2 Flurstücke: 1—40, 44/1, 51, 52/1, 52/2, 53—57, 59—64, 65 teilw., 66 teilw., 67/2 teilw., 68/2 teilw., 83—87, 89—93, 95—98, 99 teilw., 101 teilw., 106, 107, 110/105, 112/58, 113/58, 116/88

Gemarkung Baumbach

Flur 3 Flurstücke: 8/2 teilw., 14/1, 15, 16—19, 23—27, 156

Gemeinde Alheim**Gemarkung Niederellenbach**

Flur 3 Flurstücke: 3/1, 3/2, 4/1, 4/2, 5 teilw., 6—10, 15—37, 40, 43—47, 50, 51, 57—64, 69, 70, 72, 73, 74, 75/11, 76/14, 77/39, 78/41, 79/49

Gemeinde Alheim**Gemarkung Heinebach**

Flur 14 Flurstücke: 19—22, 23/2, 27/1, 28/2, 30—32, 34/1, 35/1, 37, 38, 41/1, 43/1, 45, 46—60, 62/1, 63—79, 81—86, 87/1, 87/2, 92, 108, 110/1 teilw., 112/2 teilw., 113—120, 124—128, 131/87, 135/80, 136/80, 137/80, 138/89, 139/90, 140/91, 141/91, 142/91

Gemarkung Heinebach

Flur 13 Flurstücke: 3/1, 5, 6/1, 9, 10, 11, 12/1, 14, 42—46, 54/1, 55/2, 56/2, 70/15

Gemarkung Heinebach

Flur 14 Flurstücke: 8, 9, 10/1, 10/2, 11—18, 93—98, 99/1, 99/2, 100—102, 104, 105, 106/1 teilw., 107, 109, 121—123, 133/103, 134/103

Gemarkung Heinebach

Flur 15 Flurstücke: 1—7, 37, 38/1, 39/1, 40/2—40/5, 42/1, 44, 45/2, 45/3, 50/1, 52, 53, 54/1, 54/2, 54/3, 55—58, 59/1, 61—70, 72—78, 82, 85/1, 87—100, 100/1 teilw., 101, 106, 107, 109, 116, 118, 126/80, 129/108, 130/111, 131/111 teilw., 132/115, 134/71, 135/71, 149/114, 159/51, 160/81, 161/81, 171/8—192/8

Gemarkung Heinebach

Flur 16 Flurstücke: 32, 36—38, 40, 41, 44, 50, 52—54, 64—66, 67/34, 68/51, 69/39, 72/42, 73/42, 74/33—76/33, 81/31—85/31, 86/35, 87/35

Gemeinde Alheim**Gemarkung Niederellenbach**

Flur 2 Flurstücke: 1, 4—8, 11, 15, 19, 20, 23, 24, 25/1, 25/2, 25/3, 26—36, 38—58, 60/7 teilw., 63, 64/1, 64/3, 64/4, 64/5, 66, 69, 72—76, 77/1, 77/2, 77/3, 78—92, 98, 101/4 teilw., 133, 134/1, 134/2, 134/4, 135/1, 135/2, 136—143, 144/1, 144/2, 144/3, 149/2 teilw., 150, 152—155, 156/1, 156/2, 157—160, 161/77, 162/77, 168/156, 181/37, 182/37, 183/3, 184/3, 185/9, 186/13, 187/16, 188/22, 191/67, 192/70, 193/99, 195/104 teilw., 200/132, 147/1

Gemarkung Niederellenbach

Flur 3 Flurstücke: 1, 2, 36, 68.

Die Grenze des Überschwemmungsgebietes ergibt sich aus den in § 6 dieser Verordnung genannten Unterlagen.

§ 2

In dem Überschwemmungsgebiet dürfen nur mit Genehmigung der oberen Wasserbehörde

a) die Erdoberfläche erhöht oder vertieft,

- b) über die Erdoberfläche hinausragende Anlagen hergestellt, erweitert oder beseitigt werden und
 c) Baum- und Strauchpflanzungen angelegt, erweitert oder beseitigt werden.

§ 3

In dem Überschwemmungsgebiet bedarf

- a) jede Änderung der Nutzungsart von Grundstücken,
 b) das Lagern und Ablagern von Stoffen und
 c) das Entnehmen von Bodenbestandteilen der vorherigen Genehmigung der oberen Wasserbehörde.

§ 4

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 5

Zu widerhandlungen gegen die §§ 2 und 3 dieser Verordnung können gemäß § 116, Abs. 1 Nr. 17a und Abs. 2, des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— Deutsche Mark geahndet werden.

§ 6

Diese Verordnung mit sämtlichen Unterlagen (Erläuterungsbericht, 4 Übersichtskarten M = 1 : 25 000, 22 Kartenblätter M = 1 : 5000, 41 Grundstücksverzeichnisse) kann eingesehen werden:

1. beim Regierungspräsidenten — Wasserbuchbehörde — in Kassel
2. beim Landrat — untere Wasserbehörde — in Bad Hersfeld
3. beim Wasserwirtschaftsamt in Fulda
4. beim Katasteramt in Rotenburg/Fulda

5. beim Kreisbauamt in Bad Hersfeld
6. bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden.

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Die am 28. Oktober und 23. November 1905 erfolgte Feststellung des Überschwemmungsgebietes auf dieser Strecke durch den Oberpräsidenten in Kassel auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Hochwassergefahren vom 16. August 1905 tritt am gleichen Tage außer Kraft.

Kassel, 12. 10. 1979

Der Regierungspräsident
 In Vertretung
 gez. Dr. Krug

StAnz. 47/1979 S. 2220

1311

Befreiung der Gemeinde Willingen (Upland) von Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 19)

Nach § 29 (1) des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 19) stelle ich hiermit den Eigenbetrieb

Kurverwaltung

der Gemeinde Willingen (Upland) von der Prüfungspflicht durch einen Wirtschaftsprüfer gemäß § 24 (5) des Eigenbetriebsgesetzes für die Zeit vom 1. Januar 1978 bis 31. Dezember 1978 frei. Dabei mache ich zur Auflage, daß der Jahresabschluß 1978 durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Waldeck-Frankenberg ausreichend geprüft wird.

Kassel, 23. 10. 1979

Der Regierungspräsident
 1/2 b — 33 I u. 3 m 08

StAnz. 47/1979 S. 2224

1312

HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

1313

Einrichtung eines Sonderausbildungslehrgangs für Anwärter des gehobenen technischen Dienstes bei Kommunalverwaltungen

Der nächste Sonderausbildungslehrgang für Anwärter des gehobenen technischen Dienstes bei Kommunalverwaltungen soll bei entsprechender Beteiligung im Frühjahr 1980 voraussichtlich beim Verwaltungsseminar Wiesbaden als Vollelehrgang mit täglichem Unterricht eingerichtet werden. Zu dem Lehrgang können zugelassen werden:

A. Gehobener bautechnischer Dienst

1. Beamtenanwärter des gehobenen bautechnischen Dienstes — Fachrichtung Hochbau bzw. Tiefbau —
2. Technische Angestellte, denen Vordienstzeiten gemäß § 8 Abs. 4 HLVO auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden.

B. Vermessungstechnischer Dienst

1. Beamtenanwärter des gehobenen vermessungstechnischen Dienstes,
2. Technische Angestellte, denen Vordienstzeiten gemäß § 8 Abs. 4 HLVO auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden,
3. Beamte des mittleren vermessungstechnischen Dienstes, die gemäß § 16 Abs. 1 HLVO zum Aufstieg in den gehobenen vermessungstechnischen Dienst zugelassen worden sind.

Bewerber der Gruppe A Nr. 1 und 2 und der Gruppe B Nr. 1 und 2 müssen das Abschlußzeugnis einer Fachhochschule oder einer Ingenieurschule (§ 15 Abs. 4 HLVO) besitzen. Bei Bewerbern der Gruppen A und B Nr. 1 und 2 sind darüber hinaus die Höchstaltersgrenzen gemäß § 15 Abs. 1 und 2 HLVO zu beachten.

Anmeldungen zu dem Lehrgang werden bis zum 15. Dezember 1979 an folgende Anschrift erbeten:

Hessischer Verwaltungsschulverband — Der Schulleiter —
 6200 Wiesbaden, Friedrich-Ebert-Allee 12
 (Landespersonalamt).

Wiesbaden, 1. 11. 1979

Hessischer Verwaltungsschulverband
 Der Schulleiter

StAnz. 47/1979 S. 2224

Lehrgang zur Fortbildung der Ausbilder

Das Verwaltungsseminar Kassel führt in Verbindung mit der Gesamthochschule Kassel ein Modellseminar „Planung und Durchführung der Ausbildung im öffentlichen Dienst“ durch. Dieses Modellseminar, das weitgehend von Fachkräften der Gesamthochschule getragen wird, dient der Fortbildung der Ausbilder, die bereits einen Grundlehrgang „Ausbildung der Ausbilder“ absolviert haben.

Themen

Erfahrungen der Ausbilder nach dem AdA-Grundlehrgang
 Anforderungen an die Ausbilder im öffentlichen Dienst
 Probleme der Ausbildungsordnungen am Beispiel „Verwaltungsfachangestellte“
 Gliederung und Inhalte der Ausbildungsordnung
 Tätigkeitsentwicklung und Lernzielbestimmung
 Planung der Ausbildung an Beispielen
 Erstellung von Ausbildungsunterlagen
 Durchführung von Unterricht und Unterweisung
 Auswertung von Unterricht und Unterweisung.

Der Fortbildungslehrgang, der verantwortlich von Professor L. Beinke und Dr. P. Faulstich geleitet wird, findet am Verwaltungsseminar Kassel, Kölnische Straße 42/42 A, 3500 Kassel, am 17., 24 und 31. Januar 1980 jeweils in der Zeit von 8.10 bis 15.30 Uhr statt.

Für den Fortbildungslehrgang ist eine Lehrgangsgebühr in Höhe von 40,— DM zu zahlen.

Die Behörden werden gebeten, diese Lehrgangsgebühr voll zu übernehmen. Wegen der Zahlung der Hörergebühr für die staatlichen Teilnehmer weisen wir auf den Runderlaß des Direktors des Landespersonalamtes Hessen vom 29. Juli 1958 hin (StAnz. S. 921/922).

Meldungen für den Fortbildungslehrgang bitten wir bis spätestens zum 10. Dezember 1979 an das Verwaltungsseminar Kassel, Kölnische Straße 42/42 A, 3500 Kassel, zu richten.

Es wird gebeten, Vor- und Zuname, Geburtsdatum und Dienstbezeichnung des Teilnehmers mitzuteilen.

Kassel, 6. 11. 1979

Hessischer Verwaltungsschulverband
 Verwaltungsseminar Kassel

StAnz. 47/1979 S. 2224

BUCHBESPRECHUNGEN

Arbeitsmedizin. Studienbuch für Mitarbeiter des Betriebsarztes, arbeitsmedizinische Assistenzpersonal u. Betriebsassistenten, Studienbücher Krankenpflege. Von Georg Zerlett/Rolf Toussaint. 1979, 1. Aufl., 228 S., kart., 29,80 DM. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

In der Reihe der Studienbücher des W. Kohlhammer-Verlages erschienen mit der Zuordnung „Med. Assistenzberufe — Krankenpflege“ von Zerlett/Toussaint ein Studienbuch mit dem Titel „Arbeitsmedizin“. Die Verfasser, Dr. med. Georg Zerlett und Dr. med. Rolf Toussaint, Ärzte für Arbeitsmedizin und Innere Medizin, wollen nach ihren Angaben dem Helfer des Betriebsarztes Information und Wissen vermitteln. So liegt es als kurz und prägnant geschriebenes Buch vor und bietet sich als Hilfe für die praktische Arbeitsmedizin an. Eine begrüßenswerte Absicht, denn es ist ja der Sinn der Arbeitsmedizin, durch Wirken und Einflußnahme auf eine menschlichere und bessere Gestaltung der Arbeitswelt hinzuwirken und zu motivieren.

In der Einleitung werden die Aufgaben der Arbeitsmedizin umrissen, gefolgt von der Darstellung der Liste der Berufskrankheiten, entsprechend dem derzeit gültigen Stand vom 8. 12. 1976. Es schließt sich die beispielhafte Erläuterung der einzelnen Berufskrankheiten an, wobei Gefährdungsmöglichkeiten, klinische Erscheinungen, Prävention, erforderliche Untersuchungen und auch Labor- bzw. Meßwerte nicht fehlen.

Diesen Schilderungen ist, entsprechend ihrer Bedeutung, ein wesentlicher Teil des Buches gewidmet.

Der Betriebsärztliche Dienst hinsichtlich Umfang und Gestaltung wird geschildert, der wichtigen Organisation der Ersten Hilfe im Betrieb Aufmerksamkeit gewidmet.

Die arbeitsmedizinische Diagnostik in Abstufung und Verlauf werden gegliedert dargestellt. Von Interesse sind die dazu abgedruckten Formularvorschläge. Die berufsgenossenschaftlichen Grundsätze zur arbeitsmedizinischen Überwachung entsprechend Gefährdeter sind erwähnt.

Das arbeitsmedizinische Labor und dessen Ausstattung werden besprochen. Den einzelnen Diagnoseverfahren und Möglichkeiten ist angemessene Beachtung geschenkt. So wird die Röntgendiagnostik in Bezug gesetzt sowohl zu den berufsgenossenschaftlichen Grundsätzen als auch zu den in Frage kommenden Berufskrankheiten. Erläuterung des EKG's mit Beschreibung der gebräuchlichen Ableitungen sowie groborientierenden Angaben zum Lagetyp. Anmerkungen zum Belastungs-EKG fehlen ebenso wenig wie solche zur Ergometrie. Ferner Tabellen und Bemerkungen zur Indikationsstellung durch den Arzt. Das Buch enthält Erläuterungen zur Telemetrie, dem Schellongtest, dem Ratschow'schen Lagerungsversuch, der Ozillographie mit Darstellung von Kurven und Meßwerten, Beschreibung von Lungenfunktionsprüfungen mit zugehörigen Nomenklaturen, Hinweise auf Funktionsprüfungen des Sehorgans wie z. B. Sehschärfe, räumliches Sehen, Farbsehen, Lichtsinn und Gesichtsfeldbestimmungen. Den Hörprüfungen, der Audiometrie nebst Formularen wie Untersuchungsbogen Lärm I und II, auch der Beschreibung weiterer Untersuchungsmethoden für das Gehör ist hinreichend Raum gegeben.

Die seit dem 1. Januar 1978 verbindlichen SI-Einheiten sind schon berücksichtigt. Hier bedürfte es noch des Hinweises auf die der Medizin eingeräumte Übergangsfrist.

Nicht unerwähnt bleiben soll die beeindruckende Informationsbreite der Ausführungen im Anhang. Enthält er doch auch Darstellungen aus dem Bereich aktueller Rechtsfragen, eine Besprechung der ärztlichen Schweigepflicht, Hinweise auf den Kreis der Betroffenen, Schilderungen in bezug auf das aktuelle Bundesdatenschutzgesetz, Abdruck des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit, der Arbeitsstättenverordnung, der Arbeitsstoffverordnung mit Anhang und anderer wesentlicher Vorschriften und Verordnungen.

Wenn man das vorliegende Werk einer kritischen Wertung unterzieht, dann ist festzustellen, daß es nicht nur für die arbeitsmedizinischen Assistenzberufe eine wertvolle Lektüre darstellt, es kann vielmehr allen, die sich mit der Arbeitsmedizin und der Humanisierung der Arbeitswelt befassen, ein aktuelles, orientierendes Handbuch für die alltägliche Praxis sein.

Es wäre aber zu begrüßen gewesen, wenn die Verfasser Gelegenheit genommen hätten, die Zusammenarbeit der Betriebsärztlichen Dienste mit der Gewerbeaufsicht, den Berufsgenossenschaften und den Gewerbeärzten in das Buch einzubeziehen und die Wechselwirkung untereinander darzustellen. Diese Empfehlung sei für die nächste Auflage gestattet.

Medizinaldirektor z. A. Dr. med. Reinhard A n t h e s

Bundessozialhilfegesetz. Kommentar. Herausgegeben von Dr. Anton Knopp, Ministerialrat im Bundesministerium der Justiz, Otto Fichtner, Beigeordneter der Stadt Duisburg unter Mitarbeit von Karl-Heinz Biederbick, Ministerialrat, Wyneken Kobus, Präsidenten i. R., Dr. Käthe Petersen, Ltd. Regierungsdirektorin a. D., und Dr. Hartmut Schuberth, Ministerialdirigenten. 4., neu bearbeitete Auflage, 1979, XV, 601 S., in Leinen, 98,— DM. Verlag Franz Vahlen, München.

Der Namen der Verfasser und Mitarbeiter dieser Neuauflage werden auf dem Gebiet der Sozialhilfe mit Aufmerksamkeit bedacht. So dürfte schon aus diesem Grund der Neukommentierung ein voller Erfolg beschieden sein. Die stichprobenweise Überprüfung des Kommentars zeigt, daß es in diesem Fall mit dem Sprichwort „nomen est omen“ seine Richtigkeit hat.

Das Sozialhilferecht wird heute von mehreren ausgereiften Kommentaren abgedeckt, unter denen der vorliegende eine besondere Stellung einnehmen wird. Für die Sozialhilfe ist es von noch größerer Bedeutung als für andere Rechtsgebiete, daß der Praxisbezug nicht abreißt, eine Forderung die in diesem Fall nicht besser hätte erfüllt werden können. Die Autoren sind, was die Entwicklung des geltenden Rechts angeht, Insider.

Die 4. Auflage hat eine Reihe von Rechtsänderungen berücksichtigt. Hervorzuheben sind die Änderungen durch das Sozialgesetzbuch, durch das Strafrechtsreformgesetz vom 28. August 1975 und das Haushaltsstrukturgesetz vom 18. Dezember 1975. Daneben sind grundsätzliche Änderungen des Renten- und Krankenversicherungsrechts durch das 20. Renten Anpassungsgesetz, das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz sowie das 21. Renten Anpassungsgesetz vom 25. Juli 1978 Anlaß für die Vorlage einer neuen Auflage gewesen.

Im Anhang sind die Texte der Durchführungsverordnungen zum BSHG, ein Fundstellenverzeichnis der Ausführungsgesetze und Verordnungen der Länder, das Europäische Fürsorgeabkommen vom 11. Dezember 1953, die Vereinbarung der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Fürsorge von Hilfsbedürftigen vom 14. Juli 1952 sowie das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Fürsorge und Jugendwohlfahrtspflege vom 17. Januar 1966 abgedruckt. Das Stichwortverzeichnis umfaßt knapp dreiundzwanzig Seiten.

Für einen juristischen Kommentar sind die Erläuterungen bemerkenswert gut lesbar. Die Autoren haben offensichtlich großen Wert auf flüssigen Text gelegt, was sich angesichts der Vielzahl juristischer Laien, die voraussichtlich neben den Fachleuten den Kommentar in die Hand nehmen werden, als Vorteil erweisen wird.

Regierungsdirektor Dr. Manfred S c h ä f e r

Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts im Jahre 1976. Herausgegeben vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht. Hamburg. Im Institut bearbeitet von Jan Kroppoller. 1978, XX, 651 S., 260,— Deutsche Mark. Sonderveröffentlichung von Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Die hervorragende Rechtsprechungssammlung wurde anlässlich der Besprechung des Jahresbandes 1975 in StAnz. 1979 S. 244 ausführlich gewürdigt. Inzwischen liegt der Band für das Jahr 1976 vor. Er enthält wieder über 200 Entscheidungen deutscher Gerichte in Fällen mit Auslandsberührung, von denen einige bisher noch gar nicht, andere nur bruchstückhaft veröffentlicht waren. Auch in diesem Band nehmen die Fälle aus dem Familienrecht — wobei die Entscheidungen auf Grund des Haager Minderjährigenschutzabkommens besonders zahlreich sind — sowie aus dem Zivilprozess einen breiten Raum ein. Unter den Entscheidungen zum EG-Gerichtsstands- und Vollstreckungsabkommen finden sich mehrere, in denen deutsche Gerichte den Europäischen Gerichtshof um Auslegung des Übereinkommens ersucht haben; in diesen Fällen wurde jeweils ein Hinweis auf die Entscheidung des EuGH aufgenommen.

Unter den Gerichten, deren Entscheidungen aufgenommen wurden, stehen verständlicherweise der BGH und das Bayerische Oberste Landesgericht voran. Während nahezu alle Oberlandesgerichte vertreten sind, ist offenbar bei den unteren Gerichten die Publizitätsfreudigkeit (oder das Gewicht der Fälle) sehr unterschiedlich. Bei den Landgerichten ist Hamburg am häufigsten vertreten.

Anerkennung verdienen wieder die ausführlichen und sorgfältig erstellten Verzeichnisse (Gesetzesverzeichnis einschließlich Übersicht über die behandelten Staatsverträge, Verzeichnis der Entscheidungen nach Gerichten und Fundstellen sowie Sachverzeichnis).

Ministerialrat Dr. Werner H o f f m a n n

Sicherheit in der Fördertechnik. Von Regierungsgewerbeinspektor Dipl.-Ing. Helmut Reuter. Loseblattsammlung, 6. Ergänzungslieferung, Plastikordner, DIN A 5, Gesamtwerk einschließlich 6. Ergänzungslieferung, 149,— DM. Deutscher Fachschriften-Verlag, Braun GmbH & Co. KG, Wiesbaden.

Kurz nach dem Erscheinen der 5. Ergänzungslieferung legen nunmehr Herausgeber und Verlag die 6. Ergänzungslieferung dieser für den Arbeitsschutz in der Fördertechnik nützlichen Loseblattsammlung vor. In der Zwischenzeit sind auf diesem Sachgebiet bedeutsame und wichtige Regelungen erlassen worden, die eine rasche Ergänzung der Sammlung erforderlich machten. Das umfangreiche Werk wird auf diese Weise auf den neuesten Stand gebracht.

Unter Kapitel A sind die §§ 24—25 der Gewerbeordnung in der ab 1. Januar 1978 maßgeblichen Neufassung sowie die dem neuesten Stand entsprechenden Verzeichnisse zum Maschinenschutzgesetz wiedergegeben. Dabei finden sich im Prüstellenverzeichnis erstmalig die Identifikationszeichen, die von den einzelnen Prüfstellen in Verbindung mit dem vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung eingeführten Sicherheitszeichen vergeben werden. Über dieses neue Sicherheitszeichen gibt Abschnitt A 7 Auskunft.

Inzwischen ist die Überarbeitung der Unfallverhütungsvorschrift (UVV) „Elektrische Anlagen und Betriebsmittel“ abgeschlossen worden. Wegen ihrer Bedeutung auch im Bereich der Fördertechnik ist die UVV mit ihren Durchführungsanweisungen und dem Anhang im vollen Wortlaut abgedruckt. Wie bereits bei der UVV „Allgemeine Vorschriften“ werden seit einiger Zeit neu aufgestellte UVVen durch sog. Durchführungsanweisungen — anstelle von Durchführungsregeln und Erläuterungen — interpretiert. Bei vielen bereits bestehenden UVVen erfolgt eine entsprechende Anpassung.

In die Sammlung aufgenommen werden ferner die am 1. April 1979 in Kraft getretene UVV „Lastaufnahmemeinrichtungen im Hebezeugbetrieb“, die Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften zum Abbau von Handelshemmnissen sowie die neue Ausgabe der Sicherheitsregeln für Klein-Hebezeuge auf Baustellen.

Bestandteil der Sammlung ist auch die neue UVV „Krane“. Die Grundsätze für die Prüfung von Kranen erstrecken sich nunmehr auf sämtliche Krane, die der UVV „Krane“ unterliegen. Wenn auch die Turmdrehkrane von der UVV „Krane“ und den zugehörigen Prüfgrundsätzen mit erfaßt werden, bleibt Kapitel C 4 „Turmdrehkrane“ für Vergleichszwecke in der Sammlung jedoch bestehen. Für hochziehbare Personenaufnahmemittel maßgebende neue Sicherheitsregeln wurden in Abschnitt C 5.1 aufgenommen. Die zur UVV „Hebebühnen“ gehörenden Prüfgrundsätze wurden im Januar 1978 herausgegeben und finden sich in Abschnitt E 5.4.

Die Richtlinien für Geräte und Anlagen zur Regalbedienung haben einige Änderungen erfahren. Dagegen wurden die bisherigen Richtlinien für Regale und Schränke grundsätzlich umgearbeitet zu den „Richtlinien für Lagereinrichtungen und -geräte“, ein besonders signifikantes Beispiel der technischen Weiterentwicklung.

In Kapitel F „Fahrtreppen und Fahrsteige“ wurden die auf Grund der Arbeitsstättenverordnung erlassenen Arbeitsstätten-Richtlinien aufgenommen. Weiterhin bringt die Ergänzungslieferung die Neufassung der UVV „Materialbahnen“ mit Durchführungsanweisungen und die geänderten Grundsätze für die Prüfung von Flurförderzeugen. Ein neuer Abschnitt über Kipp- und Absetzbehälter, anschaulich durch Zeichnungen ergänzt, fand in die Sammlung Eingang.

Wenn die Loseblattsammlung als Informationsquelle für sicherheitstechnische Regelungen weiterhin dazu beiträgt, daß Unfälle im Bereich der Fördertechnik verringert oder vermieden werden, wird sie der Aufgabe, die sich Herausgeber und Verlag gestellt haben, gerecht. Das Werk kann sowohl dem Praktiker in den Betrieben, den Betriebsärzten und Sicherheitsingenieuren sowie Aufsichtsbehörden und Verbänden als nützliche Arbeitshilfe empfohlen werden.

-1

Arbeitssicherheitsgesetz (ASIG). Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Kommentar von Dr. Heinrich Krebs. Loseblattsammlung, 9. Ergänzungslieferung, Stand 1. Juli 1979, 51,— DM; Gesamtwerk, 43,— DM. Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See.

Die vorliegende Loseblattsammlung erläutert das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973, meistens abgekürzt als Arbeitssicherheitsgesetz bezeichnet. Im Zusammenhang mit diesem Gesetz stehen die zu seiner Durchführung erlassenen Unfallverhütungsvorschriften sowie eine Reihe anderer wichtiger Arbeitsschutzvorschriften, die Bestandteil dieses bedeutsamen Kommentars sind. Das Arbeitssicherheitsgesetz legt den Arbeitgebern die Pflicht auf, zu ihrer Beratung Betriebsärzte und technische Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen. Dadurch will der Gesetzgeber die Arbeitssicherheit und die gesundheitliche Betreuung in der Arbeitswelt verbessern mit dem Ziel, die Zahl der Arbeitsunfälle sowie der arbeitsbedingten Erkrankungen zu verringern.

Herausgeber und Verlag legen nunmehr die 9. Ergänzungslieferung zu diesem Kommentar vor. In Abschnitt Nr. 2 „Kommentar“ wurden die Erläuterungen zu zahlreichen Paragraphen vollständig überarbeitet und erweitert. Auch der Abschnitt Nr. 3 „Bundesrecht“ wurde überarbeitet, soweit dies durch Gesetzesnovellierungen erforderlich geworden ist, z. B. die Reichsversicherungsordnung, die Gewerbeordnung und das Mutterschutzgesetz. Hinsichtlich des Gesetzes über technische Arbeitsmittel ist zu bemerken, daß neben der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu diesem Gesetz zwar die Erste Verordnung zum Gesetz über technische Arbeitsmittel aufgenommen worden ist, jedoch die Novelle des Gesetzes selbst, die im August 1979 im Bundesgesetzblatt verkündet worden ist, noch nicht berücksichtigt worden ist. Sie tritt am 1. Januar 1980 in Kraft und bringt einige wesentliche Änderungen des Gesetzes über technische Arbeitsmittel, das in Zukunft die Kurzbezeichnung Gerätesicherheitsgesetz erhält. Diese Änderung hat der Leser bei der Benutzung der Sammlung zu beachten. Dem Herausgeber wird empfohlen, vor Jahresende in einer weiteren Ergänzungslieferung der Änderung des Gesetzes über technische Arbeitsmittel Rechnung zu tragen.

Neu aufgenommen in die Sammlung wurde die Verordnung über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeiten im Freien in der Zeit vom 1. November bis 31. März. Hierzu ist zu bemerken, daß diese Verordnung nach der Änderung durch die Verordnung vom 31. März 1975 nicht nur für Winterbaustellen, sondern für alle Arbeiten im Freien gilt. Damit entfällt der alte Kurztitel „Arbeitsschutz-Verordnung für Winterbaustellen“, der versehentlich noch in dem Kommentar aufgeführt ist. Auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes für Seeleute wurde die Verordnung über die Unterbringung der Besatzungsmitglieder an Bord von Kauffahrtsschiffen aufgenommen. Schließlich wurde die Sammlung bereichert durch Aufnahme des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, des Abfallbeseitigungsgesetzes, des Bundesseechutzes und der Verordnung über die Beschäftigung von Frauen auf Fahrzeugen.

Das zum schnelleren Auffinden der einzelnen Vorschriften dienende alphabetische Inhaltsverzeichnis ist überarbeitet worden. Der Kommentar stellt für alle Betriebe sowie für Verbände und Organisationen, aber auch für die mit seiner Durchführung beauftragten Behörden eine nützliche Arbeitshilfe dar, zumal da er auch für den Arbeitsschutz wichtige andere Gesetze enthält. Durch die laufende Ergänzung ist eine Anpassung an den neuesten Stand gewährleistet. Er kann zur Benutzung empfohlen werden.

-1

Polizeirecht in Hessen. Herausgegeben und bearbeitet von Polizeipräsidenten Bernert und Ministerialrat Dr. Rolf Groß. Loseblattsammlung, DIN A 5, Plastikordner mit Prägung und Mechanik, 20. Ergänzungslieferung, Gesamtwerk einschließlich 20. Ergänzungslieferung, 179,— DM. Deutscher Fachschriften-Verlag, Braun GmbH & Co. KG, Wiesbaden.

Seitdem das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) am 17. Dezember 1964 erlassen wurde, sind nunmehr fast 15 Jahre vergangen. Innerhalb dieses Zeitraumes hat dieses Gesetz eine Fülle von Änderungen erfahren, bei denen die Veränderungen im Polizeiorganisationsrecht einen besonderen Rang einnehmen. Die Verstaatlichung der Vollzugspolizei war denn auch folgerichtig Anlaß für die Neubekanntmachung des Gesetzes im Jahr 1972.

Im Zuge der Gebiets- und Funktionalreform wurden auch danach noch Änderungen notwendig; schließlich sind auch Neuregelungen im Bundesrecht nicht spurlos am HSOG vorübergegangen. Es sei nur auf die Auswirkungen der Strafrechtsgesetzgebung in den Bereich der Sicherstellung, der erkenntnisdienlichen Maßnahmen und der Verwahrung hingewiesen. Ebenso war den Änderungen im Bereich des Bundeskriminalamtgesetzes Rechnung zu tragen.

Neben der gesetzlichen Entwicklung mußte auch die neuere Rechtsprechung und das Schrifttum berücksichtigt werden. Hier ist zu erwähnen, daß das Standardwerk des Polizeirechts — von Drewws begründet — in den Jahren 1975 und 1977 in 8. Auflage neu erschien. Neben diesem Schrifttum (Drewws-Wacke-Vogel-Martens) mußte auch das 1978 in 4. Auflage erschienene Werk über das Verwaltungsrecht von Wolff-Bachof, das in seinem Band III ausführlich das Polizeirecht behandelt, gewürdigt werden. Auf die Vielfalt der Rechtsprechung zu Umfang und Grenzen polizeilicher Eingriffsbefugnisse, die ebenfalls zu berücksichtigen war, soll hier auch nur hingewiesen werden.

Ltd. Ministerialrat Walter Kayser

Grundbegriffe und System des Strafrechts. Eine Einführung in die Systematik anhand von Fällen. Von Professor Dr. Jürgen Baumann a. n. 5., überarb. Aufl., 1979, 217 S., kart., 16,— DM. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

Baumann will mit diesem gegenüber den früheren Auflagen wesentlich umfangreicheren Band nach wie vor nur in die Grundbegriffe des Strafrechts und in seine Systematik einführen, jedoch kein Kurzlehrbuch des Allgemeinen Teils bieten. Der Stoff ist auf die wichtigsten Strafrechtslehren beschränkt. Auseinandersetzungen mit anderen Auffassungen — Baumann selbst ist der herrschenden Strafrechtsdogmatik zuzuordnen — finden nur in ganz grundsätzlicher Hinsicht statt, so insbesondere bei der Gegenüberstellung mit der

Lehre Weizels. In methodischer Hinsicht hält sich Baumann auch hier an das bewährte Konzept seines großen Lehrbuchs, anhand einiger Fälle zunächst die jeweiligen Probleme der einzelnen Abschnitte zu verdeutlichen und am Ende in kurzen Zusammenfassungen dem Leser Erinnerungshilfen zu bieten. Wie man es von diesem profilierten Rechtslehrer seit jeher gewohnt ist, versteht er die Darstellung dogmatischer Problematik nicht als Selbstzweck und macht dem Studenten die Grenzen rein dogmatischen Denkens deutlich.

Angesichts der großen Stofffülle, die die Studenten in jedem Semester neu erwartet, bleibt nur zu wünschen, daß diese nach der Bewältigung dieses „Einstiegs“ in die Systematik auch dem umfangreichen von Baumann zur Vertiefung empfohlenen Material nachgehen, insbesondere den wichtigen Rechtsprechungshinweisen, die er seinen Ausführungen vorangestellt hat, um eiligen Lesern ein schlechtes Gewissen zu verschaffen.

Richter am Oberlandesgericht Dr. Harald K o l z

Rechtsauskunft als strafbare Teilnahme. Von Jochen Mallison. 1979, XII, 160 S., kart., 44,— DM, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Die vorliegende Arbeit, eine Tübinger Dissertation, behandelt den in der Praxis gewöhnlich als bedeutungslos und unproblematisch empfundenen Sachverhalt, daß jemand einem anderen eine Rechtsauskunft erteilt, die diesen bei der Begehung eines Delikts unterstützt. Soweit sich Rechtsprechung und Schrifttum bisher zur reinen Rechtsauskunft im deliktischen Zusammenhang geäußert haben, handelte es sich durchweg um Auskünfte von Rechtsanwälten und Strafverteidigern. Die hier aufgeworfenen besonderen berufsrechtlichen Fragen klammert der Verfasser jedoch in seiner Untersuchung aus und beschränkt sich auf die allgemeinen Regeln des Strafrechts.

In diesem Rahmen legt er überzeugend dar, daß sich die Straflosigkeit der Rechtsauskunft unter dem Gesichtspunkt der Anstiftung oder Beihilfe zu rechtswidrigen Tat nicht aus dem objektiven oder dem subjektiven Tatbestand, sondern nur im Bereich der Rechtswidrigkeitsprüfung ergeben kann. Er kommt zu dem Ergebnis, daß das Rechtsstaatsprinzip — konkretisiert im Gebot der Erkennbarkeit des Rechts — als verfassungsrechtlicher Rechtfertigungsgrund die Rechtmäßigkeit des Verhaltens des Auskunftsgewählers bewirkt — eine neue und überraschende, aber keinesfalls abwegige Lösung.

Richter am Oberlandesgericht Dr. Harald K o l z

Bundesmantelarifvertrag für die Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe (BMT-G II). Kommentar, bearbeitet von Ministerialdirektor a. D. Ottheinz Scheuring, Bonn, und Helmut Lang, stellvert. Geschäftsführer beim KAV Bayern. Loseblattsammlung, 43. Ergänzungslieferung zur 1. Auflage (10. Ergänzungslieferung zur 5. Auflage); 320 S., DIN A 5, im Streifband, 54,— DM; 1984 S., in 2 Plastikordnern, 84,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, Vogelweideplatz 10, 8000 München 80.

In der umfangreichen Ergänzungslieferung werden die Auswirkungen des Gesetzes zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs auf die Arbeitsverhältnisse von Arbeiterinnen und auf die tarifvertraglichen Vorschriften des BMT-G II behandelt. Berücksichtigt sind ferner die am 1. Juni 1979 vereinbarten Änderungen der Versorgungsarbeitsverträge (Versorgungs-TV, Vers-TV-G) und die neuere Rechtsprechung der Arbeitsgerichte. Die Vorbemerkungen zu den §§ 9 bis 13 BMT-G (allgemeine Pflichten des Arbeiters, ärztliche Untersuchung, Personalakten, zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung, Arbeitsordnung) sind ebenso wie das Stichwortverzeichnis überarbeitet worden. Der Loseblattkommentar befindet sich damit auf dem derzeit neuesten Rechtsstand. Er stellt eine empfehlenswerte Arbeits- und Entscheidungshilfe insbesondere auch für die neu auf die Beschäftigungsdienststellen zukommenden Fragen dar, die im Zusammenhang mit der Einführung eines Mutterschaftsurlaubs stehen.

Regierungsobererrat Ludwig R a m d o h r

Das Versorgungsrecht für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes. Kommentar von ORR a. D. Jakob Berger, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Köln, und Ministerialrat Dr. Karl-Heinz Kiefer, Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Bonn. Loseblattsammlung, 21. Ergänzungslieferung zur 1. Auflage, 304 S., DIN A 5, im Streifband, 54,— DM; Gesamtwerk in 2 Plastikordnern, 1 048 S., 74,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, Vogelweideplatz 10, 8000 München 80.

Mit der wiederum umfangreichen Ergänzungslieferung wird die durch die 14. und 15. Änderung der VBL-Satzung erforderlich gewordene Neukommentierung der leistungsrechtlichen Vorschriften (§§ 36 bis 85 der VBL-Satzung) unter gleichzeitiger Berücksichtigung der 16. Änderung der VBL-Satzung abgeschlossen. Da auch das Besoldungs- und Versorgungserhöhungsgesetz 1979 mit seinen Auswirkungen auf die Leistungen der VBL berücksichtigt ist, befindet sich der Kommentar mit der 21. Ergänzungslieferung auf dem derzeit maßgebenden Rechtsstand.

Der wiederholt an dieser Stelle besprochene Kommentar ist für alle, die sich mit dem komplizierten Zusatzversorgungsrecht der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes befassen müssen, eine empfehlenswerte und zuverlässige Arbeitshilfe.

Regierungsobererrat Ludwig R a m d o h r

Dienst-, Sozial- und Steuerrecht im öffentlichen Dienst — DIESO-Tarifrecht. Loseblatt-Tariffsammlung, Herausgegeben von Dr. Georg Bretschneider, Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofs a. D. unter Mitarbeit von Min.-Rat Dr. Karl-Heinz Kiefer, Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Bonn. 56. und 57. Ergänzungslieferung, 50 bzw. 124 S., DIN A 5 (Seitenpreis = 13 Pf); Gesamtwerk in drei Kunstledersammelordnern 52,— DM. Hermand-Luchterhand-Verlag, 5450 Neuwied/Rhein.

Mit den im Juli bzw. September dieses Jahres erschienenen Ergänzungslieferungen werden im wesentlichen die restlichen, aus der im Frühjahr dieses Jahres abgeschlossenen Lohnrunde stammenden Tarifverträge für einige Sonderbereiche eingearbeitet. Auf den neuesten Rechtsstand werden auch die Tarifverträge über die Regelung der Arbeitsbedingungen des in- und außerhalb öffentlicher Schlachthöfe tätigen Fleischbeschaupersonals gebracht. Begonnen wird mit der Überarbeitung des für den Bereich des Bundes maßgebenden Teils III der Anlage I a zum BAT (Vergütungsordnung).

Die umfassende Tariffsammlung erfreut sich mit Recht großer Beliebtheit bei allen, die stets einen raschen Zugriff auf alle für den Bereich des öffentlichen Dienstes abgeschlossenen Tarifverträge haben wollen.

Regierungsobererrat Ludwig R a m d o h r

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1979

MONTAG, 19. NOVEMBER 1979

Nr. 47

Veröffentlichungen

3645

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der vom Magistrat der Stadt Eppstein am 24. April 1975 ausgestellte Dienstausweis Nr. 2 für den Wassermeister Martin Dittrich, geb. am 29. Mai 1927, wohnhaft in 6239 Eppstein, Mendelssohnstraße Nr. 29, ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

6239 Eppstein, 7. 11. 1979

Der Magistrat der Stadt Eppstein

3646

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der am 27. Mai 1977 vom Landeswohlfahrtsverband Hessen für die Unterrichtschwester Anne Steven, Psychiatrisches Krankenhaus Weilmünster, ausgestellte Dienstausweis Nr. 170 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

3500 Kassel, 30. 10. 1979

Landeswohlfahrtsverband Hessen
100 — 43 — 8

Gerichtsangelegenheiten

3647

200 E 1/1 — 2.235 — Verlust eines Dienstausweises: Der Dienstausweis Nr. 4114 des Amtsgerichtsrats Günter Keim, Amtsgericht Dieburg, ausgestellt am 15. Oktober 1969 vom Landgerichtspräsidenten in Darmstadt, ist in Verlust geraten und wurde für ungültig erklärt.

6100 Darmstadt, 7. 11. 1979

Der Präsident des Landgerichts

3648

371 Eb. — 21/79 P — Erlaubniserteilung: Herrn Dipl.-Kaufmann Reiner Löbbers, Walkmühlstraße 30, 6204 Taunusstein 4, wurde heute die Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und zur Rechtsberatung mit Geschäftssitz in 6204 Taunusstein erteilt.

Das mündliche Verhandeln vor Gericht ist nicht gestattet.

6200 Wiesbaden, 2. 11. 1979

Der Präsident des Landgerichts

Güterrechtsregister

3649

GR 569 — Neueintragung — 6. 11. 1979: Der Werkzeugmacher Heinz Willi Jakob und dessen Ehefrau, die Krankengymnastin Annemarie Jakob, geb. Stahl, beide wohnhaft in 6368 Bad Vilbel 4, Vilbeler Pfad 6, haben durch notariellen Vertrag vom 5. Oktober 1979 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 6. 11. 1979 Amtsgericht

3650

8 GR 665 — Neueintragung — 7. 11. 1979: Manfred Creter, Ing. (grad.), und Ingrid Anna Therese Creter, geb. Hamersky, Reisebürokaufmann, beide wohnhaft in Babenhausen (Finkenweg 24).

Durch Vertrag vom 20. September 1979 ist Gütertrennung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch mit sofortiger Wirkung vereinbart.

8 GR 666 — Neueintragung — 7. 11. 1979: Karl Wilhelm Staab, Kaufmann, und Traudel Staab, geb. Reeg, Kindererzieherin, beide wohnhaft in Groß-Umstadt (Kantstraße 2 c).

Durch Vertrag vom 23. August 1979 ist Gütertrennung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch mit sofortiger Wirkung vereinbart.

6110 Dieburg, 7. 11. 1979 Amtsgericht

3651

GR 2120 — Neueintragung — 6. 11. 1979: Bulić, Vladimir, Bulić, geb. Becker, Gisela Elfriede Liesel, Bad Nauheim-Niedermörlen.

Gütertrennung durch Vertrag vom 5. Oktober 1979.

GR 2121 — Neueintragung — 6. 11. 1979: Jaeche, Gerhard Gustav Franz, Jaeche, geb. Otto, Waltraut Marie Gertrud, Rosbach-Rodheim v. d. Höhe.

Gütertrennung durch Vertrag vom 17. Oktober 1979.

6360 Friedberg (Hessen), 6. 11. 1979

Amtsgericht

3652

GR 35 — Veränderung — 6. 11. 1979: Die Eheleute Rudolf und Grete Thomassen geb. Hennigs, früher wohnhaft in Zimmersrode, jetzt wohnhaft in Schwalmstadt-Allendorf/L., Vor der Hardt 16, haben durch notariellen Vertrag vom 5. Juli 1979 den Güterstand der Gütertrennung aufgehoben und an seiner Stelle den gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

GR 161 — Neueintragung — 7. 11. 1979: Die Eheleute Klaus Peter Freiherr von Süßkind-Schwendi und Ilona Maria Freifrau von Süßkind-Schwendi geb. Thoma, beide wohnhaft in Borken-Großenenglis, Rosengartenweg 8, haben durch notariellen Vertrag vom 25. Januar 1979 Gütertrennung vereinbart.

3580 Fritzlar, 8. 11. 1979

Amtsgericht

3653

Neueintragungen im Güterrechtsregister beim Amtsgericht Fritzlar

GR 116 — 31. 10. 1979: Die Eheleute Ernst Adolf Otto und Brigitte, geb. Ries, Querstraße 5, Neuental-Waltersbrück, haben durch notariellen Vertrag vom 6. Juli 1979 die Gütertrennung aufgehoben und an ihrer Stelle den gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

GR 162 — 31. 10. 1979: Die Eheleute Thomas Heinrich Bätzing, Maurermeister, geb. am 28. 9. 1946, und Monika, geb. Weger, geb. am 1. 1. 1955, Hertingshäuser Straße 24, Edermünde-Griffe, haben durch notariellen Vertrag vom 7. Februar 1979 Gütertrennung vereinbart.

GR 163 — 31. 10. 1979: Die Eheleute Harald Wölke und dessen Ehegattin Ursula Wölke, geb. Landau, 3584 Zwesten-Oberurff, Schloßbergstraße 5, haben durch notariellen Vertrag vom 17. Mai 1979 Gütertrennung vereinbart.

GR 164 — 31. 10. 1979: Die Eheleute techn. Angestellter Jürgen Gerhard Welke und dessen Ehefrau Rosemarie Karin Welke, geb. Kettenhausen, beide wohnhaft in Borken/Hessen, Wagnerstraße 4, haben durch notariellen Vertrag vom 26. Februar 1979 Gütertrennung vereinbart.

GR 165 — 31. 10. 1979: Die Eheleute Kaufmann Joachim Rakaric und dessen Ehefrau Ilse Rakaric, geb. Rode, beide wohnhaft in Niedenstein, Lupinenweg 10, haben durch notariellen Vertrag vom 20. Juli 1979 Gütertrennung vereinbart.

3580 Fritzlar, 31. 10. 1979

Amtsgericht

3654

41 GR 1845 — Neueintragung — 1. 11. 1979: Kaufm. Angestellter Franz Schultheis und Ingrid geb. Born in Rodenbach haben durch Vertrag vom 5. September 1979 Gütertrennung vereinbart.

41 GR 1846 — Neueintragung — 1. 11. 1979: Kaufmann Peter Heinz Gangfuß und Jutta geb. Klose in Bruchköbel haben durch Vertrag vom 21. August 1979 Gütertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 1. 11. 1979

Amtsgericht, Abt. 41

3655

GR 277 — Neueintragung — 24. 10. 1979: Eheleute Norbert Richter und Ellen Richter geb. Dörrhöfer, Nördlinger Straße 17, 6093 Flörsheim/Main.

Durch Vertrag vom 11. Oktober 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

6203 Hochheim am Main, 24. 10. 1979

Amtsgericht

3656

GR 354 — Neueintragung — 26. 10. 1979: Eheleute Ulrich Noll und Brigitte Noll geborene Schöne, Finkenweg 26, Niedernhausen-Oberjosbach.

Durch Vertrag vom 24. August 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

6270 Idstein, 26. 10. 1979

Amtsgericht

3657

8 GR 1071 — Neueintragung — 15. 10. 1979: Eheleute Schlegel, Karl Otto, Schlegel, Doris Margarethe geb. Diehm, beide wohnhaft in Höhenblick 10, Königstein im Taunus.

In der notariellen Urkunde vom 18. September 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

6240 Königstein im Taunus, 15. 10. 1979

Amtsgericht

3658

8 GR 1074 — Neueintragung — 30. 10. 1979: Eheleute Fink, Eva Margarete, geb. Hummel, und Fink, Thomas Joachim, beide wohnhaft in Fischbacher Weg 3, 6232 Bad Soden (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 29. Juni 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

6240 Königstein im Taunus, 30. 10. 1979

Amtsgericht

3659

8 GR 1075 — Neueintragung — 31. 10. 1979: Eheleute Wilfried Erich Lippold und Ingeburg Liesbeth Lippold, geb. Seyfert, beide wohnhaft in Kelkheim (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 2. Oktober 1979 ist Gütertrennung vereinbart.
6240 Königstein im Taunus, 31. 10. 1979
Amtsgericht

3660

8 GR 536 — Neueintragung — 11. 10. 1979: Özer, Süleyman, Kaufmann, Özer, geb. Akcaci, Yüksel, beide in Langen, Südliche Ringstraße 98.

Durch Vertrag vom 3. September 1979 haben die Eheleute Gütertrennung vereinbart.
6070 Langen, 11. 10. 1979
Amtsgericht

3661

8 GR 537 — Neueintragung — 2. 11. 1979: Horst Dornburg, Ingenieur (grad.), Egelsbach, Petra Charlotte Dornburg, Bankkaufmann, Egelsbach.

Durch notariellen Vertrag vom 20. September 1979, des Notars Dr. Rosenkranz jun. in Langen, (Urk.R.Nr. 389/79) haben die Eheleute Gütertrennung vereinbart.
6070 Langen, 2. 11. 1979
Amtsgericht

3662

GR 255 — Neueintragung — 9. 11. 1979: Konrad Karl Friedrich Boeltzig und Petra Marianne Boeltzig geborene Meier, Jahnstraße 1, 3509 Spangenberg. Durch notariellen Vertrag vom 24. August 1979 ist Gütertrennung vereinbart.
3508 Melsungen, 9. 11. 1979
Amtsgericht

3663

GR 212 — Neueintragung — 9. 11. 1979: Josef Klug, Kaufmann, und Ehefrau Helga Klug geb. Schnellbacher, Schwimmbadstr. 10, Lützelbach/Odw. Durch Vertrag vom 18. Juli 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

6120 Michelstadt, 9. 11. 1979
Amtsgericht

3664

Neueintragungen im Güterrechtsregister beim Amtsgericht Rüdesheim am Rhein

GR 398 — 20. 9. 1979: Eheleute Dietrich Michael Bernhard, Maschinenschlosser, in Rüdesheim am Rhein, Katharinenstraße Nr. 12, und Waltraud Otti Dietrich, geb. Birkenstock. Durch Vertrag vom 21. August 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 399 — 1. 10. 1979: Eheleute Schneider, Horst, in Geisenheim am Rhein, Bahnstraße 1, und Young Soon Schneider, geb. Park. Durch Vertrag vom 5. April 1978 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 400 — 1. 10. 1979: Eheleute Christ, Roland Alfons, Kaufmann, in Rüdesheim am Rhein, Oberstraße 33, und Dagmar Irmgard Christ, geb. Sauder. Durch Vertrag vom 21. Juni 1979 ist Gütertrennung vereinbart und sind bisher etwa entstandene Ansprüche auf Ausgleich des Zugewinns für die Vergangenheit ausgeschlossen worden.

GR 401 — 1. 10. 1979: Eheleute Effner, Martin, in Geisenheim am Rhein, Albert-Schweitzer-Straße 2, und Jutta Effner, geb. Bischoff. Durch Vertrag vom 6. September 1979 ist Gütertrennung vereinbart und sind bisher etwa entstandene Ansprüche auf Ausgleich des Zugewinns für die Vergangenheit ausgeschlossen worden.
6220 Rüdesheim am Rhein, 1. 10. 1979
Amtsgericht

3665

GR 394 — Neueintragung — 2. 10. 1979: Eheleute Winnefeld, Willi, und Gisela Erna Agnes Zitzow-Winneseld geb. Zitzow, Kelsterbach, Waldstraße 98.

Durch Vertrag vom 9. August 1979 ist Gütertrennung vereinbart.
6090 Rüsselsheim, 2. 10. 1979
Amtsgericht

3666

Neueintragungen im Güterrechtsregister beim Amtsgericht Usingen

GR 427 — 26. 10. 1979: Hans Schidlowski, Ingenieur in Neu-Anspach, Hohlweg 21, und Ingeborg geb. Sachse haben durch Ehevertrag vom 4. Juli 1979 Gütertrennung vereinbart.

GR 428 — 26. 10. 1979: Georg Daniel Erker in Wehrheim/Ts., Römerstraße 10, und Gertrud Sophie Ottilie geb. Bischoff haben durch Ehevertrag vom 6. Juli 1979 Gütertrennung vereinbart.

GR 429 — 26. 10. 1979: Heinz Baumann, Polizeibeamter in Usingen/Ts. 1, Altkönigsstraße 14, und Ingrid geb. Holtze haben durch Ehevertrag vom 7. August 1979 Gütertrennung vereinbart.

GR 430 — 26. 10. 1979: Rudolf Winfried Konrad Wittich, Landschaftsarchitekt in Wehrheim 3, Steinweg, und Ute Elisabeth geb. Wöhrmann, Fotografin in Frankfurt am Main, Eckenheimer Landstraße 60a, haben durch Ehevertrag vom 25. Juli 1979 Gütertrennung vereinbart.

6390 Usingen, 26. 10. 1979
Amtsgericht

3667

Neueintragungen im Güterrechtsregister beim Amtsgericht Wiesbaden

GR 3867 — 26. 9. 1979: Eigel, Karl Walter, Brauer und Mälzer, und Marion Eigel geb. Retzel, Metallarbeiterin, in Wiesbaden. Durch Ehevertrag vom 26. Juni 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3868 — 26. 9. 1979: Altenheimer, Reiner, Kraftfahrzeugmeister, und Ursula Altenheimer geb. Neumann, Hausfrau, in Wiesbaden. Durch Ehevertrag vom 29. August 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3869 — 5. 10. 1979: Petry, Dieter, und Annegret Petry geb. Geßner, in Wiesbaden. Durch Ehevertrag vom 27. August 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3870 — 10. 10. 1979: Machenheimer, Martin, Kaufmann, und Renate Machenheimer, geb. Schwarz, in Wiesbaden. Durch Ehevertrag vom 27. Juli 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3871 — 15. 10. 1979: von Rauner, Sepp, Kaufmann, und Ursula von Rauner, geb. Schmidt, Sekretärin, in Wiesbaden. Durch Ehevertrag vom 18. Juli 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3872 — 25. 10. 1979: Brandt, Klaus Detlev, Diplompädagoge, und Sylvia Brandt, geb. Stein, Bühnenbildnerin, in Wiesbaden. Durch Ehevertrag vom 12. September 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3873 — 31. 10. 1979: Möller-Sprengart, Peter, geb. Möller, und Karin Elfriede Sprengart, geb. Sprengart, in Wiesbaden. Durch Ehevertrag vom 28. September 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3874 — 2. 11. 1979: Heyn, Dieter, Programmierer, geb. 23. 8. 1945, Wiesbaden-Nordenstadt, Heyn, Ingrid, geb. Fischer, geb. 15. 10. 1948, Niedernhausen-Engenhahn. Durch Ehevertrag vom 19. 10. 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 680 A — Veränderung — 9. 10. 1979: Frenz, Hans, Schriftsetzer, und Elfriede Frenz, geb. Mauer, in Wiesbaden. Durch

Ehevertrag vom 28. August 1979 ist Gütertrennung aufgehoben und Zugewinngemeinschaft vereinbart.

6200 Wiesbaden, 7. 11. 1979

Amtsgericht, Abt. 22

Vereinsregister**3668**

VR 312 — Neueintragung — 7. 11. 1979: Reit- und Fahrverein Karben. Sitz des Vereins ist Karben.

6368 Bad Vilbel, 7. 11. 1979
Amtsgericht

3669

VR 155 — Neueintragung — 8. 11. 1979: Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Bezirk Wetterau — Vogelsberg. Sitz: Butzbach.

6308 Butzbach, 8. 11. 1979
Amtsgericht

3670

VR 485 — Neueintragung — 2. 11. 1979: Erster Gelnhäuser Karnevalverein „Die Käwwern“, gegr. 1910, eingetragener Verein in Gelnhausen.

6460 Gelnhausen, 2. 11. 1979
Amtsgericht

3671

VR 756 — Auflösung — 6. 11. 1979: Betriebsunterstützungskasse der Firma Heinrich Schäfer-Wagner in Gießen, Gießen. Der Verein ist aufgelöst und im Vereinsregister gelöscht.

VR 1187 — Neueintragung — 6. 11. 1979: Lebenshilfswerk Gießen. Sitz: Gießen.
6300 Gießen, 6. 11. 1979
Amtsgericht

3672

6 VR 630 — Neueintragung — 6. 11. 1979: SOZIAL-PSYCHIATRISCHER VEREIN RIEDSTADT e. V., Riedstadt-Philippshospital.

6080 Groß-Gerau, 6. 11. 1979
Amtsgericht

3673

VR 276 — Löschung — 8. 11. 1979: Arbeitskreis für Umweltschutz im Dillkreis. Sitz: Herborn. Der Verein ist durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 29. September 1979 aufgelöst.

6348 Herborn, 8. 11. 1979
Amtsgericht

3674

VR 369 — Neueintragung — 7. 11. 1979: Verein der Campingfreunde Heisterberger Weiher. Sitz: Driedorf (Heisterberger Weiher). Die Satzung ist am 22. September 1979 errichtet.

6348 Herborn, 7. 11. 1979
Amtsgericht

3675

VR 187 — Neueintragung — 30. 10. 1979: „Old Company“, Verein für Jugend, Freizeit und Kultur, Flörsheim.

6203 Hochheim am Main, 30. 10. 1979

Amtsgericht

3676

VR 202 — Neueintragung — 2. 11. 1979: Schützenverein „Hubertus“ Steinbach e. V. in Burghaun-Steinbach, Kreis Fulda.

6418 Hünfeld, 2. 11. 1979
Amtsgericht

3677

1 VR 201 — Neueintragung — 30. 10. 1979: Carl-Friedrich-Gauß-Gesellschaft e. V., Korbach.

3540 Korbach, 30. 10. 1979
Amtsgericht

3678

5 VR 396 — Neueintragung — 30. 10. 1979: Modell-Racing-Club Rhein-Neckar Lampertheim, 6840 Lampertheim.
6840 Lampertheim, 30. 10. 1979

Amtsgericht**3679**

8 VR 411 — Neueintragung — 8. 11. 1979: Verband Selbständiger Ingenieure VSI e.V. Landesverband Hessen, Langen.
6070 Langen, 8. 11. 1979

Amtsgericht**3680**

7 VR 485 — Neueintragung — 31. 10. 1979: Vereinsring Erbach, Sitz: Camberg-Erbach.
6250 Limburg a. d. Lahn, 31. 10. 1979

Amtsgericht**3681**

7 VR 486 — Neueintragung — 31. 10. 1979: Thing Limburg, Sitz: Limburg a. d. Lahn.
6250 Limburg a. d. Lahn, 31. 10. 1979

Amtsgericht**3682**

VR 1085 — Neueintragung — 2. 11. 1979: Förderkreis Basketball, Sitz: Marburg.
3550 Marburg, 2. 11. 1979

Amtsgericht**3683**

VR 65 — Neueintragung — 31. 10. 1979: Blasorchester Rommerz, Neuhof Ortsteil Rommerz.
6404 Neuhof, 31. 10. 1979

**Amtsgericht Fulda
Zweigstelle Neuhof****3684**

VR 303 — Neueintragung — 5. 11. 1979: Reiterverein Haselgrund, Sitz: Rotenburg-Lispshausen.
6442 Rotenburg a. d. Fulda, 5. 11. 1979

Amtsgericht**3685**

VR 304 — Neueintragung — 8. 11. 1979: Verein zur Förderung und Unterstützung der Schule für Praktisch Bildbare (Sonderschule) in Bebra, Sitz: Bebra.
6442 Rotenburg a. d. Fulda, 8. 11. 1979

Amtsgericht**3686**

VR 287 — Neueintragung — 1. 11. 1979: Wolfgang-Philipp-Gesellschaft, Raunheim.
6090 Rüsselsheim, 1. 11. 1979

Amtsgericht**3687**

VR 288 — Neueintragung — 1. 11. 1979: Verein zur Förderung der Berufsausbildung Jugendlicher im Raum Rüsselsheim/Raunheim eingetragener Verein, Rüsselsheim.
6090 Rüsselsheim, 1. 11. 1979

Amtsgericht**3688**

VR 276 — Neueintragung — 8. 11. 1979: Stadtkapelle Schlüchtern. Sitz des Vereins ist in 6490 Schlüchtern 1.
6490 Schlüchtern, 8. 11. 1979

Amtsgericht**3689**

VR 277 — Neueintragung — 8. 11. 1979: Freiwillige Feuerwehr Hutten. Sitz des Vereins ist in 6490 Schlüchtern-Hutten.
6490 Schlüchtern, 8. 11. 1979

Amtsgericht**3690**

VR 295 — Neueintragung — 17. 10. 1979: FC Usingen, Sitz: Usingen.

6390 Usingen, 17. 10. 1979 Amtsgericht**3691**

VR 943 — Neueintragung — 24. 10. 1979: Der Verein „Neues Keller-Theater Wetzlar“ in Wetzlar ist heute unter Nr. 943 in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 31. August 1979 errichtet.

6330 Wetzlar, 24. 10. 1979**Amtsgericht****3692**

VR 2015 — Neueintragung — 26. 9. 1979: Ortsvereinsring Wiesbaden-Kloppenheim, Wiesbaden.

VR 2016 — Neueintragung — 4. 10. 1979: Kunst Kompanie, Wiesbaden.

VR 2017 — Neueintragung — 29. 10. 1979: Sozialring beim Bundeskriminalamt, Wiesbaden.

VR 1109 — Auflösung — 23. 10. 1979: Auto-Club Wiesbaden 1956, Wiesbaden. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 24. Oktober 1978 ist der Verein aufgelöst.

6200 Wiesbaden, 7. 11. 1979**Amtsgericht, Abt. 22**

Vergleiche — Konkurse

3693

6 N 23/79: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma EDV — ORGA Beratungsgesellschaft mbH, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe, Holzhäuser Straße 4, ist mangels Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

**6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 5. 11. 1979
Amtsgericht****3694**

N 2/76: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hans Petrich, Am Kalkrain 7, 3593 Edertal-Gifflitz, Geschäftslokal: Dr.-Born-Straße Nr. 16, 3590 Bad Wildungen, wird aufgehoben.

3590 Bad Wildungen, 2. 11. 1979**Amtsgericht****3695**

N 7/79 — Beschluß: Über das Vermögen der Firma „Westerwald“-Gesellschaft für die Herstellung schlüsselfertiger Häuser mbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer Hubertus Bollinger, Höhenweg 11a, 6333 Braunfels, wird heute, am Freitag, dem 9. November 1979, 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da auf Grund der Angaben des Geschäftsführers die Firma zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt, Jan Thomas Lang, Konrad-Adenauer-Promenade 5, 6330 Wetzlar.

Konkursforderungen sind zweifach bis zum 20. Dezember 1979 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Donnerstag, den 20. Dezember 1979, 10.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Freitag, den 11. Januar 1980, 10.00

Uhr, vor dem Amtsgericht Wetzlar, Zweigstelle Braunfels in Braunfels, Gerichtsstraße, Sitzungssaal.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 27. November 1979 anzeigen.

Post- und Telegraphensperre sind angeordnet; sie erstreckt sich auf Sendungen der Gerichte, der Staatsanwaltschaft oder des Konkursverwalters.

6333 Braunfels, 9. 11. 1979**Amtsgericht Wetzlar
Zweigstelle Braunfels****3696**

61 N 75/73 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Verkaufsgesellschaft der Aneby-Hus A.B. Aneby/Schweden, mit Sitz in Darmstadt, wird das Verfahren nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6100 Darmstadt, 7. 11. 1979**Amtsgericht, Abt. 61****3697**

61 N 80/77 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma BEWA Treppen- und Holzbau GmbH, Roßdörfer Str. 40, 6105 Ober-Ramstadt, vertreten durch den Geschäftsführer, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Dienstag, den 11. Dezember 1979, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 621, II. Stock, bestimmt.

6100 Darmstadt, 7. 11. 1979**Amtsgericht, Abt. 61****3698**

5 N 1/68: Das Nachlaßkonkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Willi Dietermann, Alleininhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Willi Dietermann, Obst- und Gemüsegroßhandlung in Dillenburg, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6340 Dillenburg, 7. 11. 1979 Amtsgericht**3699**

81 N 54/76 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der CM BAUELEMENTE Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Weismüllerstr. 12 bis 22, 6000 Frankfurt am Main 1, vertreten durch ihren Geschäftsführer Herbert Meyn, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt, § 204 KO.

6000 Frankfurt am Main, 8. 11. 1979**Amtsgericht, Abt. 81****3700**

81 N 371/79 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der baubeg-Baubetreuungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Corneliusstr. 8, 6000 Frankfurt am Main 1, vertreten durch den Liquidator Manfred Theilacker, wird heute, am 5. November 1979, 14.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. H. J. Keller, Roßmarkt 23, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. 28 30 68.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Dezember 1979 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 11. Dezember 1979, 9.15 Uhr, Prüfungstermin am 15. Januar 1980, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. Dezember 1979 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 5. 11. 1979

Amtsgericht, Abt. 81

3701

42 N 29/78 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **pam Schuhe GmbH & Co., Groß- und Einzelhandel KG, Seltersweg 73, 6300 Gießen**, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Montag, den 10. Dezember 1979, vormittags 9.00 Uhr, Zimmer 103, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstr. 1.

6300 Gießen, 8. 11. 1979

Amtsgericht

3702

42 N 85/75: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Fred Peter Ludwig, Alwinenstraße 28, 6200 Wiesbaden**, wird Termin zur außerordentlichen Gläubigerversammlung bestimmt auf Donnerstag, den 20. Dezember 1979, 9.00 Uhr, I. Stock, Saal 161 B, Nußallee 17.

Tagesordnung:

1. Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen,
2. Sachstandsbericht des Konkursverwalters,
3. Anhörung der Gläubiger über den weiteren Verfahrensablauf.

6450 Hanau, 6. 11. 1979

Amtsgericht, Abt. 42

3703

2 N 2/73 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Kommanditgesellschaft NORA-AIR-SERVICES GmbH & Co. Luftgeräteeinlagegesellschaft in Calden 1**, wird nach abgehaltenem Schlußtermin aufgehoben.

Für die Mitglieder des Gläubigerausschusses werden insgesamt festgesetzt: a) Vergütung = 3 700,— DM; b) Auslagen = 910,— DM.

3520 Hofgeismar, 5. 11. 1979

Amtsgericht

3704

65 N 68/72: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Entenfeller Kanalbau GmbH, 3500 Kassel, Hafenstraße 34**, vertreten durch ihren Geschäftsführer Kaufmann **Heinz Entenfeller, Wilhelmshöher Allee 108, Kassel**, ist nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben (§ 163 I KO).

3500 Kassel, 5. 11. 1979

Amtsgericht, Abt. 65

3705

65 N 26/75: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Kommanditgesellschaft in Firma Carl Bernhardt, Kassel, Heckerstraße 51**, persönlich haftende Gesellschafterin **Baubeteiligungsgesellschaft mbH**, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 12. Dezember 1979, 9.45 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße Nr. 9, Zimmer 023 (Untergeschoß), bestimmt.

3500 Kassel, 2. 11. 1979

Amtsgericht, Abt. 65

3706

65 N 4/77: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Berufsschullehrers **Walter Helmut Krieger**, verstorben am 25. November 1976, zuletzt wohnhaft in **Kassel, Lange Straße 31**, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke, Schlußtermin auf den 18. Dezember 1979, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 023 (Untergeschoß), bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 3 600,— DM, seine Auslagen sind auf 800,— DM festgesetzt.

3500 Kassel, 2. 11. 1979

Amtsgericht, Abt. 65

3707

65 N 27/78: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Gebrüder Barthel GmbH, Kassel, Sickingenstraße 4**, vertreten durch ihren Geschäftsführer **Heinz-Dieter Barthel**, ist nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben (§ 163 Abs. 1 KO).

3500 Kassel, 5. 11. 1979

Amtsgericht, Abt. 65

3708

65 N 47/78: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Berg und Co. Baugeschäft GmbH in Kassel, Druseltalstraße 37 A, (HRB 2626)**, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, Schlußtermin auf den 27. November 1979, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Str. 9, Zimmer 023 (Untergeschoß), bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 1167,07 DM, seine Auslagen sind auf 60,— DM festgesetzt.

3500 Kassel, 23. 10. 1979

Amtsgericht, Abt. 65

3709

9 N 50/79 — **Beschluß:** Das Finanzamt **Bad Homburg v. d. Höhe, Kaiser-Friedrich-Promenade 8-10, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe**, — Gläubigerin —, hat die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Herrn **Klaus Ebert, Zeilstraße 20, 6242 Kronberg/Ts.**, — Schuldner —, beantragt.

Über den Antrag ist noch nicht entschieden.

Zur Sicherung der Masse wird angeordnet: Dem Schuldner wird allgemein verboten, Gegenstände seines Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot).

Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

6240 Königstein im Taunus, 7. 11. 1979

Amtsgericht, Abt. 9

3710

5 N 1/75 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Weißbindermeisters **Reinhold Pfannkoch in Nidda** wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf den 19. Dezember 1979, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Nidda, Schloßgasse 23, Zimmer 10, bestimmt.

Der Termin dient der Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung

zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses und an den Konkursverwalter.

6478 Nidda, 5. 11. 1979

Amtsgericht

3711

N 7/79: In der Konkursantragssache der „**Westerwald-Gesellschaft für die Herstellung schlüsselfertiger Häuser mbH, Höhenweg 11a, 6333 Braunfels**, wird zur Sicherung der Masse angeordnet: Der Schuldnerin und ihrem Geschäftsführer **Hubertus Bollinger** wird allgemein verboten, Gegenstände des Firmenvermögens zu veräußern oder sonst über sie zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

6330 Wetzlar, 8. 11. 1979

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzutellen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3712

5 K 43/79 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von **Laufenselden, Band 49, Blatt Nr. 1450**, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung **Laufenselden, Flur 30, Flurstück 376, Bauplatz, Freiherr-vom-Stein-Straße, Größe 6,11 Ar,**

soll am 15. Februar 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, **Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Saal 10**, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 8. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kaufm. Angestellter **Horst Stöffler**, 5400 Koblenz-Arnheim,

b) Frau **Edith Stöffler geb. Guth**, 6200 Heidenrod 2,

— zu je 1/2 Miteigentum —.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 24 440,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 1. 11. 1979

Amtsgericht

3713

5 K 28/79 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Kemel, Band 16, Blatt 469, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kemel, Flur 1, Flurstück 57, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 18, Größe 6,69 Ar,

soll am 21. März 1980, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Saal 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 7. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Sylvia Socher, geb. Carrère, 6098 Flörsheim,

b) Norbert Carrère, 5408 Nassau/Scheuern,

c) Diefer Peuckert, 2390 Flensburg, — in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 55 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 5. 11. 1979

Amtsgericht

3714

4 K 59/78: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Heppenheim (Wohnungsgrundbuch), Band 218, Blatt 9534, eingetragenen Wohnungseigentums, bestehend aus 109/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Heppenheim, Flur 25, Flurstück 172/3, Hof- und Gebäudefläche, Giebener Str. 11, Größe 16,24 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den im Aufteilungsplan mit Nr. 5 bezeichneten Räumen (Wohnung Nr. 5 im Erdgeschoß nebst zugehörigem Kellerraum),

soll am 30. Januar 1980, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstr. 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 9. 1978 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elfriede Hühne, geb. Samstag, geb. 5. 2. 1934, Heppenheim.

Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Das Wohnungseigentum darf nur mit Zustimmung des Verwalters weiterveräußert werden. Dies gilt nicht im Falle der Veräußerung an Ehegatten, Verwandte in gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie, bei Veräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung oder durch den Konkursverwalter und bei Veräußerung durch ein dinglich gesichertes Kreditinstitut.

Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums ergeben sich aus der Eintragungsbewilligung vom 29. Juni 1973.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 2. 11. 1979

Amtsgericht

3715

4 K 65/78: Das im Grundbuch von Auerbach, Band 38, Blatt 2209, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Auerbach, Flur 3, Flurstück 369, Hof- und Gebäudefläche, Heinrichstraße 12, Größe 8,58 Ar,

soll am Mittwoch, dem 30. Januar 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wilhelmstraße 26, 6140 Bensheim, Raum 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 12. 10. 1978 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rosemarie Herbert, geb. Büsing, Bensheim-Auerbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 2. 11. 1979

Amtsgericht

3716

K 29/78: Die im Grundbuch von Wallau, Band 61, Blatt 2125, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Wallau,

lfd. Nr. 3, Flur 29, Flurstück 73/1, Lieg.-B. Nr. 1913, Hof- und Gebäudefläche, Beim Wiesenborn, Größe 3,11 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 29, Flurstück 73/2, Lieg.-B. Nr. 1913, Hof- und Gebäudefläche, Beim Wiesenborn, Größe 7,28 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 29, Flurstück 72/3, Lieg.-B. Nr. 1913, Hof- und Gebäudefläche, Beim Wiesenborn, Größe 4,03 Ar,

sollen am Dienstag, dem 19. Februar 1980, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 3560 Biedenkopf, Hainstraße 72, Sitzungssaal 2, im Nebengebäude Hainstraße 70, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. 8. 1978 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ehefrau des Elektromeisters Herbert Hinz, Hilde, geborene Eckel, in Biedenkopf-Wallau/Lahn, Untere Lahnstraße 19, geboren am 24. März 1934.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 6. 11. 1979

Amtsgericht

3717

K 5/79: Das im Grundbuch von Dautphe, Band 24, Blatt 877, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dautphe, Flur 6, Flurstück 76/14, Hof- und Gebäudefläche, Grüner Weg 9, Größe 6,04 Ar,

soll am Dienstag, dem 5. Februar 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3560 Biedenkopf, Hainstraße 72, Sitzungssaal 2 im Nebengebäude Hainstraße 70, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 4. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Former Albert Quint,

b) seine Ehefrau Margarethe Quint geborene Spannenberger, beide in Dautphe, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 26. 10. 1979

Amtsgericht

3718

K 12/79: Die im Grundbuch von Bottenhorn, Band 44, Blatt 1581, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Bottenhorn, lfd. Nr. 2, Flur 20, Flurstück 110/2, Hof- und Gebäudefläche, Feldstraße 11, Größe 3,43 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 20, Flurstück 110/4, Grünland, Auf dem Höhacker, Größe 7,96 Ar, sollen am Dienstag, dem 26. Februar 1980, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 3560 Biedenkopf, Hainstraße 72, Sitzungssaal 2 im Nebengebäude Hainstraße 70, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 5. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rentner Willi Gößler und seine Ehefrau Elfriede Gößler, geborene Fischer, beide in Bad Endbach-Bottenhorn, — je zur Hälfte —.

Die Zeitschrift für Sozialreform

Herausgeber:

Prof. Dr. Rohwer-Kahlmann

bringt

● aktuelle Abhandlungen zu allen
Problemen der Sozialreform

● interessante Beiträge in- und
ausländischer Autoren

● Veröffentlichungen im inter-
nationalen Vergleich

und dient damit

● Wissenschaft und Praxis

Bitte fordern Sie Probeexemplare an

Druck- und Verlagshaus Chmielorz

Wilhelmstraße 42 · Postfach 2229

6200 Wiesbaden

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 7. 11. 1979 Amtsgericht

3719

K 27/79: Das im Grundbuch von Breidenstein, Band 27, Blatt 970, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Breidenstein, Flur 9, Flurstück 306/40, Hof- und Gebäudefläche, Obere Haide 3, Größe 2,97 Ar, soll am Dienstag, dem 12. Februar 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3560 Biedenkopf, Hainstraße 72, Sitzungssaal 2 im Nebengebäude Hainstraße 70, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 11. 7. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Witwe des Drehers Rudolf Schmidt, Lina geborene Seibel, geboren 24. Juli 1912, in Breidenstein, Obere Haide 3, 3560 Biedenkopf.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 31. 10. 1979 Amtsgericht

3720

2 K 31/78: Das im Grundbuch von Eckartsborn, Band 16, Blatt 848, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eckartsborn, Flur Nr. 1, Flurstück 31, Hof- und Gebäudefläche, Oberdorfstraße 17, Größe 3,86 Ar, soll am Montag, dem 28. Januar 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 10. 1978 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Forstarbeiter Heinz Grun und dessen Ehefrau Anneliese Grun geb. Fahrmeier, 6474 Ortenberg-Eckartsborn — zu je $\frac{1}{2}$ —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 63 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 2. 11. 1979 Amtsgericht

3721

61 K 138/77: Der im WE-Grundbuch von Arheilgen, Band 198, Blatt 8183, eingetragene 530/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Arheilgen, Flur 17, Flurstück 137, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Landstraße 48, Größe 4,17 Ar, Gemarkung Arheilgen, Flur 17, Flurstück 138, Gartenland, Frankfurter Landstraße, Größe 5,18 Ar,

Gemarkung Arheilgen, Flur 17, Flurstück 139, Gartenland, Frankfurter Landstraße, Größe 2,08 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichneten Wohnung nebst den mit der gleichen Nummer bezeichneten Nebenräumen, soll am 21. Februar 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildensplatz 12, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. 10. 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Doris Hühne geb. Heider, Darmstadt-Arheilgen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 25. 10. 1979

Amtsgericht, Abt. 61

3722

61 K 123/79: Das im Grundbuch von Eschollbrücken, Band 19, Blatt 1017, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eschollbrücken, Flur 1, Flurstück 95, Hof- und Gebäudefläche, Darmstädter Str. 50, Größe 3,77 Ar, soll am 7. Januar 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildensplatz 12, Saal 504, I. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 7. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Heinrich Klingelhöfer, geb. 3. 3. 1946, Pfungstadt,

b) Günter Klingelhöfer, geb. 30. 3. 1949, daselbst,

— in Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 1. 11. 1979

Amtsgericht, Abt. 61

3723

31 K 21/78: Das im Grundbuch von Semd, Band 37, Blatt 2025, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Semd, Flur 1, Flurstück 350/1, Hof- und Gebäudefläche, Groß-Umstädter Straße 1, Größe 9,10 Ar, soll am Donnerstag, dem 10. Januar 1980, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 24. 2. 1978 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elisabeth Stielow, Semd.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 78 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 6. 11. 1979 Amtsgericht

3724

8 K 46/78: Die im Grundbuch von Oberscheld, Band 40, Blatt 1455, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberscheld, Flur Nr. 71, Flurstück 187/2, Hof- und Gebäudefläche, Falkensteinweg, Größe 2,34 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Oberscheld, Flur Nr. 71, Flurstück 188/2, desgl., das., Größe 2,65 Ar,

sollen am 6. Februar 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 6. 1978 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Hofofenarbeiter Ernst Paul Nickel und Brigitte geb. Seibel, Oberscheld, Falkensteinweg 10,

— zu je $\frac{1}{2}$ Anteil —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für lfd. Nr. 1 auf 35 382,— DM,
für lfd. Nr. 2 auf 67 618,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 8. 11. 1979 Amtsgericht

3725

84 K 540/77 — Zwangsversteigerung: Das im Grundbuch von Frankfurt am Main-Höchst, Bezirk Schwanheim (53), Band 135, Blatt 3536, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schwanheim, Flur 10, Flurstück 385/1840, Hof- und Gebäudefläche, Schwarzbachstraße 31, Größe 4,10 Ar,

soll am Freitag, dem 18. April 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Zimmer 100, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 12. 1977 (Versteigerungsvermerk):

Johanna Margarethe Berz, Witwe, Schwarzbachstraße 31, 6000 Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 200 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 29. 10. 1979

Amtsgericht, Abt. 84

3726

K 67/77: Der halbe Miteigentumsanteil, Abt. I, Nr. 1a, des im Grundbuch von Mörlenbach, Band 27, Blatt 1319, eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mörlenbach, Flur Nr. 4, Flurstück 55/10, Hof- und Gebäudefläche, Schillerstraße, Größe 6,90 Ar,

soll am Donnerstag, dem 24. Januar 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6149 Fürth, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 11. 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Lorenz Paul Heckmann, Mörlenbach.

Der Wert des Grundstücksteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 140 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 7. 11. 1979 Amtsgericht

3727

K 19/79: Das im Grundbuch von Birkenau, Band 72, Blatt 2872, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Birkenau, Flur 8, Flurstück 18/6, Hof- und Gebäudefläche, Am Binsenberg, Größe 4,46 Ar,

soll am Donnerstag, dem 14. Februar 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 6149 Fürth, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 7. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Rüdiger von Bergmann und Claudia, geb. Böger, Am Binsenberg 7, 6943 Birkenau.

Der Wert des Grundstücks ist nach §§ 74a Abs. 5, 85a ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 19. September 1979 festgesetzt auf 126 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 12. 11. 1979

Amtsgericht

3728

K 22/79: Die im Grundbuch von Mörlenbach, Band 53, Blatt 2096, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mörlenbach, Flur Nr. 4, Flurstück 104/17, Hof- und Gebäudefläche, Pfadwiesenstraße 13, Größe 3,16 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Mörlenbach, Flur Nr. 4, Flurstück 106/5, Hof- und Gebäudefläche, Pfadwiesenstraße 13, Größe 3,12 Ar,

Eine zuverlässige Sammlung aller wichtigen Rechtsvorschriften ist in der juristischen Praxis von unschätzbarem Wert. Das

Sammelblatt

für Rechtsvorschriften des Bundes und der Länder

sorgt für den vollständigen Abdruck des BGBl. Teil I und für den Nachdruck aller wesentlichen Rechtsvorschriften aus dem BGBl. Teil II, dem Bundesanzeiger sowie den Gesetz- und Verordnungsblättern aller Bundesländer in einer redaktionellen Auswahl, die von Anwälten aus der Praxis für die Praxis besorgt wird.

Erscheinungsweise: wöchentlich.

Nr. 45/1979 brachte mit 52 Seiten die Neufassung des Bundesbesoldungsgesetzes.

Diese Ausgabe kann auch als Einzelheft zum Preis von DM 6,— abgegeben werden.

Engel-Verlag Dr. iur. Kurt Engel Nachf.

Wilhelmstraße 42 — Postfach 22 29 — 6200 Wiesbaden

sollen am Donnerstag, dem 31. Januar 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6149 Fürth, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. 8. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Friedrich Johannes Bartmann, Mörlenbach, — zu $\frac{1}{2}$ —,

b) Margarete Hoffmann geb. Bartmann, Mörlenbach, — zu $\frac{1}{2}$ —.

Der Wert der Grundstücke ist nach §§ 74a Abs. 5, 85a ZVG festgesetzt auf 207 680,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 7. 11. 1979

Amtsgericht

3729

K 5/78: Das im Grundbuch von Borken, Band 73, Blatt 2310, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Borken, Flur 5, Flurstück 7/33, Hof- und Gebäudefläche, Hersfelder Straße, Größe 7,62 Ar,

soll am 25. Januar 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schladenweg 1, Zimmer Nr. 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 3. 1978 bzw. 20. 3. 1979 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Eheleute Kurt Schindzielorz und Inge geb. Höhle, jetzt: Frankfurter Straße 92, 3500 Kassel, — zu je $\frac{1}{2}$ —.

Der Wert des Grundstücks würde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 198 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 7. 11. 1979

Amtsgericht

3730

24 K 51/78: Der im Wohnungsgrundbuch von Nauheim, Band 76, Blatt 3179, eingetragene 411/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Nauheim, Flur 4, Flurstück Nr. 459/1, Hof- und Gebäudefläche, Thomas-Mann-Straße 1—7, Größe 152,97 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 119 bezeichneten Wohnung und dem dazugehörigen Kellerraum Nr. 119, sowie einem Sondernutzungsrecht an dem Kraftfahrzeugabstellplatz Nr. 119,

soll am Mittwoch, dem 23. Januar 1980, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude/Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, Tiefgeschob, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 27. 6. 1978 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Zahedi, Fatemeh, Hausfrau, Granada Hills, Cal. 91344, 12607 Darla Ave., USA.

Der Wert des Miteigentumsanteils wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 110 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 31. 10. 1979

Amtsgericht

3731

2 K 14/79: Das im Grundbuch von Hausen, Band 23, Blatt 880, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 6, Flurstück 158, Ackerland, Hinter der Wolfsgrub, Größe 11,78 Ar,

soll am 8. Februar 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gymnasiumstraße 8, Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 5. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Alois Neuherz, geb. am 14. 9. 1940, Bricht-Schermbeck, Alte Poststr. 5.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3994,40 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 6. 11. 1979

Amtsgericht

3732

2 K 24/77: Das im Grundbuch von Flörsheim-Wicker, Band 56, Blatt 1946, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wicker, Flur 24, Flurstück 223, Ackerland, Bei der Steinmühle, Größe 54,10 Ar,

soll am 14. Januar 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hochheim am Main, Kirchstraße 21, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 10. 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dipl.-Ingenieur Gino Oskar Wey in Rüsselsheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6203 Hochheim am Main, 30. 10. 1979

Amtsgericht

3733

64 K 154/78: Die Miteigentumshälfte des im Grundbuch von Wehlheiden, Band 72, Blatt 1957, eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehlheiden, Flur H, Flurstück 33/4, Lieg.-B. 1678, Hof- und Gebäudefläche, Kleiner-Holzweg 15, Größe 4,05 Ar,

soll am 6. Februar 1980, 11.30 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 9, Zimmer 023 (Sockelgeschob), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 13. 11. 1978 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Ehefrau Marianne Brüßler, jetzt Giesing, geborene Reinsdorf, in Kassel.

Eingetragene Eigentümerin auf Grund Auffassung vom 6. Februar 1979 und Eintragung vom 9. Juli 1979: Gisela Guth, geb. Giesing, geb. 6. Juni 1949, Baunatal.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 31. 10. 1979

Amtsgericht, Abt. 64

3734

64 K 7/79: Die halben Miteigentumsanteile an dem im Grundbuch von Nieste, Band 42, Blatt 1567, eingetragenen Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nieste, Flur 2, Flurstück 21, Lieg.-B. 609, Hof- und Gebäudefläche, Renthof 3, Größe 1,65 Ar,

sollen am 19. Februar 1980, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 023 (Sockelgeschob), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 2. 1979 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Frisch, Klaus, geb. 25. 11. 1950,
b) Frisch, Helga, geb. Dinneber, geb. 30. 10. 1953,

— beide Fuldabrück — je zu $\frac{1}{2}$ —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 17. 10. 1979

Amtsgericht, Abt. 04

3735

64 K 114/79: Die Miteigentumshälften des im Grundbuch von Harleshausen, Band Nr. 198, Blatt 6063, eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Harleshausen, Flur 11, Flurstück 472/40, Lieg.-B. 1119, Hof- und Gebäudefläche, An den Pfaffenbäumen 10, Größe 7,08 Ar,

sollen am 30. Januar 1980, 8.30 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 9, Zimmer 023 (Sockelgeschob), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 8. 1979 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Haase, Karlheinz, Kaufmann, Kassel, — zu $\frac{1}{2}$ —,

b) Haase, Emma, geb. Körber, Hausfrau, Kassel, — zu $\frac{1}{2}$ —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 6. 11. 1979

Amtsgericht, Abt. 04

3736

7 K 15/79: Das im Grundbuch von Bobstadt, Band 22, Blatt 990, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bobstadt, Flur 1, Flurstück 272/3, Hof- und Gebäudefläche, Heinrichstraße 7, Größe 7,15 Ar, soll am Dienstag, dem 20. Januar 1980, 9.30 Uhr, im Sitzungssaal des alten Rathauses in Lampertheim, Römerstraße, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 4. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Edwin Dinges, Heinrichstraße 7, Bobstadt.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 122 617,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6840 Lampertheim, 9. 11. 1979

Amtsgericht

3737

7 K 39/78: Das im Wohnungsgrundbuch von Langen, Band 320, Blatt 13 148, eingetragene Wohnungseigentum, bestehend in dem 33/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Langen, Flur 21, Flurstück Nr. 156/6, Hof- und Gebäudefläche, Liebigstraße, Größe 16,67 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 1228 bezeichneten Wohnung im 2. Obergeschoß und dem mit Nr. 228 bezeichneten Keller-raum im 2. Untergeschoß,

soll am 15. Februar 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. 1. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Günther Karl Paul Juergens, in Malschen.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 84 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 18. 10. 1979

Amtsgericht

3738

7 K 6/79: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ohren, Band 21, Blatt 642,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Ohren, Flur 12, Flurstück 163/122, Lieg.-B. 139, bebauter Hofraum mit Hausgarten, Größe 4,58 Ar, soll am Mittwoch, dem 9. Januar 1980, 14.00 Uhr, Raum 14, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Schiede Nr. 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 4. 1979 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Emmi Eppstein geb. Lenz in Hünfelden-Ohren, Schulstraße 15.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 107 908,— DM für bebauter Hofraum mit Hausgarten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 10. 10. 1979

Amtsgericht

3739

7 K 11/79: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Runkel, Band Nr. 18, Blatt 614,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Runkel, Flur 2, Flurstück 67/5, Ackerland, Auf der Heide, Größe 25,58 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Runkel, Flur 2, Flurstück 67/6, Ackerland, Auf der Heide, Größe 14,60 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Runkel, Flur 2, Flurstück 67/7, Ackerland, Auf der Heide, Größe 32,85 Ar,

soll am Mittwoch, dem 16. Januar 1980, 14.00 Uhr, Saal 14, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Schiede 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 4. 1979 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Landwirt Dieter Büttner in Runkel, geb. 21. 12. 1940.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

2046,40 DM für das Grundst. lfd. Nr. 2,

1168,— DM für das Grundst. lfd. Nr. 3,

2628,— DM für das Grundst. lfd. Nr. 4.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 10. 10. 1979

Amtsgericht

3740

K 49/76: Der im Grundbuch von Bad König, Band 62, Blatt 2641, eingetragene 37,440/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bad König, Flur Nr. 7, Flurstück 376/6, Hof- und Gebäudefläche, Am Weinertsberg, Größe 126,77 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. B III/2 im 3. Obergeschoß gemäß Aufteilungsplan,

soll am 22. Januar 1980, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Erbacher Str. 47, Zimmer 129, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. 12. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. a) Günther Schlamp, — zu 1/2 —,

b) Norbert Schlamp, — zu 1/2 —.

Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 2535 bis 2762) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Bezüglich der Abstellplätze ist eine Benutzungsregelung getroffen.

Der Wert des Wohnungs- und Teileigentums ist nach § 74a ZVG festgesetzt auf 49 780,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6120 Michelstadt, 5. 11. 1979 **Amtsgericht**

3741

K 50/76: Der im Grundbuch von Bad König, Band 62, Blatt 2648, eingetragene 37,440/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bad König, Flur 7, Flurstück 376/6, Hof- und Gebäudefläche, Am Weinertsberg, Größe 126,77 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. B IV/2 im 4. Obergeschoß gemäß Aufteilungsplan,

soll am 22. Januar 1980, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße 47, Zimmer 129, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. 12. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) Günter Schlamp, — zu 1/2 —,

b) Norbert Schlamp, — zu 1/2 —.

Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 2535 bis 2762) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Bezüglich der Abstellplätze ist eine Benutzungsregelung getroffen.

Der Wert des Wohnungs- und Teileigentums ist nach § 74a ZVG festgesetzt auf 49 780,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6120 Michelstadt, 5. 11. 1979 **Amtsgericht**

Krankenhausfinanzierungsgesetz und Bundespflegesatzverordnung

MIT KOMMENTAR

von Diplom-Volkswirt Dr. Hans Joachim Schlauß,
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbandes
der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund) e. V.,

und Assessor Günter Bölke,
Geschäftsführender Direktor der Hessischen
Krankenhausgesellschaft, Frankfurt am Main.

Der Kommentar nimmt zu allen wichtigen Fragen und Problemen Stellung. Er ist hochaktuell!

Loseblattwerk, Format DIN A 5, derzeitiger Umfang
ca. 800 Seiten.

Preis des Grundwerkes einschl. Spezialordner
94,— DM (inkl. USt.).

Engel-Verlag · Dr. iur. Kurt Engel Nachf. · Wilhelmstraße 42 · Postfach 22 29 · 6200 Wiesbaden

3742

K 13/79 — **Zwangsvollstreckung:** Das im Grundbuch von Rhünda, Band 13, Blatt 447, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 9, Gemarkung Rhünda, Flur 1, Flurstück 74/21, Hof- und Gebäudefläche, Schwalmweg 5, Größe 12,71 Ar, soll am 1. Februar 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Melsungen, Kasseler Straße Nr. 29, Zimmer Nr. 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 27. 6. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Kaufmann Horst Justus Büttner und Marianne Büttner geborene Ebert, Hauptstraße 4, jetzt Schwalmweg 5, Felsberg-Rhünda, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 315 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3508 Melsungen, 7. 11. 1979 **Amtsgericht**

3743

7 K 39/78: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs-Grundbuch von Offenbach am Main, Band 445, Blatt 13 215, eingetragene 1090/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Offenbach, Flur 2, Flurstück 453/1, LB 6869, Hof- und Gebäudefläche, Hermann-Steinhäuser-Straße 18, Größe 47,90 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 4017 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am 18. Dezember 1979, 9.00 Uhr, durch das Amtsgericht Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. 3. 1978 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wiedemann-Bau Grundstückerschließungs- u. Wohnungsbau Kommanditgesellschaft in Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 118 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 5. 11. 1979 **Amtsgericht**

3744

7 K 166/78: Zur Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Bürgel, Band 97, Blatt 3713, eingetragene Grundstück

Gemarkung Bürgel, Flur 1, Flurstück Nr. 231/9, Hof- und Gebäudefläche, Schöfenstr. 36, Größe 7,85 Ar,

am 30. Januar 1980, 8.30 Uhr, durch das Amtsgericht Offenbach am Main, Geb. D, Luisenstr. 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 12. 1978 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Becker, geb. Müller, Anna Ottilie, — zu 1/2 —,

b) Offenbacher Volksbank eG, Offenbach am Main, — zu 1/2 —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 400 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 9. 11. 1979 **Amtsgericht**

3745

K 15/79 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Cornberg, Band 7, Blatt 203, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Cornberg, Flur 3, Flurstück 122, Hof- und Gebäudefläche, Bergstraße, Haus Nr. 11, Größe 3,86 Ar, soll am 18. Januar 1980, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Rotenburg a. d. Fulda, Weidenberggasse 1, Großer Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 7. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Arbeiter Herbert Hübner in Cornberg, 2. Ehefrau Hildegard Hübner, geb. Bayer, in Cornberg, — je zu 1/2 —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 35 500,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg (Fulda), 8. 11. 1979 **Amtsgericht**

3746

K 17/79: Die Miteigentumshälfte des im Grundbuch von Cornberg, Band 7, Blatt 203, eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Cornberg, Flur 3, Flurstück 122, Hof- und Gebäudefläche, Bergstraße, Haus Nr. 11, Größe 3,86 Ar, soll am 18. Januar 1980, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Rotenburg a. d. Fulda, Weidenberggasse 1, Großer Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 8. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ehefrau Hildegard Hübner, geb. Bayer, in Cornberg, — zu 1/2 —.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 17 750,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg (Fulda), 8. 11. 1979 **Amtsgericht**

3747

K 1/79: Die im Grundbuch von Salmünster, Band 78, Blatt 2524, eingetragene Grundstückshälfte

lfd. Nr. 1, Gemarkung Salmünster, Flur A, Flurstück 1220/356, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße 22, Größe 1,49 Ar,

soll am 12. Februar 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 1. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Hepp in Bad Soden-Salmünster, — zu 1/2 Anteil —.

Der Wert der Grundstückshälfte ist gem. § 74 Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 91 836,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6490 Schlüchtern, 8. 11. 1979 **Amtsgericht**

3748

K 33/78 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Frielendorf, Band 27, Blatt 830, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Frielendorf, Flur Nr. 11, Flurstück 182, Gebäude- und Freifläche, Grünland, Große Wiesen 14, Größe 83,81 Ar,

soll am Freitag, dem 11. Januar 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalm-

stadt, Steinkautsweg 2, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. 9. 1978 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fabrikant Manfred Haun, Frielendorf. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 340 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3578 Schwalmstadt, 6. 11. 1979 **Amtsgericht**

3749

K 1 bis 6/77: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am Montag, dem 14. Januar 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Seligenstadt/Hessen, Giselastraße 1, Saal 1, folgende Miteigentumsanteile, eingetragen im Grundbuch von Dudenhofen an dem Grundstück der Gemarkung Dudenhofen, Flur 2, Flurstück 571/2, Hof- und Gebäudefläche, Spessartring 47—51, Größe 105,81 Ar, jeweils verbunden mit dem Sondereigentum an den nachstehend bezeichneten Wohnungen, versteigert werden:

Akten- zei- chen K.../77Blatt	Grund- buch anteil	Mit- eigen- tums- anteil in 10 000stel	Woh- nung Nr.	Wert DM
1	3301	97,53	110	69 500,—
2	3302	34,76	120	25 000,—
3	3303	97,67	130	70 000,—
4	3304	97,53	111	69 500,—
5	3305	34,76	121	25 000,—
6	3306	97,67	131	70 000,—

Das Miteigentum ist jeweils durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Bei den angegebenen Werten handelt es sich um die nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzten Verkehrswerte.

Eingetragener Eigentümer am 13. 1. 1977 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

ELAN-Wohnungsbau GmbH & Co. KG in Rodgau 2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 5. 11. 1979 **Amtsgericht**

3750

3 K 28/79: Die im Grundbuch von Vollnkirchen, Band 22, Blatt 820, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 2, Gemarkung Vollnkirchen, Flur 1, Flurstück 212/2, Lieg.-B. 376, Weg, Ober dem Wetzlarer Weg, Größe 0,03 Ar, Wert: 60,— DM,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Vollnkirchen, Flur 2, Flurstück 78/6, Gehweg, Hauptstr., Größe 0,15 Ar, Wert: 300,— DM,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Vollnkirchen, Flur 2, Flurstück 75/1, Hof- und Gebäudefläche, daselbst (jetzt: Werthhäuserstr. 6), Größe 13,91 Ar, Wert: 52 820,— DM,

sollen am 13. Februar 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Zimmer 208, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 6. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Walli Befort geb. Wolf, Vollnkirchen.

Beschluß: Die Werte der Grundstücke werden nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgerichtlichen Schätzung vom 15. August 1979 gegenüber allen Beteiligten auf die oben angegebenen Beträge.

Hinweis: In dem Versteigerungstermin am 7. November 1979 ist der Zuschlag gem. § 74a Abs. 1 ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 8. 11. 1979 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

Konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Fritzlar

Die konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Fritzlar findet am Donnerstag, dem 29. November 1979, 15.30 Uhr, im Sitzungszimmer des Kreisverwaltungsgebäudes in Homberg, Parkstraße 6, statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Verbandsvorsitzenden
2. Wahl des Vorsitzenden der Verbandsversammlung
3. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden der Verbandsversammlung
4. Wahl eines Schriftführers
5. Beratung und Beschlußfassung über den Erlaß einer Satzung über Gebühren zur Deckung der Kosten der Tierkörperbeseitigung
6. Beratung und Beschlußfassung über den mit der Betreiberin der TKBA Fritzlar abzuschließenden Unternehmervertrag
7. Beratung und Beschlußfassung über den Erlaß einer Entschädigungssatzung für ehrenamtlich Tätige
8. Beratung und Beschlußfassung über den Erlaß der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1979.

3588 Homberg, 12. 11. 1979

**Zweckverband
Tierkörperbeseitigungsanstalt
Fritzlar**

Änderung der Satzung für den Sparkassen-Stützungsfonds des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes

Die Verbandsversammlung des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes hat am 26. Oktober 1979 folgende Änderungen der Satzung für den Sparkassen-Stützungsfonds des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes vom 7. November 1975 (StAnz. 1976 S. 94) beschlossen:

1. Nr. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:
„Der Verband kann Stützungsmaßnahmen nach Maßgabe der folgenden Bedingungen durchführen.“
2. Nr. 2 wird um folgenden Satz 4 ergänzt:
„Ein Stützungsfall kann auch angenommen werden, wenn Maßnahmen zur Wahrung sparkassenpolitischer Interessen, insbesondere zur Vermeidung wesentlicher Nachteile für die hessische Sparkassenorganisation, geboten erscheinen.“
3. Nr. 4 Sätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:
„Der Vorstand entscheidet mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder, ob und in welcher Form Stützungsmaßnahmen durchgeführt werden; bei Stützungsmaßnahmen nach Ziff. 2 Satz 4 bedarf es außerdem der mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder zu beschließenden Zustimmung des Bezirksobmannerausschusses. An den Sitzungen des Vorstandes nimmt ein Vertreter des DSGV mit beratender Stimme teil.“

6000 Frankfurt am Main, 12. 11. 1979

**Hessischer Sparkassen- und
Giroverband**

Öffentliche Bekanntmachung des Umlandverbandes Frankfurt

Die 14. Sitzung der Gemeindekammer des Umlandverbandes Frankfurt findet am Mittwoch, 28. November 1979, 9.30 Uhr, im Sitzungsraum Nr. 202 der Geschäftsstelle des Umlandverbandes Frankfurt, Am Hauptbahnhof 18, statt.

Tagesordnung I:

1. Mitteilungen des Vorsitzenden der Gemeindekammer
2. Mitteilungen des Verbandsausschusses
3. Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Satzungen
 - 3.1 Änderungsverfahren der gemäß § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungspläne verbandsangehöriger Gemeinden im UVF-Gebiet
 - 3.2 Fortgeltende Flächennutzungspläne gem. § 4 a BBauG der verbandsangehörigen Gemeinden
4. Sulzbach
Neufassung der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Sulzbach
hier: Erneute Offenlegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 2 a (6) BBauG
5. Grävenwiesbach
 1. Änderung des gem. § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes der Gemeinde Grävenwiesbach in den Ortsteilen Grävenwiesbach, Naunstadt, Hundstadt, Laubach und Mönstadt
hier: Beschlußfassung über Anregungen und Bedenken, gleichzeitig abschließender Beschluß der Flächennutzungsplanänderung
6. Flörsheim am Main
Flächennutzungsplan-Vorentwurf
hier: Vorabstimmung

6000 Frankfurt am Main, 14. 11. 1979

**Umlandverband Frankfurt
Die Gemeindekammer
gez.: Dr. F a y
Vorsitzender**

Satzung des Wasserverbandes „Oberes Lahnggebiet“ mit Sitz in Biedenkopf

Bezug: Veröffentlichung vom 20. Juni 1979 (StAnz. S. 1681)
In § 31 Abs. 2 der o. a. Satzung muß es in der 4. Zeile statt Ausgabe richtig

heißen.

Angabe

Die Redaktion

Öffentliche Bekanntmachungen der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain

Die 6. — öffentliche — Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Wirtschaft, Landwirtschaft und Forsten findet am Montag, 26. November 1979, 17.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

Tagesordnung:

1. Wahl des stellv. Vorsitzenden
2. Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes
3. Bericht zur Entwicklung der Region 1979
4. Terminplanung 1980
5. Anfragen und Mitteilungen.

Die 5. — öffentliche — Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Umwelt findet am Dienstag, 27. November 1979, 15.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

Tagesordnung:

1. Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes
2. Bericht zur Entwicklung der Region 1979
3. Terminplanung 1980
4. Anfragen und Mitteilungen.

Die 5. — öffentliche — Sitzung des Ausschusses für Kultur und Schule findet am Dienstag, 27. November 1979, 16.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 202, statt.

Tagesordnung:

1. Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes
2. Bericht zur Entwicklung der Region 1979
3. Terminplanung 1980
4. Anfragen und Mitteilungen.

Die 4. — öffentliche — Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht und Finanzen findet am Donnerstag, 29. November 1979, 15.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof Nr. 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

Tagesordnung:

1. Benennung des Berichterstatters für die Sitzung der Verbandsversammlung am 11. 12. 1979
2. Haushaltssatzung der RPU für das Haushaltsjahr 1980
3. Verlängerung der Laufzeit der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain und dem Umlandverband Frankfurt
4. Terminplanung 1980
5. Mitteilungen und Anfragen.

Die 10. — öffentliche — Sitzung des Strukturausschusses findet am Freitag, 30. November 1979, 13.00 Uhr, in Frankfurt

am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

Tagesordnung:

1. Benennung des Berichterstatters für die Sitzung der Verbandsversammlung am 11. 12. 1979
2. Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes
3. Bericht zur Entwicklung der Region 1979
4. Terminplanung 1980
5. Mitteilungen und Anfragen.

Die öffentliche Sitzung des Ältestenausschusses der RPU findet am Freitag, 30. November 1979, 15.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

Tagesordnung:

1. Verfahren zur Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes
2. Terminplanung 1980
3. Anfragen und Mitteilungen.

6000 Frankfurt am Main, 14. 11. 1979

Regionale Planungsgemeinschaft
Untermain
Die Verbandsversammlung
gez. Prof. Dr. Kurtz
Präsident

Öffentliche Ausschreibungen

Marburg: Die Bauleistungen für den Ausbau der B 3a/B 62 neu, Teilabschnitt AS Cölbe—AS Niederwald, sollen vergeben werden.

Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:

660 000 cbm	Erdbewegung
9 000 cbm	Frostschutzmaterial d. K. 0/45 mm
5 500 qm	bit. Tragschicht (10 cm dick) und Decke (4 cm dick)
3 600 m	Rohrverlegungsarbeiten (versch. Durchmesser) und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 460 Werkstage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Gebühr von 30,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Kassel, Fünffensterstraße 6, Postcheckkonto Ffm. Nr. 67 45-608 (BLZ 500 100 60) oder bei der Kreissparkasse Kassel, Konto-Nr. 5009 (BLZ 520 502 52) einzuzahlen.

Meldeschluß: 23. November 1979.

Eröffnungstermin: Der genaue Termin wird im Begleitschreiben zu den Angebotsblanketten bekanntgegeben.

3550 Marburg, 9. 11. 1979

Hessisches Straßenbauamt

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Abbruch der alten und Neubau der Schwalmbrücke in Schwalmstadt — Stt. Dittershausen einschl. Schwalmregulierung im Zuge der L 3145 sollen öffentlich ausgeschrieben und vergeben werden.

Auszuführen sind u. a.:

ca. 400 qm	Baugrubenverbau
ca. 2 000 cbm	Erdarbeiten
ca. 800 cbm	Baugrubenaushub
ca. 350 cbm	Beton- und Stahlbetonarbeiten
ca. 4 t	Stahl III einbauen
ca. 500 qm	Wasserbaupflaster herstellen
ca. 60 m	Stahlgänder einbauen

Bauzeit: 240 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 27. November 1979 unter Beifügung der Quittung über Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 75,— DM für zwei Ausfertigungen schriftlich anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postcheckkonto Ffm., Nr. 67 53-609, BLZ 500 100 60 oder der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg in Bad Hersfeld, Kto.-Nr. 1 000 205, BLZ 532 500 00, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 18. Dezember 1979, 11.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19, Zimmer Nr. 222. Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur Bieter bzw. Bevollmächtigte zugelassen.

Zuschlags- und Bindefrist: 15. Februar 1980.

6430 Bad Hersfeld, 12. 11. 1979

Hessisches Straßenbauamt

Frankfurt: ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNG. Neubau Gartenhallenbad Rebstock, August-Euler-Straße / Ursinusstraße (Rebstockpark), 6000 Frankfurt am Main.

Die Frankfurter Aufbau AG beabsichtigt im Namen und für Rechnung der Stadt Frankfurt am Main die Ausführung der nachfolgend näher bezeichneten Arbeiten für die o. a. Baumaßnahme zu vergeben.

Bei dem zu errichtenden Gebäude handelt es sich um ein Flächenbauwerk von ca. 8 000 qm Grundfläche und einem Brutto-Rauminhalt von rd. 87 000 cbm nach DIN 277.

1. STAHLFASSADENKONSTRUKTION

als tragendes wie auch nicht tragendes Stahlfachwerk, unterteilt in verglaste Flächen und geschlossene Fachwerkwände (bauseitige Ausfachung) komplett mit Ausrüstung zur Befensterung, eingebauten Portalanlagen, Verglasung und anteiligen Gerüstarbeiten.

Gesamtstahlgewicht	ca. 120 t
Stahlglasfassadenfläche	ca. 2 100 qm
geschlossene Fassadenfläche	ca. 1 100 qm

2. SPEZIAL-HOLZDACHKONSTRUKTION

in Holz-Leimbauweise, komplett mit gespundeter Bohlen-schalung, Dacheindeckung sowie untergehängter Akustik- und Feuerschutzdecke

Holzleim-Fischbauchträger	ca. 580 cbm	Holzmasse,
Holzleim-Zug- und Biegerippen	ca. 450 cbm	Holzmasse,
Bohlenschalung	ca. 9 000 qm	Fläche,
Trag- und Lagerhölzer	ca. 80 cbm	Bauholz,
Dach- und Deckenflächen	ca. 9 000 qm	Fläche,
Fassadenverkleidung	ca. 1 100 qm	Fläche.

Interessierte, leistungsfähige Firmen, die an einem der beiden Wettbewerbe teilnehmen möchten, werden gebeten, sich schriftlich bis zum 7. Dezember 1979 bei der Frankfurter Aufbau AG, Gutleutstraße 40, 6000 Frankfurt am Main 1, unter Angabe des in Frage kommenden Gewerkes (1 oder 2) zu bewerben.

Die Unternehmer sollen Angaben beifügen, nach denen ihre Fachkunde und Leistungsfähigkeit beurteilt werden kann. Ein Anspruch auf Beteiligung am Wettbewerb besteht jedoch nicht. Die Vergabeunterlagen werden gegen einen nachfolgend genannten Unkostenbeitrag abgegeben. Der Bewerbung ist die Quittung über die Einzahlung des entsprechenden Betrages auf das Postcheckkonto 826 17-603 Frankfurt am Main mit dem Vermerk „Ausschreibung Gartenhallenbad Rebstock“ beizufügen.

1. Stahlfassadenkonstruktion: Unkostenbeitrag 80,— DM, Versand des Leistungsverzeichnisses durch die Post am 18. Dezember 1979.

Eröffnungstermin am 24. Januar 1980, 10.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Gutleutstraße 40, 1. Stock.

2. Holzdachkonstruktion: Unkostenbeitrag 75,— DM, Versand des Leistungsverzeichnisses durch die Post am 20. Dezember 1979.

Eröffnungstermin am 31. Januar 1980, 10.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Gutleutstraße 40, 1. Stock.

6000 Frankfurt am Main, 9. 11. 1979

FRANKFURTER AUFBAU AG
Postfach 16340, Gutleutstraße 40, 6000 Frankfurt am Main 1

Gießen: Für den Ausbau der OD Laubach/Röthges mit Teilabschnitten der freien Strecke im Zuge der L 3007, Baulänge 860 m, sollen nachfolgende Leistungen vergeben werden:

- 3 280 cbm Erdbewegung
- 755 t Frostschuttschicht
- 1 370 cbm Frostschuttschicht
- 450 cbm steinigtes Material 0/200 mm
- 155 t Tragschicht 0/32 mm
- 3 650 qm Tragschicht 0/32 mm
- 1 800 qm Binder 0/16 mm
- 170 t Binder 0/16 mm
- 5 950 qm Asphaltbeton 0/8 mm
- 115 t Asphaltbeton 0/8 mm
- 270 t Steinerde
- 380 t steinigtes Material 0/100 mm
- 450 m Dränleitung
- 12 St. Schächte Ø 60 cm
- 900 qm Gehwegbefestigung
- 540 m Hochbordsteine

und sonstige zugehörige Leistungen.

Bauzeit: 95 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Anforderung der Ausschreibungsunterlagen muß bis spätestens 10. Dezember 1979 beim Hessischen Straßenbauamt Gießen eingegangen sein. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 31,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Frankfurt am Main, Bankleitzahl 500 100 60, Konto-Nr. 393 12/603, unter Bezeichnung „Ausbau der OD Laubach/Röthges mit Teilabschnitten der freien Strecke im Zuge der L 3007.“

Eröffnungstermin: 17. Januar 1980, 10.00 Uhr.

Zuschlags- und Bindefrist: 18. Februar 1980.

6300 Gießen, 8. 11. 1979

Hessisches Straßenbauamt

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für das Versetzen der Schloßmauer im Zuge der Umgehungsstraße Friedewald (B 62) sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Auszuführen sind u. a.:

- ca. 100 cbm vorh. Mauerwerk abbrechen
- ca. 65 cbm Bruchsteinmauerwerk herstellen
- ca. 45 cbm Betonarbeiten

Bauzeit: 45 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 30. November 1979 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 40,— DM für zwei Ausfertigungen schriftlich anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm., Nr. 67 53-609, BLZ 500 100 60 oder bei der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg in Bad Hersfeld, Kto.-Nr. 1000 205, BLZ 532 500 40, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Mittwoch, den 13. Dezember 1979, 11.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19, Zimmer Nr. 222.

Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur Bieter bzw. Bevollmächtigte zugelassen.

Zuschlags- und Bindefrist: 15. Januar 1980.

6430 Bad Hersfeld, 8. 11. 1979

Hessisches Straßenbauamt

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Neubau der Fulda-Brücke im Zuge der L 3471 zwischen Niederaula-Mengshausen, Kreis Hersfeld-Rotenburg, sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Auszuführen sind u. a.:

- 3 000 cbm Erdarbeiten
- 800 cbm Baugrubenaushub
- 300 qm Baugrubenverbau
- 600 qm Wasserbaupflaster herstellen
- 800 qm Flächenbefestigung
- 1 050 cbm Beton- und Stahlbetonarbeiten
- 90 t Stahl III einbauen
- 13 t Spannstahl einbauen
- 160 m Stahlgeländer herstellen

Bauzeit: 425 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 6. Dezember 1979 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 100,— DM für zwei Ausfertigungen schriftlich anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm., Nr. 67 53-609, BLZ 500 100 60 oder bei der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg in Bad Hersfeld, Kto.-Nr. 1000 205, BLZ 532 500 40, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 9. Januar 1980, 11.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19, Zimmer Nr. 222.

Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur Bieter bzw. Bevollmächtigte zugelassen.

Zuschlags- und Bindefrist: 29. Februar 1980.

6430 Bad Hersfeld, 12. 11. 1979

Hessisches Straßenbauamt

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Ausbau der K 9 zwischen Schenkklengsfeld — OT Hilmes und Friedewald — OT Hiltartshausen, Kreis Hersfeld-Rotenburg, zwischen km 3,990 und km 5,445 sollen vergeben werden.

Auszuführen sind u. a.:

- ca. 2 800 cbm Mutterboden
- ca. 17 500 cbm Erdarbeiten
- ca. 4 850 cbm Frostschutzmaterial
- ca. 8 750 qm Asphalttragschicht, Körnung 0/32, 10 cm dick
- ca. 700 qm Asphalttragschicht, Körnung 0/32, 185 kg/qm
- ca. 8 700 qm Asphaltbeton, Körnung 0/11, 4 cm dick
- ca. 700 qm Asphaltbeton, Körnung 0/8, 75 kg/qm

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 231 Werktage (netto).

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 6. Dezember 1979 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 50,— DM für zwei Ausfertigungen schriftlich anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm., Nr. 6753-609, BLZ 500 100 60 oder bei der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg in Bad Hersfeld, Kto.-Nr. 1000 205, BLZ 532 500 40, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 20. Dezember 1979, 10.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19, Zimmer Nr. 222.

Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur Bieter bzw. Bevollmächtigte zugelassen.

Zuschlags- und Bindefrist: 8. Februar 1980.

6430 Bad Hersfeld, 12. 11. 1979

Hessisches Straßenbauamt

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Ausbau der B 449 „Vier Buchen“ zwischen Darmstadt und Traisa/Nieder-Ramstadt (km 3,904 bis km 5,046) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 25 000 cbm Bodenbewegung
- 10 000 cbm schwerer Fels
- 3 500 cbm Frostschutzmaterial
- 5 000 qm bit. Tragschicht
- 9 500 qm Asphaltbinder
- 10 000 qm Asphaltbeton
- 500 t Steinerde

und Nebenarbeiten.

Bauzeit: 175 Werktage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 23. November 1979 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 16,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 355 99-602 beim Postscheckamt Frankfurt am Main mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen B 449 „An den vier Buchen“.

Eröffnung: Mittwoch, den 12. Dezember 1979, 10.00 Uhr.

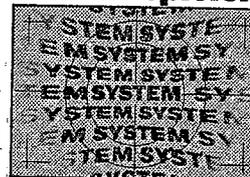
Zuschlags- und Bindefrist: 23 Werktage.

6100 Darmstadt, 31. 10. 1979

Hessisches Straßenbauamt

Aktivieren Sie Ihre Gewinnchancen

Gezielt spielen



System spielen

Gezielt spielen heißt: Spielen mit Methode im TOTO, LOTTO oder RennQuintett. Das große Glück kann niemand versprechen, aber durch planmäßiges Vorgehen und durch Kombi-

nieren von Zahlen kann man dem Glück eher auf die Scheine helfen. Darum Systemspielen. Je mehr Einzelspiele im System, desto größer die Gewinnchancen.

Holen Sie sich zum Mitspielen: System-Verzeichnisse (kostenlos) und Systembroschüren (gegen eine Schutzgebühr bei Ihrer Annahmestelle).



HESSEN TOTO (Spiel) LOTTO RennQuintett

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

In der Gemeinde

Mainhausen, Kreis Offenbach,

ist die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters

ab 1. Februar 1980 zu besetzen. Die Wahlzeit beträgt 6 Jahre; Wiederwahl ist möglich.

Die Gemeinde Mainhausen, bestehend aus den beiden Ortsteilen Mainflingen und Zellhausen, hat z. Z. eine Einwohnerzahl von rd. 7000.

Die Dienstbezüge und die Aufwandsentschädigung richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen (Bes.Gr. A 15 BBO und 350,— DM monatlich).

Gesucht wird eine dynamische, aktive und entscheidungsfreudige Persönlichkeit mit Einfühlungs- und Durchsetzungsvermögen, die fähig ist, eine Verwaltung zu leiten, Menschen zu führen und steten Kontakt mit der Bevölkerung zu pflegen.

Als Bewerber kommen nur besonders qualifizierte Persönlichkeiten in Betracht, die umfassende Kenntnisse auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung besitzen sollten und entsprechende praktische Erfahrungen nachweisen können. II. Verwaltungsprüfung ist erwünscht, jedoch nicht Bedingung.

Es wird erwartet, daß der Bürgermeister seinen Wohnsitz in der Gemeinde nimmt.

Bewerbungen sind bis zum 30. November 1979 (Datum des Poststempels) mit den üblichen Unterlagen in verschlossenem Umschlag zu richten an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses
Herrn Heinz Rickheim
Kennwort „Bürgermeisterwahl“
Friedrich-Ebert-Straße 35
6451 Mainhausen-Mainflingen

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Reklamationen

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers bitte sofort an den Verlag richten.

Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

In der Gemeinde LAHNAU, Lahn-Dill-Kreis,

ist die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters

baldmöglichst zu besetzen.

Die Gemeinde Lahnau wurde durch Gesetz zur Neugliederung des Lahn-Dill-Gebiets (Auflösung der Stadt Lahn) vom 10. Juli 1979 gebildet und besteht aus den Ortsteilen Atzbach, Dorlar und Waldgirmes. Sie hat zur Zeit eine Gesamt Einwohnerzahl von 7 874.

Die Wahlzeit beträgt 6 Jahre. Die Amtsbezüge richten sich gemäß der Verordnung über die Zuordnung der Ämter der hauptamtlichen Wahlbeamten auf Zeit der Gemeinden, Landkreise, des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen und des Umlandverbandes Frankfurt (Hessische Kommunalbesoldungsverordnung) vom 20. September 1979 (GVBl I, S. 219) nach Besoldungsgruppe A 15. Nach dem Gesetz über die Dienstaufwandsentschädigung der hauptamtlichen Wahlbeamten auf Zeit der Gemeinden, der Landkreise, des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen und des Umlandverbandes Frankfurt (Hessisches Wahlbeamten-Aufwandsentschädigungsgesetz) vom 19. September 1979 (GVBl I, S. 217) wird die Dienstaufwandsentschädigung gezahlt.

Bewerber müssen die II. Verwaltungsprüfung für den gehobenen Dienst in der allgemeinen inneren Verwaltung abgeschlossen haben und eine mehrjährige Berufspraxis in der Kommunalverwaltung haben. Kommunalpolitische Erfahrungen sind erforderlich.

Bewerbungen sind bis spätestens 30. November 1979 (Poststempel) mit den üblichen Unterlagen unter dem Kennwort „Bürgermeisterwahl“ in verschlossenem Umschlag zu richten an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses,
Jürgen Gissel,
Waldgirmes, Goethestr. 15, 6335 Lahnau 1.

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

STELLENGESUCHE

Beamter des gehobenen nichttechn. Dienstes

mit langjähriger Verwaltungspraxis sucht neuen Wirkungskreis mit Aufstiegsmöglichkeiten im Main-Kinzig-Kreis und Raum Frankfurt am Main. Zuschriften erbeten unter Chiffre JK 4779 an Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden.

Beamter des gehobenen nichttechn. Dienstes

mit langjähriger Verwaltungspraxis sucht neuen Tätigkeitsbereich mit Aufstiegsmöglichkeiten im Raum Gießen-Friedberg. Zuschriften erbeten unter Chiffre HW 4779 an Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden.

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

47/79

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 56 Seiten

Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind beim Verlag aufzugeben. Bezugspreis: vierteljährlich 24,60 DM (einschl. Porto u. 6,5% Umsatzsteuer). Abonnementskündigung (jeweils 12 Wochen zum Quartalsende. Der Preis von Einzelstücken beträgt 6,25 DM; im Preis sind die Versandkosten und 6,5% Umsatzsteuer enthalten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt am Main Nr. 143 60-603. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Kurt Hummel. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, Postfach 2229, 6200 Wiesbaden. Postscheckkonto: Frankfurt am Main Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie alle Angelegenheiten für den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen): Telefon 0 61 22 / 60 71, App. 99, Fernschreiber: 04 186 648. Anzeigenschluß: 11 Tage vor Erscheinen (jeweils donnerstags für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe; maßgebend ist der Posteingang). Anzeigenpreis lt. Tarif Nummer 16 vom 1. Juli 1979. — Anfertigung von Klischees zum Selbstkostenpreis.